

51. Sitzung

Potsdam, Donnerstag, 24. Januar 2002

Inhalt

| | Seite | | Seite |
|---|-------|--|-------|
| Mitteilungen des Präsidenten | 3368 | Frage 1033 (Neuausrichtung der Agrar- und Verbraucherschutzpolitik) Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Birthler | 3375 |
| 1. Fragestunde | | Frage 1034 (Organisierte Kriminalität - Gegenmaßnahmen der Justiz) Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten Prof. Dr. Schelter | 3375 |
| Drucksache 3/3772 | | Frage 1035 (Prüfung von Schadensersatzansprüchen der Gesellschafter der Flughafenholding BBF gegen die Investmentbank CSFB) Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß | 3377 |
| Drucksache 3/3799 | | Frage 1036 (Rechnergestützte Personalverwaltung) Ministerin der Finanzen Ziegler | 3377 |
| Drucksache 3/3800 | | Frage 1037 (Studierendenzahlen - Prognose und Realität) Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka | 3378 |
| Drucksache 3/3801 | 3368 | Frage 1038 (Ausbau der B 5 zwischen Wustermark und Nauen) Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer | 3378 |
| Dringliche Anfrage 13 (Kirchenasyl) Minister des Innern Schönbohm | 3368 | | |
| Dringliche Anfrage 14 (Arbeitskampf der Belegschaft von DWA Vetschau) Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß | 3370 | | |
| Dringliche Anfrage 15 (Problem Schulschwänzen) Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche ... | 3370 | | |
| Frage 1030 (Bedrohungspotenzial durch organisierte Kriminalität) Minister des Innern Schönbohm | 3372 | | |
| Frage 1031 (Erhaltung des Standortes Wusterhausen der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere) Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Birthler | 3373 | | |
| Frage 1032 (Gesetz zur Eindämmung der illegalen Betätigung im Baugewerbe) Ministerin der Finanzen Ziegler | 3374 | | |
| | | 2. Aktuelle Stunde | |
| | | Thema: Die Ergebnisse der PISA-Studie (Programm for International Student Assessment) und ihre Auswirkungen auf die Bildungspolitik im Land Brandenburg | |

| | Seite | | Seite |
|--|-------|--|-------|
| Antrag der Fraktion der SPD | 3379 | Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer | 3401 |
| Frau Siebke (SPD) | 3379 | Kliesch (SPD) | 3402 |
| Frau Große (PDS) | 3381 | 6. Evaluierung des Polizeigesetzes | |
| Frau Hartfelder (CDU) | 3382 | Antrag der Fraktion der PDS | |
| Frau Fechner (DVU) | 3384 | Drucksache 3/3751 | 3403 |
| Kliesch (SPD) | 3386 | Frau Kaiser-Nicht (PDS) | 3403 |
| Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche ... | 3387 | Dr. Kallenbach (SPD) | 3404 |
| 3. Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte im Land Brandenburg in westliche Bundesländer | | Claus (DVU) | 3405 |
| Große Anfrage 32 der Fraktion der DVU | | Petke (CDU) | 3406 |
| Drucksache 3/3307 | | Minister des Innern Schönbohm | 3407 |
| Antwort der Landesregierung | | 7. Vorlage eines Personalstellenentwicklungskon- zepts | |
| Drucksache 3/3738 | 3390 | Antrag der Fraktion der PDS | |
| Frau Hesselbarth (DVU) | 3390 | Drucksache 3/3782 | 3408 |
| Klein (SPD) | 3391 | Frau Große (PDS) | 3408 |
| Frau Dr. Schröder (PDS) | 3392 | Frau Siebke (SPD) | 3409 |
| 4. Organisierte Kriminalität im Land Brandenburg | | Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche ... | 3409 |
| Große Anfrage 33 der Fraktion der DVU | | 8. Berufsförderungswerk Berlin-Brandenburg | |
| Drucksache 3/3340 | | Antrag der Fraktion der DVU | |
| Antwort der Landesregierung | | Drucksache 3/3589 | 3409 |
| Drucksache 3/3759 | 3393 | Frau Fechner (DVU) | 3409 |
| Claus (DVU) | 3393 | Klein (SPD) | 3411 |
| Homeyer (CDU) | 3394 | Frau Bednarsky (PDS) | 3412 |
| Frau Kaiser-Nicht (PDS) | 3395 | 9. Brandenburger Armuts- und Reichtumsbericht | |
| 5. Fahrradverkehr und -tourismus im Land Bran- denburg | | Antrag der Fraktion der PDS | |
| Große Anfrage 31 der Fraktion der SPD der Fraktion der CDU | | Drucksache 3/3752 | 3413 |
| Drucksache 3/3245 | | Frau Birkholz (PDS) | 3413 |
| Antwort der Landesregierung | | Frau Redepenning (SPD) | 3413 |
| Drucksache 3/3780 | 3395 | Frau Fechner (DVU) | 3414 |
| Schrey (CDU) | 3395 | Frau Schulz (CDU) | 3414 |
| Domres (PDS) | 3397 | Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel | 3415 |
| Dellmann (SPD) | 3399 | 10. Beschlüsse zu Petitionen | |
| Frau Hesselbarth (DVU) | 3400 | Übersicht 6 des Petitionsausschusses | |
| | | Drucksache 3/3770 | 3415 |

| | Seite | | Seite |
|---|-------|--|-------|
| 11. Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Landesjugendhilfeausschusses | | Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 24. Januar 2002 | 3416 |
| Antrag mit Wahlvorschlag der Fraktion der DVU | | | |
| Drucksache 3/3775 | 3415 | | |
| Anlagen | | Alle im Text mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung). | |
| Gefasster Beschluss | 3416 | | |

Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr**Präsident Dr. Knoblich:**

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie herzlich zur 51. Sitzung des Landtages Brandenburg in seiner 3. Wahlperiode. Ganz besonders begrüße ich unsere Gäste aus Ludwigsfelde. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Heute scheint der Tag der Geburtstage zu sein. Nicht nur der Alte Fritz beginge ihn, wenn er noch lebte, sondern auch zwei unserer Abgeordneten begehen ihn heute: Frau Dr. Schröder

(Beifall)

und Herr Müller.

(Beifall - Der Präsident überreicht den beiden Abgeordneten Blumensträuße.)

Beiden spreche ich meinen herzlichen Glückwunsch aus und wünsche ihnen alles Gute für das neue Lebensjahr.

Wir kommen nun zum dienstlichen Teil: Der Antrag „Drogenaufklärungsunterricht in den Schulen“, Drucksache 3/3774, ist vom Antragsteller zurückgezogen worden. Insofern reduziert sich unsere heutige Tagesordnung ein wenig.

Gibt es von Ihrer Seite weitere Bemerkungen zu dem Ihnen mit der Einladung zugegangenen Entwurf der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um Ihr zustimmendes Handzeichen, dass wir dem Entwurf der Tagesordnung entsprechend verfahren. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Tagesordnung beschlossen.

Es gibt wieder eine Reihe von Abwesenheitserklärungen, die aufzuführen ich mir erspare.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Fragestunde

Drucksache 3/3772

Drucksache 3/3799

Drucksache 3/3800

Drucksache 3/3801

Wir beginnen mit drei Dringlichen Anfragen. Die **Dringliche Anfrage 13** (Kirchenasyl), Drucksache 3/3799, wird vom Abgeordneten Homeyer gestellt, dem ich hiermit Gelegenheit gebe, sie zu formulieren. - Bitte sehr.

Homeyer (CDU):

Presseberichten vom 21. Januar 2002 zufolge soll Minister Schönbohm angekündigt haben, dass er - so „Berliner Kurier“ - auch die Pfarrer, die Kirchenasyl gewährten, „die Schärfe des Gesetzes spüren lassen will“.

Ich frage die Landesregierung: Treffen diese Berichte zu?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister des Innern, Sie haben das Wort.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Homeyer, ich bin für diese Frage dankbar, weil sie mir Gelegenheit gibt, einige Punkte klarzustellen.

(Zuruf von der PDS: Die war bestellt!)

- Die Kleine Anfrage von der DVU war von mir nicht bestellt. Warten Sie einmal ab; es wird noch viel schöner. Sie kommen auch noch an die Reihe.

Es geht also um eine Antwort auf eine Kleine Anfrage der DVU nach dem Kirchenasyl. Kirchenasyl gibt es nicht mehr; das Mittelalter ist vorbei. Lassen Sie mich erklären, worum es geht, damit Sie den Sachverhalt einordnen können. Die Frage 3 dieser Kleinen Anfrage lautete wie folgt:

„Machen sich Pfarrer oder andere Kirchenvertreter strafbar, wenn sie Ausländern, deren Aufenthalt in Deutschland beendet ist, in Kirchen oder anderen Gemeindegebäuden Asyl gewähren, wenn ja, welche Straftaten sind verwirklicht, wenn nein, wurden stattdessen Ordnungswidrigkeiten begangen?“

Es ist nicht an mir, die Frage zu kritisieren. Ich habe sie zu beantworten; dies schreibt die Rollenverteilung vor.

Ich habe die Frage wie folgt beantwortet:

„Eine pauschale Aussage zur Strafbarkeit des Asyl gewährenden Pfarrers oder anderer Kirchenvertreter ist nicht möglich. Grundsätzlich ist in jedem Einzelfall die Relevanz etwaiger Beteiligungshandlungen in strafrechtlicher Hinsicht zu würdigen.“

Diese Antwort war nicht nur juristisch, sondern auch politisch absolut korrekt. Die Reaktion auf diese Antwort war hoch interessant. In einem Kommentar der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“, die ja nicht in dem Ruf steht, ein regierungsamtliches Blatt zu sein

(Oh! bei der PDS)

- warten Sie das Zitat ab; dann können Sie ja sagen, dass ich Unrecht habe -, stand Folgendes:

„Brandenburgs Innenminister Schönbohm hat sich mit seiner Replik auf die Asylanfrage im Parlament sehr zurückgehalten. Eine pauschale Antwort sei nicht möglich; es müsse der Einzelfall geprüft werden. Tatsache ist, dass es für Kirchenasyl keinerlei Rechtsgrundlage gibt, auf die man sich berufen kann. Doch Pfarrer, die ihrem Gewissen einen höheren Stellenwert einräumen als Recht und Gesetz, mussten in Brandenburg bisher keine Konsequenz fürchten. Obwohl Schönbohm auch bei offenkundigen Familiendramen immer stur auf Abschiebung beharrt, ein Gotteshaus hat der gläubige Christ bisher nicht stürmen lassen - anders als im SPD-regierten Niedersachsen, wo

abzuschiebende Ausländer von Polizisten schon einmal in der Nacht aus Kirchenbetten geholt wurden.”

So weit dieser Kommentar. Dann wird in der „MAZ“ ein Mann zitiert, der bekanntermaßen mit mir immer einer Meinung ist, nämlich der Generalsuperintendent Rolf Wischnat. Das Blatt schrieb wie folgt:

„Obwohl der Innenminister in seiner parlamentarischen Entgegnung nicht ausschloss, dass einzelne Kirchenasylfälle strafrechtlich geprüft würden, zeigt sich einer seiner schärfsten Kritiker zufrieden mit der Antwort. ‘Ich hätte es lieber gesehen, wenn Schönbohm auf die Anfrage mit einem Nein geantwortet hätte’, sagte der Cottbuser Generalsuperintendent Rolf Wischnat. ‘Aber dafür, dass sich Kirchenasyl immer in einem rechtlichen Grenzraum abspielt, ist die Antwort außerordentlich zurückhaltend.’”

Es gab auch andere Reaktionen. In einer Zeitung hieß es:

„Schönbohm legt sich mit Pfarrern und Bischof an.”

Auch zeigte sich wieder einmal, dass dieses Thema sehr schnell zu Überreaktionen führt. Einige glauben sogar, dass dieses Thema in einen rechtsfreien Raum verlagert werden könne, den es in einem Rechtsstaat allerdings nicht gibt. Insofern kennen sie unsere Verfassung nicht; ein Blick in sie ist manchmal hilfreich. Artikel 20 des Grundgesetzes legt fest, dass auch die vollziehende Gewalt an Recht und Gesetz gebunden ist. Die Ausländerbehörden und der Innenminister sind vollziehende Gewalt.

Herr Präsident, ich muss noch etwas zur Rechtslage sagen, damit das einmal klar wird. Wenn das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge einen Asylantrag beschieden hat, dann ist dieser Bescheid umzusetzen. Wer glaubt, dass der Bescheid falsch ist, kann den Rechtsweg beschreiten. Führt der Rechtsweg zu einem Ergebnis, dann muss es umgesetzt werden: Ist das Urteil für den Asylsuchenden positiv ausgefallen, darf er in unserem Lande bleiben. Ist es negativ ausgefallen, muss er abgeschoben werden. Die Durchsetzung dieser Entscheidung obliegt den zuständigen Landesbehörden.

Der Bundesgesetzgeber hat in § 49 des Ausländergesetzes die Abschiebung als eine gebundene Entscheidung verankert, die grundsätzlich keine Ausnahmen zulässt und von der zuständigen Landesbehörde zu vollziehen ist. Im Regelfall sind dies die Ausländerbehörden der Landkreise oder kreisfreien Städte. Ein Absehen von der Abschiebung ist nur zulässig, wenn bzw. solange eine Rückführung des Ausländers in sein Heimatland nicht möglich ist, weil der Ausländer zum Beispiel nicht reisefähig ist, der Herkunftsstaat seine Aufnahme verweigert, ihm aufgrund geänderter politischer Lage die politische Verfolgung im Heimatland droht oder es keine sichere Rückreisroute gibt.

Derartige Ausnahmetatbestände, die ein Absehen von der Ausreisepflicht und eine Duldung zumindest teilweise rechtfertigen könnten, liegen in den genannten Fällen nicht vor. Somit haben die betroffenen Landesbehörden - sofort, Herr Präsident; diese Sache ist mir zu wichtig - keine Möglichkeit, davon abzuweichen.

Die völlig überzogenen Reaktionen haben - das sage ich mit großem Ernst - Folgendes bewirkt. Erstens: Die Staatsanwalt-

schaft, die aufgrund des Legalitätsprinzips jeder ihr bekannt gewordenen Straftat nachgehen muss, wird sich nunmehr unausweichlich jedes Einzelfalles annehmen.

Zweitens: Eine Fraktion, die bisher ein ihrer Leistung angemessenes Schattendasein geführt hat, ist in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. - Ich gratuliere allen, die dazu beigetragen haben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf. - Herr Homeyer.

Homeyer (CDU):

Herr Minister, angesichts Ihrer Ausführungen entsteht bei mir der Eindruck, dass man Sie im Zusammenhang mit Abschiebefällen in die rechte Ecke zu drücken versucht.

(Lachen bei der PDS - Zuruf von der DVU)

Ich frage Sie deshalb erstens: Wie hat sich die Zahl der Abschiebungen im Land Brandenburg während Ihrer Amtszeit entwickelt?

Zweitens: Sehen Sie eine Möglichkeit, für die befriedigende Lösung humanitärer Härtefälle tragfähige Lösungswege zu finden?

Minister Schönbohm:

Um es kurz zu sagen: Die Zahl der Abschiebungen hat sich im Jahre 2001 im Vergleich zu 1999 halbiert. Im letzten Jahr verzeichneten wir knapp 480 Abschiebefälle. Jeder Einzelfall ist ein Problem für sich. Vor dem Hintergrund dessen, was ich dargestellt habe, gibt es in den meisten Fällen keinen Ermessensspielraum. Ich werde aber nach Absprache mit dem Ministerpräsidenten vorschlagen, im Bundesrat den Antrag einzubringen, eine Formulierung in den Gesetzentwurf aufzunehmen, die den Innenministern einen Ermessensspielraum im Sinne einer Härtefallklausel einräumt. Diese Frage habe ich mit zwei Persönlichkeiten, die mich in diesen Fragen beraten, besprochen. Es handelt sich um einen ehemaligen Bischof und den ehemaligen Präsidenten eines Verwaltungsgerichts. Beide halten diesen Weg für gangbar. Man wird abwarten müssen, ob es dafür im Bundesrat und im Bundestag eine Mehrheit gibt. Wenn wir jedoch über einen solchen Ermessensspielraum verfügen, dann können wir in den Fällen, die uns menschlich bewegen und in denen eine andere Entscheidung nur noch schwer zu verstehen wäre, handeln.

Ich fasse noch einmal zusammen: Die Zahl der Abschiebungen hat sich halbiert. Es geht nicht um die Schaffung einer Härtefallkommission, aber um eine Klausel, die eine rechtlich vernünftige Grundlage schafft.

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Dr. Enkelmann, bitte.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Das hat sich erledigt!)

Danke sehr.

Wir kommen zur **Dringlichen Anfrage 14** (Arbeitskampf der Belegschaft von DWA Vetschau), gestellt vom Abgeordneten Wolfgang Thiel. Bitte sehr.

Thiel (PDS):

Der kanadische Konzern Bombardier Transportation hat seine ostdeutschen Standorte Ammendorf, Vetschau und Hennigsdorf infrage gestellt. Wie seit Anfang dieser Woche bekannt ist, hat die Belegschaft von DWA Vetschau zeitweise ihren Betrieb besetzt, um damit mit Nachdruck für den Erhalt dieses strukturell bedeutsamen Produktionsstandortes zu kämpfen. Am Dienstag fand eine Beratung der Konzernleitung mit dem Konzernbetriebsrat und der Gewerkschaft statt. Am gestrigen Tag trafen sich Ministerpräsident Dr. Stolpe und Wirtschaftsminister Dr. Fürniß mit dem Vetschauer Betriebsrat, dem Bürgermeister und der IG Metall.

Ich frage die Landesregierung: Zu welchen Ergebnissen haben die Beratungen seitens der Landesregierung und der Konzernleitung mit den Belegschaftsvertretern geführt?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Fürniß, Sie haben das Wort.

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Thiel, die Landesregierung hat sich mit den ihr gebotenen Mitteln in dem ganzen Prozess der Neustrukturierung des Konzerns Bombardier nach der Übernahme von Adtranz für die Standorte Hennigsdorf und Vetschau eingesetzt. Unser Einsatz galt und gilt, was Vetschau betrifft, dem Produktionsstandort Vetschau. Wir wollen und werden alles dafür tun, dass dort weiter produziert werden kann. Dafür haben wir auch gute Argumente.

Die Produktivität ist hoch. Die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter ist überdurchschnittlich und die Wettbewerbsfähigkeit ist ohne Einschränkung gegeben. Es ist wichtig, dies angesichts der Tatsache zu betonen, dass es, wie Sie wissen, jetzt auch den politischen Einsatz der Bundesregierung in diesem Zusammenhang gegeben hat. Wir gehen davon aus, dass es dabei kein Geschäft zulasten anderer Länder, in diesem Fall Brandenburgs, gibt. Dies sage ich insbesondere im Hinblick auf die Verhandlungen zu Ammendorf. Vielmehr geht es darum, dass die Unternehmungen von Bombardier wie auch die Wirtschaft insgesamt im Osten gestärkt werden.

Es gibt eine Zusage des Unternehmens, dass auf der Grundlage der von den Betriebsräten vorgelegten Gutachten neue Berechnungen angestellt und Alternativen für den Standort Vetschau geprüft werden. Zu einer Entscheidung über den Standort Vetschau wird es im Februar dieses Jahres kommen. Wir werden wie bisher unsere Argumente einbringen und für den Standort Vetschau mit dem gleichen Engagement eintreten, wie das bereits für den Standort Hennigsdorf geschehen ist. Es kann nicht sein, dass in Ammendorf Erfolge erzielt werden und Hennigsdorf und Vetschau darunter leiden. Der Konzern hat die Prüfung dieser Argumente ausdrücklich zugesagt. Auf meine Nachfrage, ob ich ihn zitieren dürfe, erhielt ich eine positive Antwort. Ich zitiere also:

„Es wird keine Entscheidungen zulasten von Brandenburg geben.“

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Vielen Dank. - Wir sind damit bei der **Dringlichen Anfrage 15** (Problem Schulschwänzen), gestellt von Frau Große. Bitte sehr.

Frau Große (PDS):

Den ORB-Nachrichten „Brandenburg aktuell“ am Sonntag, dem 20.01.2002 war zu entnehmen, dass neben dem Abgeordneten Herrn Petke auch der jugendpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Herr Senftleben die Landesregierung auffordert, dem Problem des Schulschwänzens mit polizeilichen Mitteln zu begegnen. Darüber hinaus wurde das Erheben von Bußgeldern als geeignete Maßnahme erwogen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Position vertritt die Landesregierung zu den Forderungen der Vertreter der CDU-Fraktion bezüglich des Umgangs mit Schulverweigerern?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Reiche, Sie haben das Wort.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Frau Große, die Lernverweigerung ist kein Problem für die Polizei.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei der SPD)

Vielmehr muss sich die Schule diesem Problem stellen. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag sieht ausdrücklich vor, dass sich die Lehrerinnen und Lehrer gemeinsam mit den Eltern darum bemühen, dass die Schülerinnen und Schüler regelmäßig und kontinuierlich mit Erfolg am Unterricht teilnehmen. Aber es gibt für die Kinder bzw. Heranwachsenden, die nachhaltig - mehr als 20 Tage im Jahr - den Unterricht versäumen, also die Schule schwänzen, informelle, erzieherische und ordnungsrechtliche Maßnahmen. Es gibt die Möglichkeit, mit Ermahnungen, Verweisen bzw. auch einer Schulversetzung darauf zu reagieren. In besonders harten Fällen kann auch von der rechtlichen Möglichkeit des Zwangsgeldes Gebrauch gemacht werden.

Polizeiliche Maßnahmen benötigen eine rechtliche Grundlage. Diese gibt es derzeit weder im Polizeigesetz noch im Schulgesetz des Landes Brandenburg.

Lernverweigerung ist ein Problem, dem sich die Schule stellen muss. In Brandenburg laufen derzeit einige gute Projekte, die wir auch ausweiten wollen. So sind an der Schule des Lebens in Rüdersdorf knapp 20 sehr hartnäckigen Lernverweigerern neue Optionen eröffnet worden. Diese Schüler nehmen mit ganz neuer Intensität und jetzt auch mit Erfolg am Unterricht teil. Dem Problem der Lernverweigerung gehen doch in der Regel Misserfolge in der Schule voraus. Wir müssen für solche Kinder bzw. Jugendliche also wieder Erfolg in der Schule organisieren. Dann werden sie auch bereit sein, an anders organisierter Schule

teilzunehmen. Deshalb sind wir im Moment dabei, mit Schulen im ganzen Land ins Gespräch zu kommen, die sich anders organisieren, um zum Beispiel in Kooperation mit Betrieben produktives Lernen zu ermöglichen. Das in Berlin mit Erfolg praktizierte Modell wollen wir auch in allen Kreisen und kreisfreien Städten Brandenburgs einführen.

Etwa ein Prozent der Schülerinnen und Schüler gehört zur Gruppe der Lernverweigerer. Dazu gibt es keine genaue Statistik. Eine solche wird von keinem einzigen Land geführt. Jedoch sind Ergebnisse von Hochrechnungen verfügbar. Eine von mir vorgenommene Abfrage bei den Schulämtern hat die oben genannte Angabe bestätigt.

Dem Problem der Schulverweigerung werden wir also nicht durch mehr Polizei wirksam begegnen können, sondern nur dadurch, dass wir den Lehrern mehr Zeit geben, sich intensiv mit den Kindern und Jugendlichen zu beschäftigen, um ihnen Lernfolge in der Schule zu organisieren.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei der SPD)

Die Schulleiter, mit denen ich gesprochen habe, sagten mir: Unsere Schule hat drei Ausgänge. - So kann man das Problem nicht lösen.

Die Polizisten, mit denen ich in den letzten Tagen über dieses Problem gesprochen habe, sagten mir, dass sie andere, wichtigere Dinge zu tun hätten. Wir wurden aufgefordert, die Probleme in den Schulen selbst zu lösen.

Wir wollen das tun und wir können es!

(Beifall bei PDS und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister, es gibt noch Klärungsbedarf. Herr Senftleben, bitte.

Senftleben (CDU):

Herr Minister, auch andere Abgeordnete haben sowohl mit Lehrern als auch mit Polizisten gesprochen, dabei jedoch andere Antworten erhalten als die von Ihnen eben zitierten.

Aber ich habe eine andere Frage. Sie haben darauf hingewiesen, dass es im Land Brandenburg keine genaue Statistik zum Thema Schulschwänzen gibt. Wann beabsichtigen Sie eine solche Statistik vorzulegen, damit eventuell Maßnahmen ergriffen werden können?

Minister Reiche:

Herr Kollege, wir ergreifen doch schon Maßnahmen, obwohl uns keine genaue Statistik vorliegt. Brandenburg führt, unterstützt durch das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik, die genaueste Unterrichtsausfallstatistik, die es in der Bundesrepublik überhaupt gibt. Ich habe Ihnen soeben mitgeteilt, dass es kein Bundesland gibt, das eine Statistik über die Zahl der Schulschwänzer führt. Aus einer Vielzahl von Gründen wäre dies eine zusätzliche Belastung. Wir müssen vor Ort konkret auf einzelne Personen reagieren. Das wird in der von mir soeben beschriebenen

Weise gemacht und ist der Weg zum Erfolg. Positive Ergebnisse werden wir nicht dadurch erzielen, dass wir eine weitere Statistik erstellen und uns daraufhin neue Strategien überlegen. Wir haben Strategien und diese greifen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Petke.

Petke (CDU):

Herr Minister, ich frage Sie: Teilen Sie meine Auffassung, dass die Nichtwahrnehmung der Aufsichtspflicht, ob nun im Elternhaus oder in der Schule, unsere Jugendlichen und Schüler Gefahren aussetzt, die Ihr Kollege Alwin Ziel vor wenigen Tagen auf einer Pressekonferenz eindrucksvoll beschrieben hat, nämlich Jugendkriminalität, Suchtkriminalität, Alkohol, Drogen, dass gerade deswegen Experten zu Recht sagen, dass die Einhaltung der Aufsichtspflicht - dazu gehört auch die Schulpflicht; denn Schule hat nun einmal etwas mit Schulpflicht zu tun - ganz wichtig ist, und dass wir aus diesem Grunde alles unternehmen müssen, dass der Aufsichtspflicht in Brandenburg tatsächlich nachgekommen wird?

Minister Reiche:

Es gibt rechtliche Grundlagen für die Aufsichtspflicht und dem haben die Eltern bzw. die Lehrer in der Schule nachzukommen. Wir werden gemeinsam Mittel und Wege finden müssen, auch denjenigen Eltern, die dieser Pflicht nicht nachkommen, immer wieder aufzuzeigen, dass und wie sie das machen müssen. Ich hoffe, dass Sie nicht vorschlagen, auch diese Eltern in polizeilichen Gewahrsam zu nehmen.

(Unruhe im Saal)

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister, jetzt kommt der Hammer.

(Heiterkeit)

Hammer (PDS):

Herr Minister, ich habe Ihnen sehr aufmerksam zugehört und teile vieles von dem, was Sie gerade gesagt haben. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie: Was halten Sie davon, die Schulpflicht durch eine Bildungspflicht zu ersetzen, weil die Bildungspflicht ja voraussetzt, dass das Angebot der Schule so attraktiv ist, dass die Kinder gern in die Schule gehen?

(Unruhe im Saal)

Minister Reiche:

Herr Kollege Hammer, in der modernen globalen Gesellschaft gibt es die Pflicht zum lebenslangen Lernen. Diese Pflicht trifft nicht nur Schüler, sondern auch Abgeordnete, Senioren, alle Bürger in Brandenburg und in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Die Bildungspflicht wird durch die Schulpflicht konkretisiert. Wir meinen, dass der Bildungspflicht bzw. dem

Bildungsrecht zumindest durch die Sechs- bis Sechzehn- bzw. Siebzehnjährigen sinnvoll nur an einem dafür geeigneten und vorbereiteten Ort, nämlich an einer Schule nachgekommen werden kann. Deshalb, so meine ich, ist es richtig, dass wir für diese Altersgruppe die Bildungspflicht durch eine Schulpflicht untersetzen.

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind damit bei der **Frage 1030** (Bedrohungspotenzial durch organisierte Kriminalität). Diese Frage wird vom Abgeordneten Werner aus der CDU-Fraktion gestellt. Bitte, Herr Abgeordneter Werner.

Werner (CDU):

In Brandenburg gibt es genau wie in anderen Bundesländern organisierte Kriminalität in sehr vielfältigen Erscheinungsformen. Die Komplexität dieses Kriminalitätsphänomens erfordert eine differenzierte Betrachtung, bei der auch kriminalgeographische Aspekte Berücksichtigung finden müssen. Nur so werden eine realistische Beschreibung der Bedrohungslage und dadurch die Entwicklung wirksamer Bekämpfungsstrategien möglich.

Ich frage die Landesregierung: Wie schätzt sie das von der organisierten Kriminalität ausgehende Bedrohungspotenzial für das Land Brandenburg ein?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Schönbohm, Sie haben das Wort.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Werner, es ist schwierig, die organisierte Kriminalität detailliert abzuschätzen; denn eine wesentliche Erkenntnis ist, dass sich die organisierte Kriminalität im Verborgenen entwickelt. Wir wissen, dass es in Brandenburg organisierte Kriminalität gibt, aber es gibt Unterschiede in den einzelnen Räumen, das heißt, im ländlichen Raum einerseits und im großstädtischen Raum andererseits. Wir müssen also versuchen, aus den bekanntesten Fakten Ableitungen vorzunehmen. Spekulationen über das Ausmaß der organisierten Kriminalität sind hierbei wenig hilfreich.

Aus diesem Grunde gibt es ein gemeinsames Lagebild zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft bzw. Justiz im Lande Brandenburg. Dabei sind Faktoren zu berücksichtigen wie die EU-Außengrenze - ich nenne hier die Stichworte Schleusungskriminalität, Kfz-Verschlebung, Rauschgiftschmuggel - und der gemeinsame kriminalgeographische Raum Berlin-Brandenburg.

Erhebungen und Auswertungen von Verfahren gegen die organisierte Kriminalität im Lande Brandenburg belegen eine seit Jahren gleich bleibende Ausprägung dieser Deliktart. Diese Aussagen werden weniger an den Fallzahlen, sondern vor allem an den festgestellten qualitativen Merkmalen wie dem Charakter der Gruppenstrukturen, dem Handeln der Täter und dem Besetzen bestimmter Schwerpunktbereiche der Kriminalität deutlich.

Die landesweiten Ermittlungen spiegeln auch eine Kontinuität der dominierenden Täternationalitäten und der bevorzugten

Kriminalitätsbereiche wider. Eine wesentliche Änderung in diesen Bereichen ist in den vergangenen Jahren nicht deutlich geworden und aus gegenwärtiger Sicht wird sich eine solche Änderung auch nicht ergeben.

Die Schwerpunktbereiche der erkannten organisierten Kriminalität bilden die Rauschgiftkriminalität, die Gewaltkriminalität und die Eigentumskriminalität, insbesondere der Diebstahl von Kfz.

Im Land Brandenburg waren im Jahre 2000 17 Verfahrenskomplexe mit 231 Tatverdächtigen anhängig. Im Jahre 1999 gab es 19 Komplexe mit 241 ermittelten Tatverdächtigen. Im Jahre 2000 hatten die deutschen Staatsangehörigen mit 71,4 % zum wiederholten Male den höchsten Anteil an der Gesamtzahl der Verdächtigen.

Die geführten Ermittlungen und die bisherigen Erkenntnisse lassen keinesfalls den Schluss zu, dass das Land Brandenburg in seinem Bestand irgendwie gefährdet ist, wie es zum Teil öffentlich geäußert wurde. Aber diese Form der Kriminalität muss durch den Staat und die Gesellschaft weiterhin intensiv bekämpft werden. Hierbei stehen Polizei und Justiz in einer besonderen Verantwortung.

Lassen Sie mich eine Abschlussbemerkung machen. Bei der organisierten Kriminalität ist es so, wie wenn man einen Stein sieht und nicht weiß, was darunter ist, wenn man diesen Stein nicht umdreht. Das heißt: Je mehr wir ermitteln, umso mehr können wir feststellen. Aus diesem Grunde ermitteln wir in Brandenburg mit Hochdruck, um zu verhindern, dass sich die organisierte Kriminalität von Berlin aus nach Brandenburg ausdehnt, weil der Eindruck entstehen könnte, dass die Situation hier sozusagen günstiger ist. Dies ist eine Aufgabe, die uns gemeinsam fordert.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Richstein.

Frau Richstein (CDU):

Herr Minister, Sie haben in Ihrer Antwort die besondere Verantwortung des Staates - insbesondere - von Polizei und Justiz angeführt. Meine Frage: Wird die bevorstehende Polizeistrukturenreform hier im Lande Auswirkungen auf die Bekämpfung der organisierten Kriminalität haben bzw. wird die organisierte Kriminalität dadurch noch besser bekämpft werden können?

Minister Schönbohm:

Das ist ein Thema, über das wir mit den Fachleuten diskutiert haben, zum Beispiel mit dem Bund der Kriminalbeamten. Die Zuständigkeit für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität fassen wir bekanntlich beim Landeskriminalamt zusammen. Dort ist die Federführung und die Durchführung im Einzelnen obliegt dem jeweiligen Polizeipräsidium. Ich meine, dass dadurch die Leistungsfähigkeit der Polizei erhöht wird. Wir brauchen für bestimmte Bereiche der Kriminalitätsbekämpfung besonders ausgebildete Spezialisten, die wir an einem Ort zentralisieren müssen. Ich sage es noch einmal ganz kurz: Zen-

tralierte Auswirkungen bei dezentralem Kräfteinsatz mit mehr Personal.

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Kaiser-Nicht.

Frau Kaiser-Nicht (PDS):

Meine Frage schließt an das eben Gesagte an. Herr Minister, wie stellen Sie sicher, dass nach der Polizeistrukturreform, die ja mit einer Verringerung der Zahl der hochspezialisierten Ermittlungsgruppen - Stichwort: Oranienburg fällt weg - verbunden ist, all die Spezialisten, die bisher in diesem Bereich gearbeitet haben, weiterhin zur Verfügung stehen, sodass ihr Know-how genutzt werden kann?

Minister Schönbohm:

Frau Kaiser-Nicht, ich teile Ihre Absicht, die Polizeistrukturreform zu einem Erfolg zu führen.

(Beifall bei der CDU)

Von daher liegt das, was Sie gesagt haben, in der Logik der Entwicklung. Wir haben andere Strukturen vorgesehen, die sich nicht um Eberswalde zentralisieren. Wir werden bei den Polizeipräsidien und beim Landeskriminalamt die notwendigen Kompetenzen haben. Insgesamt wird es durch die Polizeistrukturreform mehr Kriminalbeamte in der Fläche geben, die für die Bürger bürgernah arbeiten können. Im Bereich der Bekämpfung der organisierten Kriminalität wird die Zahl der Spezialisten beibehalten werden und sie wird in bestimmten Bereichen sogar geringfügig erhöht.

Präsident Dr. Knoblich:

Damit sind wir bei der **Frage 1031** (Erhaltung des Standortes Wusterhausen der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere). Sie wird gestellt von der Abgeordneten Wehlan von der PDS-Fraktion. Bitte sehr.

Frau Wehlan (PDS):

Die aktuelle Diskussion zum „Rahmenkonzept für die Bundesforschungsanstalten im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML)“ stellt den Standort Wusterhausen in Brandenburg der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere erneut akut infrage. Das Land Brandenburg hat von dieser Wissenschaftseinrichtung durch Projektarbeit, wissenschaftliche Tagungen sowie Schulungsveranstaltungen in erheblichem Maße profitiert. Nicht zuletzt genannt sei die regionale Verankerung dieser Forschungseinrichtung und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Ich frage die Landesregierung: Was hat sie gegenüber der Bundesregierung unternommen, um den Standort auch zukünftig zu sichern?

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an Minister Birthler. Bitte sehr.

Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Birthler:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Wehlan, meine Antwort auf die mündliche Anfrage 314 in der 18. Sitzung des Landtages am 12.07.2000 hat nach wie vor Bestand.

Entsprechend dem Rahmenkonzept des ehemaligen Bundesernährungsministeriums zur Neustrukturierung der Ressortforschung ist vom Bund vorgesehen, die Standorte Wusterhausen und Tübingen der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere aufzugeben und diese Institute auf der Insel Riems zu konzentrieren.

Durch diese Maßnahme wird die oben genannte Bundesforschungsanstalt an einem Standort konzentriert, um durch Verwaltungsoptimierung Synergieeffekte zur Steigerung der Forschungseffizienz zu erzielen. Wie ich unterrichtet bin, trägt die Bundestierärztekammer dieses Konzept mit.

Bedenken, dass durch die künftige räumliche Konzentration der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten auf der Insel Riems die veterinärepidemiologische Kompetenz dieser Bundesinstitution für das Land Brandenburg verloren geht, kann ich nicht teilen. Nach den mir vorliegenden Informationen werden die Aufgaben, die bisher am Standort Wusterhausen wahrgenommen wurden, künftig auf der Insel Riems weitergeführt. Es handelt sich hierbei um Aufgaben von überregionaler Bedeutung, die auch für das Land Brandenburg von Interesse sind.

Entsprechend den Zusagen des Präsidenten der oben genannten Bundesanstalt werden die im Land Brandenburg etablierten Forschungsprojekte nicht abgebrochen, sondern zum Abschluss gebracht. Die Bundesforschungsanstalt steht Brandenburg wie jedem anderen Bundesland auch jederzeit als Konsultant zur Verfügung. Im Übrigen möchte ich Sie davon unterrichten, dass die Entwicklung der Struktur der Bundesressortforschung ausschließlich in der Kompetenz der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft liegt.

Nach dem Vollzug des Standortwechsels des Instituts von Wusterhausen auf die Insel Riems sollen auf der Landesliegenschaft Unternehmen angesiedelt werden. Die Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg wird dieses Projekt begleiten. - Vielen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf. Wir fangen mit Frau Wehlan an.

Frau Wehlan (PDS):

Herr Birthler, wie bewerten Sie erstens das 1996 im Bundestag beschlossene Bundesrahmenkonzept für die Bundesforschungsanstalten im Zusammenhang mit der Tatsache, dass wir mit BSE in Deutschland und der akuten Bedrohung hinsichtlich Maul- und Klauenseuche aus den Nachbarländern möglicherweise eine neue Situation bezüglich dieses Standorts mit seiner einzigartigen Ausrichtung der Forschung haben?

Zweitens: Wie erklären Sie sich den Eindruck der auf Gemeinde-, Kreis- und Institutsebene Betroffenen, dass sich die Landesregierung des Landes Brandenburg schon längst von diesem Standort verabschiedet hat?

Minister Birthler:

Zur ersten Frage: Gerade der aktuelle Stand bezüglich MKS, BSE und TSE spricht dafür, Institute auf einem Standort zu konzentrieren. Ich als Ossi und Tierarzt muss sagen, dass es dafür keinen besseren Standort als die Insel Riems gibt. Im vergangenen Jahr hatten wir, was BSE betrifft, die furchtbare Situation in der Landwirtschaft, dass die Forschungskapazität überall in Deutschland verstreut war und keine Konzentration, auch keine Kompetenzkonzentration stattfand. Jeder, der schon einmal durch ein Mikroskop geschaut hat, konnte sich zu BSE äußern. Insofern halte ich diese Entscheidung als längst überfällig und richtig.

Wir kümmern uns - das betrifft die zweite Frage - sehr wohl um den Standort, aber nicht als Standort für Virusforschung, denn die Wirtschaftsförderung ist daran beteiligt, neue Aufgaben zu finden. Jeder Beschäftigte von Wusterhausen, der in der Virusforschung tätig ist, hat die Möglichkeit, auf die Insel Riems zu gehen und dort seine Forschungen fortzusetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind bei der **Frage 1032** (Gesetz zur Eindämmung der illegalen Betätigung im Baugewerbe), gestellt von der Abgeordneten Hesselbarth.

Frau Hesselbarth (DVU):

Bei der Informationsveranstaltung des Finanzministeriums zu den Auswirkungen der so genannten Bausteuerabzugspflicht im Zuge der Einführung des Gesetzes zur Eindämmung der illegalen Betätigung im Baugewerbe vom 30.08.2001 wurden durch mit Steuer- und Bauwesen befasste fachkundige Zuhörer eine Vielzahl von Umsetzungsproblemen aufgedeckt. Diese Probleme werden auch Thema einer Sondersitzung der Einkommensteuerreferenten des Bundesfinanzministeriums und der nachgeordneten Behörden am 6. und 7. Februar sein.

Ich frage die Landesregierung: Wie hoch ist die zu erwartende Sicherung von Steueransprüchen durch die Novellierung der §§ 48 bis 48 d Einkommensteuergesetz im Land Brandenburg?

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Ministerin Ziegler, Sie haben das Wort.

Ministerin der Finanzen Ziegler:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Frau Hesselbarth, mir scheint es zunächst notwendig zu sein, darauf hinzuweisen, dass dieses Gesetz maßgeblich auf Druck der Verbände der Bauwirtschaft zustande kam. Neben dem Haftungsausschuss erhofften sich diese insbesondere bessere Chancen im Wettbewerb mit den so genannten schwarzen Schafen in der Bauwirtschaft. Das Steuerrecht ist hier also lediglich Mittel zum Zweck, um einen gerechteren Wettbewerb zu erreichen.

Deshalb wird es auch nicht möglich sein, die Effektivität dieses Gesetzes an Aufkommenszahlen zu messen. Das lässt diese

Gesetzessystematik auch nicht zu. Der Steuerabzug für Bauleistungen beträgt 15 % einer jeden Rechnung, die der Bauunternehmer dem Auftraggeber für ausgeführte Bauleistungen stellt. Der Leistungsempfänger hat diesen Betrag einzubehalten und an das für den Leistenden zuständige Finanzamt abzuführen. Dieser Betrag wird dann vom Finanzamt auf die von dem Bauunternehmer zu entrichtende Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer angerechnet, sodass für den Unternehmer letztlich keine Mehrbelastung finanzieller Art entsteht.

Mit dieser Verfahrensweise soll eine Gefährdung des künftigen Steueranspruchs weitestgehend ausgeschlossen werden. Von der Abzugsverpflichtung ist der Leistungsempfänger dann befreit, wenn ihm der Bauunternehmer eine so genannte Freistellungsbescheinigung nach § 48 b Einkommensteuergesetz vorlegt. Die Finanzämter des Landes Brandenburg haben im Dezember 2001 bereits circa 30 000 solcher Freistellungsbescheinigungen erteilt. Daraus ergibt sich auch, dass der gesetzliche Steuerabzug für Bauleistungen im Land Brandenburg in einem erheblichen Umfang nicht erhoben wird.

Gegenwärtig sind aber nur Fälle bekannt, in denen der Steuerabzug nicht erfolgen muss. Nicht bekannt ist hingegen die Anzahl der Bauunternehmer, die keinen Antrag auf Erteilung einer Freistellungsbescheinigung gestellt haben. Da sich die Frage des Steuerabzugs demgemäß nur bei den Unternehmen stellt, die nicht über eine Freistellungsbescheinigung verfügen, kann die Summe der möglichen Einnahmen aus dem Steuerabzug auch nicht annähernd beziffert werden.

Mit einem erstmaligen Zahlungseingang, der aber nicht als repräsentativ eingeschätzt und hochgerechnet werden kann, ist dabei ohnehin erst Mitte Februar dieses Jahres zu rechnen. Da das Steuerabzugsverfahren für Bauleistungen erstmalig ab Jahresbeginn 2002 angewendet wird, liegen keine Erfahrungswerte vor, die eine seriöse Prognose zulassen würden. Das Bundesfinanzministerium hat zwar im Oktober 2001 bundesweit mit circa 220 Millionen Euro das Einnahmenvolumen im Entstehungsjahr 2002 eingeschätzt, konkrete Werte für Brandenburg lassen sich aber daraus nicht ableiten. Also werden wir abwarten müssen, wie hoch die tatsächlichen Zahlungseingänge liegen werden. - Vielen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf. Frau Hesselbarth, bitte.

Frau Hesselbarth (DVU):

Welche zusätzliche Verwaltungskapazität wird durch die Anmelde- und Abführungspflicht steuerabzugspflichtiger Körperschaften im öffentlichen Recht insbesondere bei den Kommunen gebunden? Welches Risiko für Bauherren birgt die Rücknahme einer gegenüber dem Bauunternehmer rechtswidrig erteilten Freistellungsbescheinigung insbesondere im Ausblick auf dessen Gutgläubigkeit und Prüfungspflicht? Mit welchen Verwaltungsvorschriften bzw. Richtlinien wird gewährleistet, dass das Prognoserisiko des Baulandes hinsichtlich der Bagatellfreigrenzen nicht einseitig zu deren Lasten ausfällt?

Ministerin Ziegler:

Die erste Frage, was die Kommunen angeht und welche Kapazi-

täten gebunden werden, kann ich Ihnen nicht beantworten. Das muss die kommunale Ebene selbst erheben.

Zweitens: Für die Finanzämter ist es ein erheblicher Mehraufwand, der betrieben werden muss; das ist richtig. Er wird aber mit dem gleichen Personalumfang bewerkstelligt werden müssen, den wir zur Verfügung haben. Es wird keinen Aufwuchs bei Stellen für Finanzbeamte geben.

Die dritte Frage müssen wir noch einmal genauer erörtern. Ich bitte Sie, dies mit mir in einem Gespräch zu tun. - Vielen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Ich danke auch. - Wir sind bei der **Frage 1033** (Neuausrichtung der Agrar- und Verbraucherschutzpolitik), gestellt vom Abgeordneten Reinhold Dellmann.

Dellmann (SPD):

Die Bundesregierung will die Neuausrichtung der Agrar- und Verbraucherschutzpolitik in Modellregionen exemplarisch darstellen. Die ausgewählten Projekte sollen die Schwerpunkte „Multifunktionale Landwirtschaft in der Region“, „Erneuerbare Energien und effiziente Energienutzung in Brennstoffzellen“ sowie „Bahnverkehr in der Region“ umfassen.

Nach aktuellen Angaben des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sind im Agrarretat 2002 insgesamt circa 12,5 Millionen Euro für die Förderung von bis zu zehn Modellregionen für die Agrarwende vorgesehen.

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung: Kann sie Aussagen darüber treffen, inwieweit sich Projekte oder Regionen in Brandenburg für die vom Bundesministerium vorgesehenen Modellregionen beworben haben bzw. ob sie bereits bestätigt sind?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister BIRTHLER, Sie haben erneut das Wort.

Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung BIRTHLER:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie hat die Bundesregierung verschiedene selbstständige Pilotprojekte initiiert, wobei ein Pilotprojekt auf die multifunktionale Landwirtschaft in den Regionen gerichtet ist. Gesonderte Pilotprojekte befassen sich mit dem Bahnverkehr in den Regionen und mit erneuerbaren Energien. Unter dem Motto „Regionen aktiv - Land gestaltet Zukunft“ hat das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft zu einem Wettbewerb aufgerufen. Dabei soll in bis zu 15 Modellregionen gezeigt werden, wie die Anforderungen der Verbraucher an die Landwirtschaft stärker als bisher berücksichtigt werden können und welche neuen Wege in der ländlichen Entwicklung möglich sind.

Der Wettbewerb läuft dreistufig. In der ersten Phase waren von den verschiedenen interessierten Regionen Visionen ihrer regio-

nen Entwicklung einzureichen. Daran beteiligten sich 200 Regionen, darunter 22 Regionen aus Brandenburg. Eine unabhängige Jury wählte bundesweit 33 Regionen, darunter 3 Regionen aus Brandenburg, für die zweite Stufe aus. Diese Brandenburger Regionen sind der Spreewald, Barnim-Uckermark und Berlin-Oderland.

In der zweiten Stufe, die bis zum 28. Februar dieses Jahres abzuschließen ist, sind durch die ausgewählten Regionen Entwicklungskonzepte zu erarbeiten und einzureichen. Von diesen werden wiederum von der Jury bis zu 15 Regionen ausgewählt, die an der dritten Stufe der Umsetzung der Entwicklungskonzepte teilnehmen. Für die Umsetzung werden seitens des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft bis 2003 je Modellregion und Jahr bis zu 1,5 Millionen Euro bereitgestellt. Die Auswahl der letztlich zu fördernden Regionen und der Start der Umsetzungsphase erfolgen im März 2002.

Es sei darauf hingewiesen, dass es sich um einen Bundeswettbewerb handelt und die Länder weder an der Auswahl der Regionen noch an der Finanzierung des Projektes beteiligt sind. - Vielen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Ich danke auch. - Wir kommen damit zur **Frage 1034** (Organisierte Kriminalität - Gegenmaßnahmen der Justiz). Sie wird von Frau RICHSTEIN gestellt.

Frau RICHSTEIN (CDU):

Erst die Umsetzung lageangepasster Bekämpfungsstrategien ermöglicht eine nachhaltige Zurückdrängung der organisierten Kriminalität. Von wesentlicher Bedeutung ist hierbei die Beachtung der Besonderheiten bei der Bearbeitung von Ermittlungsverfahren mit OK-Relevanz. Neben der Polizei ist hierbei insbesondere auch die Justiz gefordert.

Ich frage daher die Landesregierung: Welche Maßnahmen werden vonseiten der Justiz getroffen, um Besonderheiten bei der Bearbeitung von OK-Verfahren Rechnung zu tragen?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister SchELTER, Sie haben das Wort.

Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten Prof. Dr. SchELTER:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete RICHSTEIN, die vielfältigen Maßnahmen der Justiz zur effektiven Bekämpfung der organisierten Kriminalität setzen auf verschiedenen Ebenen an. Ich möchte einige Beispiele nennen.

1. Mit Verfügung vom 21. Dezember 2001 habe ich die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) zur Schwerpunktstaatsanwaltschaft für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Geldwäsche bestimmt und eine Außenstelle in Eberswalde, also am Sitz des Landeskriminalamtes, eingerichtet. Damit werden jetzt nicht nur alle Verfahren mit OK-Relevanz, sondern zusätzlich alle Geldwäscheverfahren in Brandenburg zentral geführt. Dies ist auch mit Blick auf den Kampf gegen den Ter-

rorismus ein wichtiger Schritt zur Spezialisierung und Konzentration der Kräfte.

2. Eine herausragende Bedeutung bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität hat die Abschöpfung von kriminellen Gewinnen aus Straftaten der organisierten Kriminalität. Zu diesem Zweck sind Dezernenten der Schwerpunktabteilung in Frankfurt (Oder) in einem vierwöchigen Lehrgang in diesem Bereich der Kriminalitätsbekämpfung besonders geschult worden.

3. In einem gemeinsamen Erlass des Ministeriums des Innern, des Ministeriums der Finanzen und meines Ressorts aus dem Jahr 2000 ist eine erweiterte Indikatorenliste zur Erkennung OK-relevanter Sachverhalte für das Land Brandenburg in Kraft gesetzt worden. Die Präzisierung und Erweiterung dieser von Justiz und Polizei erarbeiteten Indikatorenliste sowie deren bundesweite Akzeptanz erleichtern das Erkennen von OK-Strukturen und länderübergreifende Ermittlungen.

4. Im April 2001 ist erstmals ein für die Entwicklung der Bekämpfung der organisierten Kriminalität bedeutsames gemeinsames Lagebild durch die Generalstaatsanwaltschaften und das Landeskriminalamt erstellt worden. Damit soll ein Beitrag zur gemeinsamen Definition und statistischen Erfassung von organisierter Kriminalität sowie zu abgestimmten Verfolgungsstrategien geleistet werden.

5. Seit 1996 besteht eine ständige deutsch-polnische Arbeitsgemeinschaft unter Beteiligung von Justiz und Polizei zur Verfolgung der organisierten Kriminalität. Auf deutscher Seite gehören ihr neben Vertretern des Landes Brandenburg auch Vertreter der Länder Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen an.

6. Im Frühjahr 2001 hat das Justizministerium unseres Landes den Vorsitz in der bundesweiten gemeinsamen Arbeitsgruppe Justiz/Polizei übernommen, die sich vorrangig mit der Strafverfolgung auf dem Gebiet der organisierten Kriminalität befasst. In dieser Arbeitsgruppe wird unter anderem die Verbesserung des Zeugenschutzes erörtert. Ein weiterer Schwerpunkt ihrer Tätigkeit ist die Erarbeitung eines Rasters für die Erstellung von gemeinsamen Lagebildern Justiz/Polizei in den Ländern.

Aus diesen wenigen Beispielen ergibt sich: Die brandenburgische Justiz hat im Bereich der Bekämpfung der organisierten Kriminalität ihre Hausaufgaben gemacht. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam fortsetzen!

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf. Frau Richstein beginnt.

Frau Richstein (CDU):

Herr Minister, Sie sprachen bereits die deutsch-polnische Zusammenarbeit an. Länderübergreifend existiert darüber hinaus Europol, das die Strafverfolgungsbehörden in der Bekämpfung international organisierter Kriminalität unterstützt. Gibt es schon Erfahrungswerte, inwiefern Europol auf diesem Gebiet erfolgreich arbeitet?

Minister Prof. Dr. Schelter:

Europol, also das Europäische Polizeiamt, ist schwerpunktmäßig zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität eingerichtet worden. Das Amt hat seine Arbeit aufgenommen. In den wenigen seither vergangenen Monaten zeigte sich, dass Europol einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität leisten kann. Das gilt vor allem für den Bereich der Drogenkriminalität und der Geldwäsche. Ich bin sehr froh darüber, dass es jetzt in den Verhandlungen in Nizza gelang, Eurojust quasi als Zwillingenbehörde zu Europol einzurichten. Damit wird es Europol möglich sein, in enger Zusammenarbeit mit einer europäischen Staatsanwaltschaft, die jetzt im Werden ist, noch erfolgreicher zu arbeiten.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Werner, bitte.

Werner (CDU):

Herr Minister, ich greife noch einmal das Wort Geldwäsche auf. Bei den Ermittlungen werden in aller Regel doch sehr große Beträge sichergestellt.

1. Was geschieht mit den aus der Bekämpfung der organisierten Kriminalität abgeschöpften und sichergestellten Gewinnen?

2. Können Sie eine Größenordnung nennen, wie hoch diese Beträge in Brandenburg jährlich sind?

Minister Prof. Dr. Schelter:

Wir sind bei der Abschöpfung der Gewinne vor allem nach dem neuen Recht, das Ende der 90er Jahre in Kraft getreten ist, erst am Anfang. Das ist eine Frage der personellen Kapazität und auch der Kompetenz bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften.

Derzeit freut sich über die abgeschöpften Gewinne vor allem die Finanzministerin, weil diese Gelder in den Landeshaushalt fließen. Es gibt nach den Vorschriften des Strafgesetzbuches eine Möglichkeit, die abgeschöpften Gewinne bis zur Hälfte den Geschädigten zugute kommen zu lassen. Wir, das heißt das Innenministerium und mein Haus, arbeiten derzeit an einem Modell, das sich an Erfahrungen Baden-Württembergs anlehnt, wonach Teile der abgeschöpften Gewinne auch den Einrichtungen und Behörden, die daran beteiligt sind, also Justiz und Polizei, auf direktem Weg zugute kommen sollen.

Präsident Dr. Knoblich:

Schönen Dank. - Wir sind bei der **Frage 1035** (Prüfung von Schadensersatzansprüchen der Gesellschafter der Flughafenholding BBF gegen die Investmentbank CSFB). Sie wird von Frau Tack gestellt.

Frau Tack (PDS):

Es geht um die Prüfung von Schadensersatzansprüchen der Gesellschafter der Flughafenholding BBF gegen die Investmentbank CSFB im Zusammenhang mit dem Scheitern des Privatisierungsverfahrens im August 1999 vor dem Oberlandesgericht.

Ich frage die Landesregierung: Welche Ergebnisse der rechtlichen Prüfung von Schadensersatzansprüchen der PPS, der BBF und ihrer Gesellschafter liegen inzwischen vor?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Fürniß, Sie haben das Wort.

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Tack, die Projektplanungs-Gesellschaft Schönefeld - PPS - hat sich mit Credit Suisse First Boston zum 31. Dezember 2001 geeinigt. Kernpunkt der Einigung ist eine Rückzahlung von Honoraren in Höhe von insgesamt 2 019 602 Euro unter Verzicht auf Geltendmachung eines weiteren Erfolgshonorars in Höhe von 2,5 Millionen Euro, was seitens der PPS bislang nicht ausgezahlt wurde. Darüber hinausgehende eigenständige Ansprüche des Landes Brandenburg gegen CSFB können nicht mit Aussicht auf Erfolg geltend gemacht werden. Dies hat die interne Prüfung im Land Brandenburg bestätigt. Die übrigen Gesellschafter der Berlin Brandenburg Flughafen Holding und das Land Berlin sowie die Bundesrepublik Deutschland sind jeweils für sich zu dem gleichen Ergebnis gekommen, sodass wir davon ausgehen, dass diese Einigung jetzt so abgeschlossen werden kann.

Präsident Dr. Knoblich:

Ich bedanke mich. - Wir sind bei der **Frage 1036** (Rechnergestützte Personalverwaltung), gestellt von Herrn Dr. Niekisch. Bitte.

Dr. Niekisch (CDU):

Die Landesregierung beabsichtigt, ein neues Verfahren für die rechnergestützte Personalverwaltung, vor allen Dingen für den Bereich Löhne, einzuführen.

Ich frage daher die Landesregierung: Wird dieses Verfahren den künftigen Ansprüchen an ein modernes, integriertes Personalverwaltungsverfahren gerecht werden, das auf dem neuesten Stand der Softwaretechnik steht und auch international kompatibel ist?

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Ministerin Ziegler, Sie haben erneut das Wort.

Ministerin der Finanzen Ziegler:

Herr Präsident! Sehr verehrte Abgeordnete! Sehr verehrter Herr Niekisch, die Landesregierung hat in ihrer vorgestrigen Sitzung beschlossen, die bestehende Verwaltungsvereinbarung über die Zahlbarmachung der Bezüge mit dem Land Nordrhein-Westfalen zu kündigen und für die Bezüge der Landesbediensteten das Verfahren KIDICAP 2000 einzuführen.

Um Ihre Frage kurz zu beantworten: Ja, es wird die erforderlichen Voraussetzungen schaffen und ist auch auf die Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung zugeschnitten. Es wird bisher von Niedersachsen, Hessen, Sachsen-Anhalt, Bremen und vom Bund erfolgreich in Anspruch genommen und, was Funkionali-

tät und Automatisierungsgrad betrifft, sehr hoch bewertet. Die hohe Anwenderzahl von rund 2 Millionen Zahlfällen sowie die langjährige Erfahrung der Softwarefirma, die KIDICAP 2000 betreut, ermöglichen es, die Verfahrenskosten niedrig zu halten, und garantieren einen risikoarmen Umstieg. Das Land Sachsen führt dieses Verfahren ebenfalls in diesem Jahr ein.

Mit dieser Entscheidung befindet sich Brandenburg in guter Gesellschaft. Ein wichtiges Kriterium für diese Entscheidung war auch, dass KIDICAP die Einführung einer integrierten Personal- und Stellenwirtschaft im Land eben nicht behindert, sondern dass dieser Weg offen bleibt. Das Verfahren verfügt bereits jetzt über eine Vielzahl von Schnittstellen zu den unterschiedlichen Personalinformationssystemen der Anwender. Die Softwarefirma ist ebenfalls ständig bemüht, durch Kooperationsverträge mit anderen Unternehmen das Verfahren den in der Personalwirtschaft ständig wachsenden Anforderungen anzupassen. Zu nennen wären hier beispielsweise die Personalkostenbudgetierung und die Bereitstellung operativer Personalinformationen für die Steuerung einer modernen Verwaltung. - Vielen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Dr. Niekisch, bitte.

Dr. Niekisch (CDU):

Sehr geehrte Frau Ministerin, gehe ich recht in der Annahme, dass das Modell, welches Sie beschrieben haben, in Konkurrenz zu einem großen Softwareunternehmen stand, das über 100 Millionen DM hier in Potsdam investiert, durch die Stadtverwaltung und den Oberbürgermeister gefördert wird und mindestens genauso gut ist? Wären wir nicht verpflichtet, diesem eine Chance zu geben, weil es so unglaublich viel für Potsdam getan hat und auch noch tun will?

Ministerin Ziegler:

Ich glaube, die Ansiedlung kann man nicht als Kriterium dafür nehmen, ob das Verfahren hier in Brandenburg angewendet werden wird oder nicht. Wir haben das Verfahren eingehend geprüft. Das Kabinett ist zu der Auffassung gelangt, dass KIDICAP zunächst eingeführt wird, weil es weitaus kostengünstiger ist und weil es bis zum Jahre 2004 eingeführt werden kann, was andere Systeme nicht geboten haben.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Danke sehr. - Die **Frage 1037** (Studierendenzahlen - Prognose und Realität) wird vom Abgeordneten Dr. Trunschke formuliert. Bitte.

Dr. Trunschke (PDS):*

Zum Ende des Jahres 2000 erstellte die Hochschul-Informationssystem GmbH eine Studie darüber, wie sich die Studierendenzahlen im Land Brandenburg entwickeln werden. Dazu legte sie zwei Prognosen vor, eine etwas niedrigere und eine etwas höhere. Die Landesregierung orientierte sich in ihrer weiteren Hochschulentwicklungsplanung an dieser Studie, und

zwar eher am unteren Rand. Jetzt liegen die realen Zahlen für das Jahr 2001 bzw. für das Wintersemester 2001/2002 vor. Dabei ergeben sich zwei deutliche Abweichungen. Zum einen liegen die tatsächlichen Zahlen über der Prognose der HIS GmbH, und zwar auch über der höheren Variante, und zum anderen gibt es deutliche Verschiebungen innerhalb der brandenburgischen Hochschulen hin zu den Fachhochschulen.

Ich frage nun die Landesregierung, wie sie in ihrer weiteren Hochschulplanung auf diese aktuellen Entwicklungen reagieren will.

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Ministerin Wanka, Sie haben das Wort.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur
Prof. Dr. Wanka:***

Herr Trunschke, ich denke, in einem Punkt sind wir uns einig: Die Tatsache, dass mehr Studenten gekommen sind, als nach den Prognosen zu erwarten war, ist positiv und erfreulich.

Zu dem zweiten Punkt, der die Dramatik der Situation betrifft, bin ich anderer Meinung. Ich halte die Situation nicht für so dramatisch, wie sie in Ihrer Fragestellung zum Ausdruck kommt.

Um einmal zu rekapitulieren: Die Landesregierung Brandenburg hat im Sommer einen Beschluss zur weiteren Hochschulentwicklung gefasst. Basis dieses Beschlusses waren unter anderem die Prognosezahlen. Dabei ist es so, dass alle Seiten einen Kompromiss eingehen mussten. Ich habe von Anfang an auf Maximalforderungen verzichtet, denn es ist angesichts der Finanzsituation, in der sich Brandenburg befindet, wohl schon erstaunlich und ein sehr gutes Zeichen, dass man im Bereich der Hochschulen einen Punkt setzt, obwohl es viele andere Haushaltsbereiche gibt, die reduzieren mussten. Deshalb wären dort Maximalforderungen nicht produktiv gewesen.

Die vorliegende Planung bietet eine sichere Grundlage zum weiteren Aufwachsen der Hochschulen. Es ist natürlich so, dass die Gelder, die für Überlast und Weiterentwicklung für die Jahre 2002 und 2003 zur Verfügung stehen, nicht sehr üppig sind und dass von den Hochschulen auch sehr viel verlangt wird, zum Beispiel wenn sie eigene Beiträge erbringen müssen, um neue Studiengänge einführen zu können. Die Koalitionsfraktionen haben bei den Haushaltsverhandlungen dieser Situation Rechnung getragen, indem beim Verteilen der globalen Minderausgabe über alle Ressorts gesehen nur ein Bereich - der Bereich der Hochschulen - ausgenommen wurde. Das ist positiv.

Zur Frage bezüglich der Überlastprognose: Es ist im Hochschulbereich deutschlandweit so, dass immer Überlast gefahren wird, auch in Ländern - ich habe mir eben die Zahlen von Bayern angesehen -, die finanziell sehr viel stärker sind. Bayern hat neue Fachhochschulen aufgebaut, hat aber trotzdem Überlast. Brandenburg reagiert auf diese Überlast, das heißt, die Situation wird sich nicht verschärfen - sondern entschärfen - im Gegensatz zu Berlin, wo die Zahlen auch steigend sind, wo aber abgebaut wird. Das heißt, dass wir in diesem Bereich auf der sicheren Seite sind.

Was die Verteilung zwischen den Hochschulen betrifft, so ver-

suchen wir, mit einer veränderten Finanzzuweisung dem Rechnung zu tragen, dass die Hochschulen, die mehr Studenten bekommen, stärker honoriert werden. Hinsichtlich dieses Problems sind wir zurzeit in der Diskussionsphase.

Fazit: Es ist schön, dass wir so viele Studenten haben. Besonders erfreulich ist es, dass auch sehr viel ausländische Studierende dabei sind. Es gibt keinen Grund, wegen der Differenz zwischen Prognose und realisierten Zahlen von den geschlossenen Planungen abzuweichen.

Präsident Dr. Knoblich:

Schönen Dank. - Wir sind damit bei der **Frage 1038** (Ausbau der B 5 zwischen Wustermark und Nauen), gestellt vom Abgeordneten Rainer Neumann von der CDU-Fraktion. Bitte.

Neumann (CDU):

Zwischen der fertig gestellten Ortsumgehung Wustermark und der noch im Bau befindlichen Ortsumgehung Nauen wird ein etwa drei Kilometer langes Teilstück der B 5 liegen, das aufgrund der planungsrechtlichen Arbeiten nicht fertig gestellt werden wird, sodass wir hier aufgrund der hohen Belastung weiterhin mit Verkehrsstau rechnen müssen. Nach Informationen des Verkehrsministeriums ist zwar ein vierstreifiger Ausbau dieses Teilstücks geplant, um aber dieses Nadelöhr zwischen den beiden Ortsumgehungen zu beseitigen, wäre es wünschenswert, diesen Ausbau zeitnah zum Bau der Ortsumgehung Nauen vorzunehmen.

Ich frage die Landesregierung, wie sie die Möglichkeiten, dieses Teilstück der B 5 zeitnah zur Ortsumgehung Nauen auszubauen, beurteilt.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Meyer, Sie haben das Wort.

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin dem Trugschluss erlegen, dass man durch Leistung überzeugen kann, nachdem Herr Neumann sieben/acht Jahre lang die Frage auf den Lippen trug: Was macht die B 189? Und wo wir nun die Ortsumgehung Pritzwalk, die Ortsumgehung Pasewalk und die Ortsumgehung Weißen so richtig „unter der Karre“ haben, fängt er mit der B 5 an. Ich freue mich darüber, weil das einmal nicht in Ihrem Wahlkreis ist, Herr Neumann. Wir sind natürlich auch bei der B 5 dabei. Die Ortsumgehung Wustermark ist tatsächlich ein Projekt, das sehr teuer ist. Wir haben bei der Ortsumgehung Nauen eine leichtere Streckenführung und sind hier sowohl planerisch als auch in der Bauphase im Vorlauf. Natürlich ist die Fertigstellung dieses Teilstücks dringend, aber es ist kein Nadelöhr, sodass sich nicht automatisch Staus beim täglichen Durchlass der Fahrzeuge ergeben.

Wir haben den Schwerpunkt auf diejenigen Maßnahmen, die bis zum Jahr 2003 aus den zur Verfügung stehenden Mitteln realisiert werden können, sowie auf die Maßnahmen, die im Bundesverkehrswegeplan stehen, konzentriert. Jetzt sagen wir: Wir werden dieses Teilstück trotzdem in die Planung nehmen, obwohl wir noch nicht wissen, ob es in die Novellierung des Fern-

straßenbaugesetzes des Bundes hineinkommt. Das liegt in der Entscheidung des Bundestages. Ich bin aber optimistisch.

Wir wollen ein fertiges Projekt in der Schublade haben. Deswegen gibt es konkrete Planungen. Wenn das Verfahren und die baurechtliche Planung abgeschlossen sein werden und durch die Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan und in das Fernstraßenbaugesetz die finanztechnische Voraussetzung stimmt, wird ein Beginn nach 2004 möglich sein. - Danke schön.

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf. Herr Neumann, bitte.

Neumann (CDU):

Herr Minister, ist es denkbar, dieses Teilstück vielleicht dadurch vorzuziehen, dass wir es privatwirtschaftlich vorfinanzieren oder direkt finanzieren?

Minister Meyer:

Sie haben mit „wir“ jetzt nicht sich gemeint?

(Heiterkeit)

Ich bin der Koalition für das Koalitionspapier dieser Landesregierung, mit dem sie die Möglichkeit geschaffen hat, dass privatwirtschaftliche und Mischfinanzierungen für verkehrliche Infrastruktur vorgenommen werden können, außerordentlich dankbar. Ich bedaure sehr, dass die damalige Initiative der CDU von diesen Möglichkeiten und von Anträgen dieser Art bisher wenig Gebrauch gemacht hat. Ich werde das als Anregung aufnehmen. Ich sage aber ganz deutlich, dass wir hier nach dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit und der Nachweisbarkeit gehen. Da dies kein Nadelöhr im vorgenannten Sinne ist, wäre die private Vorfinanzierung einiger Ortsumgehungen dringender. Deshalb wäre das nicht das erste Projekt. Ich denke zum Beispiel an die Weiterführung der B 96 in Richtung Norden. - Schönen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Ich danke auch. - Wir sind damit am Ende der Fragestunde und ich schließe den Tagesordnungspunkt 1.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Aktuelle Stunde

Thema:

Die Ergebnisse der PISA-Studie (Programm for International Student Assessment) und ihre Auswirkungen auf die Bildungspolitik im Land Brandenburg

Antrag
der Fraktion der SPD

Das Wort geht zuerst an die beantragende Fraktion. Frau Abgeordnete Siebke, bitte.

Frau Siebke (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Noch

vor wenigen Wochen assoziierten die meisten von uns beim Klang des Wortes PISA eine italienische Stadt, die den berühmten Schiefen Turm beherbergt, der immer mehr zu kippen drohte und durch umfangreiche Maßnahmen gerade wieder Standfestigkeit verliehen bekam. Die nun im Zusammenhang mit dem Begriff PISA diskutierten Inhalte sind ebenso eng mit einer Schiefelage verknüpft, nämlich mit der Schiefelage der Resultate des deutschen Bildungssystems.

Was wird im Rahmen der PISA-Studie untersucht und welche Ergebnisse sind es, die deutschlandweit eine erneute Bildungsdebatte entfacht haben? 15-jährige Schüler wurden in 32 Ländern weltweit auf ihre Lesefähigkeit und auf ihre mathematisch-naturwissenschaftliche Grundbildung hin untersucht. Dabei lag das Hauptaugenmerk auf der Beherrschung von Prozessen, dem Verständnis von Konzepten sowie der Fähigkeit, innerhalb eines Bereiches mit unterschiedlichen Situationen umzugehen, wie es in der Beschreibung der PISA-Studie heißt.

Es ging also bei der Lesekompetenz nicht darum, einfach lesen zu können, sondern darum, Gelesenes zu verstehen, sich gezielt Informationen aus einem Text erschließen zu können, diesen in bereits vorhandene Wissensstrukturen einzuordnen und bewerten zu können. Die Qualität dieser Fähigkeit bestimmt wesentlich, inwieweit ein Mensch in der Lage ist, sich selbstständig Wissen anzueignen, selbstständig zu lernen. In einer Zeit, die in zunehmendem Maße von der Notwendigkeit des lebenslangen Lernens geprägt ist, um einen entsprechenden Platz im Berufs- und gesellschaftlichen Leben einnehmen zu können, ist die Lesefähigkeit existenzbestimmend.

Ebenso zielten die Aufgabenstellungen im mathematisch-naturwissenschaftlichen Teil der Untersuchung nicht lediglich auf die Wiedergabe von erlerntem Wissen, sondern auf die Untersuchung, inwieweit Schüler in der Lage sind, mit dem Erlernten umzugehen, in für die Lebenspraxis wichtigen Bereichen selber Lösungen zu finden. Einen Aufschrei rief das Abschneiden der deutschen Schüler bei der Untersuchung hervor, obwohl die Ergebnisse der TIMS-Studie vor zwei Jahren bereits eine Vorwarnung war.

Bei so wichtigen Qualifikationen finden sich die deutschen Schüler im Mittelfeld bzw. im letzten Drittel der 32 Länder wieder. Das heißt im Einzelnen: In Deutschland gibt es mehr Schüler als bei den meisten Altersgenossen in anderen Ländern, die Texte schlecht verstehen. Ähnlich sieht es bei der mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundbildung aus. Lediglich in zwei Bereichen ist Deutschland im Ländervergleich führend und das ist ebenso erschreckend. In keinem anderen Land sind die Unterschiede zwischen den leistungsstärksten und den leistungsschwächsten Schülern so groß wie bei uns und nirgendwo haben es Kinder aus unteren sozialen Schichten so schwer, ihre geistigen Fähigkeiten zu entwickeln.

Was ist zu tun, um den schiefen Turm zu stabilisieren bzw. langfristig aufzurichten? Das Forum Bildung, das unabhängig von den Ergebnissen der PISA-Studie partei- und länderübergreifend alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen über zwei Jahre über die Problematik Bildung beraten hat, legte vor kurzem seine Ergebnisse vor. Sie decken sich in wesentlichen Punkten mit den Schlussfolgerungen und Empfehlungen, die in der PISA-Studie gegeben werden.

Übrigens hat sich mit dieser Frage 1995 schon einmal eine Kommission in Nordrhein-Westfalen unter der Leitung des damaligen Ministerpräsidenten Johannes Rau befasst. Auch sie kam schon zu diesen Schlussfolgerungen. Leider war wohl der Druck nicht so groß, dass man auf diese Ratschläge schon damals gehört hätte. Sicherlich hätte man früher mit einigen Dingen beginnen sollen, die jetzt hoffentlich in Angriff genommen werden.

So heißt es in der PISA-Studie, dass Kinder so lange wie möglich gemeinsam und so früh wie möglich gefördert werden sollen. In Brandenburg haben wir mit den Maßnahmen zur Stärkung der Grundschule einen richtigen Schritt getan. Die schrittweise Ausweitung der flexiblen Eingangsphase bietet den Rahmen für einen erfolgreichen, dem individuellen Entwicklungsstand der Kinder entsprechenden Einstieg in die Schule. Erfahrungen besagen, dass die Freude am Lernen durch ein dem Kind entsprechendes Anforderungsniveau besser erhalten und weiter entwickelt werden kann. Ähnliches gilt für die Möglichkeit der Neigungs- und Leistungs differenzierung in den Klassen 5 und 6. Neben der Qualifizierung der Grundschule muss ihre Verzahnung mit der Vorschulerziehung verstärkt werden. Das Schulgesetz schreibt eine Zusammenarbeit der Grundschule mit den Kitas vor.

Die wieder einsetzende Debatte über den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Vorschuleinrichtungen ist unabdingbar und sollte meines Erachtens wieder in verbindliche Festlegungen münden. Mehr als 90 % der Brandenburger drei- bis sechsjährigen Kinder besuchen eine Kita. Die Voraussetzungen einer alle Kinder erreichenden frühzeitigen Förderung sind also gegeben.

Wichtig ist ebenfalls, dass Lehrer und auch Kindergärtnerinnen besser als bisher befähigt werden, besondere Begabungen, aber auch Entwicklungsdefizite zu erkennen und entsprechend zu handeln. Heute vor zwei Wochen charakterisierte Bundespräsident Johannes Rau auf dem Abschlusskongress des Forums Bildung eine gute Schule wie folgt:

„Schule ist nicht **der** Lebensraum, weder für die Schüler noch für die Lehrer. Die Schule muss heute aber **ein** Lebensraum sein, ein Ort, wo der einzelne junge Mensch nicht nur erfährt, was **man** tut oder was **man** wissen muss, ein Ort, an dem er als Person wahrgenommen wird, als Individuum mit seinen Stärken und Schwächen. Die Schule muss ein Ort sein, der die Stärken jedes Einzelnen stärkt und seine Schwächen schwächt.“

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Das ist ein hoher Anspruch, der beinhaltet, die Person des Schülers erst einmal so zu akzeptieren, wie sie ist. In diesem Sinne gibt es nicht den falschen Schüler, der auf einer bestimmten Schule nichts zu suchen hat und abzuschieben ist, wie noch oft zu hören ist, sondern es gilt, ihn entsprechend zu fördern. Dies erfordert Unterricht, der genau jene Kompetenzen entwickelt, an denen es den deutschen Schülern offensichtlich mangelt. Er muss das Denken fördern, die Fähigkeit, in Zusammenhängen und fächerübergreifend zu denken. Nicht zuletzt heißt das auch, dass Lehrer mehr als bisher zusammenarbeiten und dass die Ergebnisse der schulischen Arbeit intern und extern überprüft werden müssen.

Die Forderung nach Ganztagschulen in allen Schulformen ist richtig; denn diese Schulen geben der Verwirklichung dieses Anspruchs mehr Raum. Andere europäische Länder mit bedeutend besseren Ergebnissen haben seit langem ein flächendeckendes Ganztagschulsystem.

Brandenburg hat im Vergleich zu anderen Bundesländern eine hohe Anzahl von Ganztagschulen, trotzdem haben auch wir Handlungsbedarf. Wer die richtige Forderung nach einem Ganztagschulsystem, der ich mich anschließen möchte, aufmacht, muss sich auch bewusst sein, dass Ganztagschule teurer ist als das bei uns übliche Halbtagschulsystem. Ganztagschule allein bewältigt die Aufgabenstellung aber nicht. Sie bietet einen besseren Rahmen. Mit Leben erfüllt werden kann sie nur von gut ausgebildeten und motivierten Lehrerinnen und Lehrern. Das gilt vor allem für einen professionellen Unterricht und schließt die Bereitschaft ein, sich Zeit zu nehmen für den Schüler und darüber hinaus die Zusammenarbeit mit den Eltern zu pflegen.

Schüler, Eltern, aber insbesondere die Lehrerschaft mussten sich in den letzten zehn Jahren ständig neuen inhaltlichen und organisatorischen Anforderungen stellen. Die Anforderungen waren nicht nur neu, sondern wurden auch immer anspruchsvoller. Die Mehrzahl der Lehrerinnen und Lehrer hat sich dieser Herausforderung mit großer Bereitschaft zur Fort- und Weiterbildung gestellt, vor der natürlich auch andere Berufsgruppen stehen. Keine andere Berufsgruppe stand dabei jedoch in vergleichbarem Maße im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung und somit in der öffentlichen Kritik wie die Lehrerschaft.

Die Tatsache, dass das Brandenburger Teilzeitmodell Lehrer eher, als dies in anderen Berufsgruppen der Fall ist, vor Arbeitslosigkeit schützt, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die sinkenden Schülerzahlen die Problematik des Beschäftigungsumfangs der Lehrerschaft verschärfen. Schritte wie Vollzeit- und Teilzeitverbeamtungen, hauptsächlich aus fiskalischen Gründen erfolgt, sowie Vollzeit- und Teilzeitanstellungsverhältnisse haben dazu beigetragen, das Klima in den Lehrerkollegien eher zu verschlechtern. Eine solide Bildungs- und Erziehungsarbeit bedarf aber der Kontinuität und Verlässlichkeit. Inhaltlich ist die Verlässlichkeit zum großen Teil durch die Novelle des Schulgesetzes sowie durch die weiteren Maßnahmen der Bildungsoffensive gegeben. Was den Beschäftigungsumfang der Lehrerinnen und Lehrer sowie die Ausstattungsbedingungen der Schullandschaft angesichts der rapide sinkenden Schülerzahlen betrifft, besteht jedoch akuter Handlungsbedarf.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei der SPD)

Letzten Endes ist die Lehrerschaft selbst für ihr Ansehen in der Gesellschaft verantwortlich. Die Politik ist jedoch gefordert, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

TIMSS und jetzt PISA haben uns gezeigt, dass es unbedingt notwendig ist, etwas zu tun. Ich hoffe, dass der Handlungsdruck so groß ist, dass auf diesem Gebiet Erfolge erzielt werden, damit der Turm Bildung in Deutschland eines Tages nicht doch noch kippt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Siebke. - Ich gebe das Wort an die Fraktion der PDS, an Frau Abgeordnete Große.

Frau Große (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „PISA-Panik“, „PISA-Fiasko“, „Das Land der Dichter und Denker abgehängt“, „Deutsche Schulen auf der Kippe“, „Im Land der Auslese verkümmert die Seele des Lernens“, „Miserables Zeugnis für überholtes System“, „Das erwartete Ergebnis und doch ein Schock“, „PISA und kein Ende“ - so und ähnlich titelten die Zeitungen in seltener Übereinstimmung seit Veröffentlichung der Ergebnisse der PISA-Studie Anfang Dezember 2001.

Die Debatte hat leicht hysterische, zumindest aber hyperaktive Züge angenommen und droht sich in ideologischen Grabenkämpfen und parteipolitischen Wahlschlachten zu verlieren. Scheinbar fertige Konzepte werden aus den Schubladen geholt, aktionistische Kampagnen finden statt. Bisher wird ausschließlich an Symptomen herumgedoktert. Das gilt leider auch für Brandenburg.

(Beifall bei der PDS)

Immerhin wird wieder über Bildung gesprochen. Wenn wir jetzt nicht erst einmal Luft holen, ehe wir mit einer tiefgründigen, schonungslosen Analyse beginnen und einen wirklich ehrlichen Vergleich mit Ländern, deren Schüler zu besseren Ergebnissen gekommen sind, ziehen, verschenken wir die Möglichkeit, PISA als Chance zu nutzen,

(Beifall bei der PDS)

als Chance für ein grundsätzliches Nachdenken, was nicht unbedingt meint, alles umzustoßen.

Wie also muss eine Lernwelt aussehen, die auf die Lebenswelt vorbereitet, ohne diese vorwegzunehmen? Die PISA-Studie wirft eine Menge Fragen auf, für deren Beantwortung es keine Patentrezepte gibt.

Schule braucht Kontinuität und Ruhe, zugleich jedoch eine grundlegende Reformierung. Dies macht nur dann Sinn, wenn Schüler, Lehrer, Eltern, lokale Akteure - eben die gesamte Gesellschaft - sie als gemeinsames Anliegen begreifen. Ergebnisse solcher Reformen werden anders als die zum Beispiel von Herrn Schönbohm initiierten erst nach langen Zeiträumen sichtbar und messbar sein.

Noch ein Problem wird deutlich: Ein bundesweites Nachdenken ist gefragt. Die föderalen Strukturen in Deutschland erschweren bei allen Vorteilen, die Bildung als hoheitliche Länderaufgabe bringt, grundlegende Reformen. Die Gefahr liegt nahe, dass sich Deutschland auf diesem Gebiet verzettelt. Dabei erfordern gerade die von den Menschen erwartete Mobilität und Flexibilität in der modernen Arbeitswelt verlässliche Schulstrukturen, die Mobilität und Flexibilität auch ermöglichen. Ein bundesweites Bildungsrahmengesetz wäre ein Anfang der Sicherung grundlegender Standards auf Bundesebene.

(Beifall bei der PDS)

Über effizientere Finanzierungsmodelle, die durch die Bündelung von Aufgaben erreicht werden könnten, sollte zumindest nachgedacht werden. Ein Großteil der Mittel für Bildung, welche in Deutschland ohnehin schon unter dem OECD-Durchschnitt liegen, wird ineffizient eingesetzt, weil jedes Land eigene Lehrpläne, Fortbildungsreihen, Schulbuchchecks, Gesetze, Verwaltungsvorschriften, Verordnungen usw. entwickelt.

Aus Sicht der PDS besteht dringender Handlungsbedarf auf mehreren Problemfeldern. Doch zunächst zur Situation:

Die Ergebnisse der in Deutschland an 219 Schulen getesteten 5 073 Schülerinnen und Schüler zeigen, dass das Gesamtsystem Bildung der Bundesrepublik versagt hat. Hier gehe ich also weiter als Kollegin Siebke. Das Gesamtsystem hat versagt.

Im internationalen Vergleich sind wir nur eingeschränkt zukunftsfähig. Rang 21 bis 25 bei der Lesekompetenz, 20 bis 22 bei mathematischen und 17 bis 23 bei der naturwissenschaftlichen Grundbildung unter den 32 Teilnehmerländern sind bei allen Abstrichen, bezogen auf die Untersuchungsmethode und in Erwartung der möglicherweise abweichenden Ergebnisse im Ländervergleich, einfach fatal. Wenn 9,9 % der deutschen Schüler bei der Lesekompetenz nicht einmal die unterste Kompetenzstufe erreichen und 42 % der Schüler nicht selbstbestimmt und zu ihrem Vergnügen lesen, heißt das, dass sie ohne die Basiskompetenz Lesen in ihrer Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen erheblich eingeschränkt sind.

Für die PDS sind auch folgende Aussagen der PISA-Studie von besonderer Bedeutung: In Deutschland weisen die Ergebnisse die größte Streuung aus. In keinem anderen Land ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschance enger als in Deutschland. Besonders problematisch ist die Situation für Kinder aus Migrantenfamilien. Länder, die in stärkerem Maße in die Früherziehung und den Primarbereich investieren und mehr Wert auf Autonomie von Schulen legen, kommen zu besseren Ergebnissen. Die meisten Länder mit besseren Ergebnissen erreichen auch ohne frühe Auslese ein höheres Leistungsniveau.

Die PDS unterstützt daher grundsätzlich die zwölf Empfehlungen des Forums Bildung vom 19.11.2001 und sieht die frühe Förderung der individuellen Fähigkeiten, die Verwirklichung lebenslangen Lernens für alle und die Reform der Lehrerbildung als vordringlich an.

Ist Brandenburg mit seiner Bildungsoffensive auf dem richtigen Weg? Dass wir es sind, davon ist zumindest Herr Minister Reiche überzeugt. Die PDS dagegen sieht das eher kritisch und fordert die Landesregierung auf, die Bildungsoffensive neu zu überdenken, gegebenenfalls zu korrigieren und nach neuen Lösungsansätzen zu suchen.

(Beifall bei der PDS)

Dabei sollten folgende Prämissen gesetzt werden:

Erstens: Der Bildungsbereich muss als ein durchgängiges System der Erziehung und Bildung gestaltet werden, welches vom Elementarbereich der Kita über den Primarbereich und die Sekundarstufen I und II bis zur Berufsausbildung reicht.

Zweitens: Schwerpunkte der Reform müssen der noch zu er-

arbeitende Bildungsauftrag für Kindertagesstätten und dessen Verzahnung mit dem Primarbereich sein. Die Kita-Novellierung war diesbezüglich eher kontraproduktiv.

Drittens: Dringend benötigt wird ein umfassendes und individuelles Förderprogramm für alle Schülerinnen und Schüler in allen Schulstufen in möglichst kleinen Lerngruppen.

Viertens: Wir benötigen eine Schulstruktur, in der Fördern statt Auslesen die Regel ist. Die in der Novellierung des Brandenburgischen Schulgesetzes verankerten Maßnahmen zur Querversetzung, zu verschärften Versetzungsbedingungen und zu den Leistungsprofilklassen sind Schritte in die völlig falsche Richtung. In diesem Zusammenhang ist auch das Gesamtschulkonzept zu prüfen, das häufig ebenfalls auf Auslese setzt.

Fünftens: Wir brauchen eine nachhaltige Reform der Inhalte und Methoden des Lernens und Lehrens. Kreativität und Fähigkeiten wie Analysieren, Bewerten und Vergleichen müssen stärker entwickelt werden. Das braucht Zeit. Anvisierte verkürzte Schulzeiten müssen dem Rechnung tragen. Schnellläuferklassen sind auch hier der falsche Weg.

Sechstens: Motivation und Leistungsbereitschaft dürfen nicht ausschließlich über Zensuren entwickelt werden. Genau darauf läuft aber die Bildungsoffensive hinaus. So werden natürliche Neugier und Erkenntnisdrang stranguliert und fehlgeleitet. Schüler stellen immer gleich die Frage: Welche Note bekomme ich dafür?

Siebtens: Gemeinsam müssen attraktive Systeme der ganztägigen Bildung und Erziehung entwickelt und umgesetzt werden. Es reicht nicht, mit Stolz auf die 86 Ganztagschulen im Land Brandenburg zu verweisen. Es muss dringend eine Evaluation der Qualität dieser Ganztagsangebote erfolgen. Was passiert an den Ganztagschulen im Bereich des Ausgleichs von sozialen Benachteiligungen und was im Bereich der individuellen Förderung der einzelnen Schüler?

Achtens: Der Bildungsbereich muss mit den notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet werden. Hier können wir nur unsere im Rahmen der Haushaltsdebatte geäußerte Kritik zum Stellenabbau und der nicht erfolgten soliden Ausfinanzierung der Bildungsoffensive noch einmal unterstreichen.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch etwas zu der Ostalgiedebatte bezogen auf das DDR-Schulsystem sagen, die wir zwar nicht führen, aber zu der uns die Medien ständig Fragen stellen. Ich bin nicht sicher, ob die Ergebnisse der PISA-Studie wesentlich besser gewesen wären, wenn es die DDR noch gäbe und sie sich an dieser Studie beteiligt hätte. Auch im DDR-Bildungssystem gab es neben der ideologischen Überfrachtung zu viel Frontalunterricht, zu viel auf Wissen und zu wenig auf Fähigkeiten setzenden Unterricht und Unzufriedenheit bezogen auf die Motivation der Schüler und deren anwendbares Wissen. Eine Verklärung dieses Schulsystems ist schon deshalb nicht angesagt, weil es eine zu geringe Breite im Bildungsgang Abiturstufe gegeben hat.

Dennoch gibt es Aspekte, über die es sich nachzudenken lohnt: Es gab ein ganzheitliches Lehrplanwerk, in dem Inhalte und Methoden der Fächer aufeinander abgestimmt waren. Während

jetzt vor allem auf exemplarisches Lernen Wert gelegt wird, gab es in der DDR eine stärkere Systemhaftigkeit. Es wurde entschieden mehr geübt und gefestigt. Die Stundentafeln zielten stärker auf Basiskompetenzen. So standen beispielsweise für das Fach Deutsch in den Klassen 5 und 6 jeweils acht Wochenstunden zur Verfügung; jetzt sind es nur noch vier.

Ein pädagogisches Grundprinzip bestand darin, ein Kind dort abzuholen, wo es sich befindet. Jetzt dagegen wird häufig der schon zitierte Satz formuliert: „Du gehörst hier nicht hin.“ Mit „hier“ ist die Schulform, die Jahrgangsstufe oder die entsprechende Klasse gemeint. Die Verantwortung der Klasse als Gruppe für den Lernerfolg des Einzelnen wurde stärker stimuliert und hatte einen hohen Stellenwert innerhalb dieser Problematik.

Es gab eine intensive Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule. Die Bedeutung der Schule wurde von der Gesellschaft stärker anerkannt. Im Übrigen können wir diesen Verlust durch die Einführung eines Lehrertages kaum heilen, wenn wir nicht zugleich auch die Rahmenbedingungen ändern.

(Beifall bei der PDS)

Wir fordern Sie, Herr Minister Reiche, als Mitglied der Kultusministerkonferenz auf, sich vehement dafür einzusetzen, dass eine der Kernfragen, nämlich die der verkrusteten gegliederten Schulstrukturen, oder andere die Fundamente des deutschen Bildungswesen betreffende Fragen nicht tabuisiert werden.

(Beifall bei der PDS)

Wir fordern von der Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass die Ergebnisse der PISA-Studie nicht zerredet werden und den Worten durch Maßnahmen untersetzte Taten folgen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Große, und gebe das Wort an die Fraktion der CDU. Frau Abgeordnete Hartfelder, bitte sehr.

Frau Hartfelder (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! PISA sei Dank; denn PISA rüttelt auf. Frau Große, die PISA-Studie ist eine wirkliche Chance, aber ich glaube, dass uns Ihr Beitrag alle Sorgen, die wir haben, im Endeffekt nicht nehmen kann. Die Ergebnisse der PISA-Studie verlangen eine Analyse und Konsequenzen.

Derzeit liegen uns die Ergebnisse der Studie für ganz Deutschland vor. Sie sind ernüchternd. Brandenburg hat sich an der Studie beteiligt, aber die regionalen Ergebnisse liegen noch nicht vor. Heute schon konkrete Konsequenzen für die Bildungspolitik Brandenburgs zu ziehen scheint mir daher zu früh.

Dennoch werden wir uns im Bildungsausschuss - wie beschlossen - intensiv mit den Ursachen und wissenschaftlichen Erkenntnissen befassen. Deshalb ist hier und heute die Frage zu stellen, warum Deutschland bei der Feststellung des Grundwis-

sens der 15-Jährigen in den Kompetenzen Lesen, Mathematik und in den Naturwissenschaften relativ schlecht abschneidet, im unteren Mittelfeld der geprüften Länder rangiert, obwohl es hier 16 unterschiedliche Schulsystementwicklungen und auch 16 unterschiedliche Lehrerausbildungskonzepte gibt.

Auf komplexe Fragen gibt es keine einfachen Antworten. Es gibt auch keinen einzelnen Schuldigen für die Probleme. Wenn die PDS sicherlich auch keine komplexen Antworten auf die durch die Studie aufgeworfenen Fragen geben kann - sie hat übrigens einen ganzen Bereich vergessen -, so weiß sie aber jetzt schon ganz klar, wo die Probleme in der Bildung liegen und wer diese verursacht hat. Ich zitiere aus einem PDS-Papier:

„Die Ursachen für die aktuelle Bildungspolitik, die die Zukunftschancen der Heranwachsenden erheblich einschränkt, haben in Deutschland Namen und Gesichter: Schröder, Merkel, Eichel, Merz, Stolpe, Ziegler, Reiche, Schönbohm, Wanka usw.!“

Frau Kollegin Große, es ist immer sehr bequem, auf Sündenböcke zu verweisen. Konstruktiver ist es aber, offen nach eigenen Verantwortlichkeiten zu suchen.

Ist der Stellenwert von Bildung und Erziehung in der Gesellschaft - damit meine ich Eltern, Schule, Politik, Öffentlichkeit und Medien; meine Damen und Herren von der PDS, auch Sie gehören dazu - groß, dann werden auch die Ergebnisse gut sein. Dies lässt sich ohne Probleme anhand vieler Länder wie Japan, Korea und Finnland belegen, die besonders gut abgeschnitten haben. Dort, wo Bildung und Erziehung in Elternhaus, Schule und Gesellschaft auf Leistung, Anstrengung und Erfolg ausgerichtet sind, wo der Lehrer Anerkennung und Autorität besitzt - dazu braucht man keinen sozialistischen Lehrertag; darin sind wir uns wohl einig -

(Beifall bei der CDU)

wo der Lehrer als Erzieher gestärkt wird und sich selbst und seine Arbeit immer wieder kritisch prüft und verändert, wo Elternhaus und Schule an einem Strang ziehen, sind bessere Leistungen der Schüler möglich.

In Deutschland haben wir seit den 70er Jahren zahlreiche Bildungsreformen und -reformchen durchgeführt, wobei die wesentlichen vom Denken der 68er beeinflusst waren. In Brandenburg haben wir 1990 viele Ideen der westlichen, so genannten modernen Pädagogik übernommen. Leider haben wir 1990 - Frau Große, ich widerspreche Ihnen an dieser Stelle ausdrücklich; das scheint Sie zu wundern, aber Sie haben mich in den letzten sieben Jahren nicht erlebt und ich habe damit auch kein Problem - auch vernünftige pädagogische Prinzipien und Einrichtungen über Bord geworfen. Heute haben wir es gerade mit den Ergebnissen dieser Entwicklung zu tun. Für diese Entwicklung tragen Politiker von heute - ich nenne nur Herrn Schönbohm und Frau Wanka, die hier erst seit kurzem politisch tätig sind - keine Verantwortung.

Viele zeigen sich von den Ergebnissen der PISA-Studie überrascht. Das wiederum, meine Damen und Herren, überrascht mich. Haben denn jene die Warnungen der Kammern, Ausbildungsbetriebe und Universitäten Mitte der 90er Jahre nicht gehört? Ist die große Bildungsrede von Roman Herzog 1997 nicht verstanden worden? Wir haben sie gehört und verstanden.

Mit der Novelle des Schulgesetzes in Brandenburg ergriffen wir politische Maßnahmen, die gerade den sinkenden Leistungen entgegenwirken sollen.

(Beifall bei der CDU)

Das allein aber reicht nicht. Schaut man sich die in der PISA-Studie führenden Länder an, findet man sehr unterschiedliche Bedingungen: In Japans Klassen sitzen 40 Schüler, die Arbeitszeit der Eltern beträgt im Durchschnitt 500 Stunden pro Jahr mehr als in Deutschland, die Lehrer verdienen nicht besonders gut, in der Gesamtschule herrschen absolute Disziplin - der Begriff Disziplin ist japanischen Lehrern überhaupt nicht bekannt - und ein durchgängig strenges Leistungsprinzip. In Korea sieht es ähnlich aus. In Finnland gibt es Gesamtschulen nach dem Ganztagsprinzip; dort gibt es bis zur 9. Klasse wenige Leistungsüberprüfungen und Noten. In Kanada werden Tests in Hülle und Fülle geschrieben. Trotzdem sind die Ergebnisse der PISA-Studie in den genannten Ländern für uns beispielhaft.

Was will ich damit sagen? Die äußeren Bedingungen der deutschen Bildungssysteme - es gibt in Deutschland ja nicht nur ein Bildungssystem - sind sehr unterschiedlich. Wer beispielsweise nach PISA das gegliederte Schulsystem Deutschlands infrage stellen will, muss auch akzeptieren, Frau Große, dass Gesamtschulsysteme in der PISA-Studie gute, aber auch besonders schlechte Ergebnisse erzielt haben. So stellen sich die Alternativen offensichtlich nicht. Wer beispielsweise behauptet, das finnische oder japanische Bildungssystem könne uns in Deutschland wirklich helfen, der vergisst, dass es in Deutschland die finnischen oder japanischen Kinder, die Eltern mit ihren sozialen Bezügen und ihren Auffassungen von Bildung und Erziehung sowie die dortigen gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse nicht gibt.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der PDS)

- Es ist bemerkenswert, wie lächerlich Sie das Thema finden.

Wir meinen, dass politische Einzelmaßnahmen allein den wirklichen Ursachen nicht gerecht werden. Wir brauchen einen höheren Stellenwert der Bildung und Erziehung in unserer Gesellschaft. Wir brauchen Eltern, die wissen, dass die wesentlichen Grundlagen für Bildung und Erziehung bis zum 10. Lebensjahr gelegt werden, und die auch danach handeln und die ihren Erziehungs- und Bildungsauftrag so ernst nehmen, wie es in anderen Staaten der Fall ist. Wir brauchen überhaupt die Vorbildwirkung der Eltern und der anderen Erwachsenen. Kinder müssen erfahren, dass auch Anstrengung Freude macht und Lebensfreude nicht nur dort gesehen wird, wo man sich der Anstrengung und damit auch der Leistung entzieht.

(von Arnim [CDU]: Sehr richtig!)

Leistung darf kein Unwort mehr sein. Der gute Schüler ist Vorbild und nicht Streber.

Meine Damen und Herren, in Deutschland ist die Bildungs- und Erziehungspartnerschaft von Elternhaus, Kita und Schule nötig. Kinder sehen ihre Eltern und lernen von ihren Eltern. Kinder sehen Erwachsene und lernen von ihnen. Mit dem, was unsere Kinder sind, halten sie uns einen Spiegel vor.

(Beifall bei der CDU)

Wenn sie bei uns die preußischen Tugenden wie Fleiß, Pflichterfüllung, Pflichtbewusstsein, Ordnung, Disziplin, Zuverlässigkeit, Hilfsbereitschaft, Anstrengung sowie das Setzen von Zielen und Schwerpunkten im Leben nicht mehr erkennen können - über diese Tugenden spricht übrigens nicht nur Herr Schönbohm; auch Herr Stolpe sprach anlässlich eines Besuchs von Herrn von Weizsäcker in Potsdam sehr ausführlich darüber -, wie sollen sie dann lernen, was für ihr Leben notwendig ist?

(Beifall des Abgeordneten von Arnim [CDU])

Wenn nur 40 % der deutschen Eltern regelmäßig mit ihren Kindern über Schule reden - in Italien sind es beispielsweise 80 % -, wie sollen sich Kinder dann mit ihren Sorgen, Nöten und Problemen ernst genommen fühlen und sie bewältigen lernen? Wie sollen Kinder an Anstrengung herangeführt werden, wenn sie in vielen Stunden Fernsehen von einer Spiel-, Spaß- und Fun-Gesellschaft, die aus Events besteht - „Big Brother“ lässt grüßen -, hören? Die Schule verstehen sie dann als Gameshow und nicht mehr als das Wesentliche für ihr Leben oder die Gameshow ist das Wesentliche.

An meinen Aussagen ist erkennbar, dass wir wesentliche Veränderungen nur im Konsens erreichen werden. Der Staat allein wird es nicht richten, auch wenn Sie es sich wünschen, meine Damen und Herren von der PDS. Im Mittelpunkt stehen die Eltern, die Kindergärten, deren Bildungsauftrag klar definiert werden muss, und die Grundschulen, die Kernwissen vermitteln, aber auch problemorientierte Lernprozesse üben müssen. Die Lehrerbildung muss sich auf diese neuen Anforderungen einstellen. Wir müssen früher und stärker praxisorientiert ausbilden. Wir müssen über die Abwahl von Fächern nachdenken; nicht der leichteste Weg ist der erstrebenswerteste. Wir brauchen keine neuen Fächer, müssen aber fächerübergreifende Denkprozesse anregen. Wir brauchen verbindliche Standards in der Grundschule, die Grundkompetenzen und -fertigkeiten verlangen. Schließlich müssen wir uns wieder darauf einstellen, dass Kinder etwas leisten wollen, dass sie sauer sind, wenn sie nichts lernen und nicht gefordert werden.

(von Arnim [CDU]: So ist es!)

Elternhaus und Schule müssen dies nutzen. Sie müssen Verhaltensweisen und Denkleistungen trainieren, dürfen Kinder aber nicht dressieren.

Eine Allensbach-Studie ergab, dass sich 45 % der deutschen Eltern noch kein Buch gekauft haben. Nirgendwo in der Welt gibt es eine so traurige Bilanz. Daher kann es nicht verwundern, dass 42 % der in der PISA-Studie befragten Schüler kein Interesse am Lesen zeigen. Darüber sprach auch schon Frau Große. Die Sprache, der Gedankenaustausch und das Lesen sind aber Grundvoraussetzungen für alle Denkprozesse und für die Leistung in allen anderen Unterrichtsfächern. Eine Gesellschaft bleibt nur dann gebildet, wenn sie eine lesende Gesellschaft bleibt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Das ist der zentrale Punkt, wenn wir die Leistungen unserer Schüler verbessern wollen.

Vizepräsident Habermann:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

Frau Hartfelder (CDU):

Offenkundig ist, dass Kinder aus sozial schwachen Familien im Durchschnitt besonders geringe Leistungen aufweisen. Hier ist die gesamte Politik gefordert.

Abschließend zitiere ich noch einen Satz von Roman Herzog:

„Schaffen wir ein Bildungssystem, das Leistung fördert, keinen ausschließt, Freude am Lernen vermittelt und selbst als lernendes System kreativ und entwicklungsfähig ist.“

Danke.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD - Zurufe von der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Hartfelder. - Ich gebe das Wort an die Fraktion der DVU. Frau Abgeordnete Fechner.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sind unsere Kinder heute dümmer und fauler als noch vor wenigen Jahren? Diese Frage stellt sich vielen, wenn sie sich das Ergebnis der PISA-Studie ansehen. Fast jeder vierte Schüler kann kaum lesen und rechnen. Das bedeutet, dass ein Viertel aller Schulabgänger keine reelle Chance auf einen Ausbildungsplatz und damit auf einen Arbeitsplatz hat.

Meine Damen und Herren, unsere Kinder sind nicht dümmer und nicht fauler als die früherer Generationen. Sie sind, und das ist wesentlich schlimmer, nicht zukunftsfähig. Schon lange vor Veröffentlichung der PISA-Studie gaben IHKs und Handwerkskammern Hinweise dahin gehend, dass zu wenige Ausbildungsplätze nicht die einzige Misere sind, sondern dass Schulabgänger vielmehr oft gar nicht das Niveau für eine berufliche Ausbildung mitbringen. Die BASF AG hat 1998 die Ergebnisse einer Langzeitstudie vorgelegt, die belegen, dass die Fähigkeiten der Ausbildungsplatzbewerber sowohl quantitativ als auch qualitativ immer mehr nachlassen.

Meine Damen und Herren, auf der einen Seite ist man nicht in der Lage, Schülern durch eine solide Schulbildung eine Berufsausbildung überhaupt erst zu ermöglichen, und auf der anderen Seite beklagt man, dass Fachkräfte fehlen. In Form der Green Card glaubt man, für Letzteres eine Lösung gefunden zu haben. Mithilfe ausländischer Fachkräfte will man den selbst verschuldeten Fachkräftemangel kompensieren. Die Fraktion der Deutschen Volkunion fordert, dass die Bildung unserer Kinder Vorrang vor der Abwerbung von Spezialisten aus Entwicklungsländern hat.

Meine Damen und Herren, immer wieder sorgten Studien über den Bildungsstand unserer Kinder und Jugendlichen für viel Wirbel und Aufruhr. Immer wieder gibt es auch wüste Spekulationen und Schuldzuweisungen. Der Streit zwischen konservativen und sozialdemokratischen Bildungskonzepten dauert bis heute an und fand neue Nahrung durch die Veröffentlichung der PISA-Studie. Studie hin, Studie her, eines steht fest: Das Bil-

dungsniveau unserer Kinder und Jugendlichen lässt sehr zu wünschen übrig. Man braucht sich nur einmal die Zahl der Schulabgänger ohne den Abschluss Berufsbildungsreife anzusehen. Seit 1995 steigt die Zahl kontinuierlich. Im vergangenen Jahr hatten hier im Land Brandenburg fast 9 % keinen solchen Abschluss. Immer mehr Schüler brechen ihre Schul- und Berufsausbildung vorzeitig ab. Auch die Zahl der Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten hat sich seit 1997 nahezu verdoppelt. Diese Fakten, meine Damen und Herren, müssten doch allen zu denken geben, auch wenn die Redner der Koalitionsfraktionen das zu beschönigen versuchen.

Einige Politiker haben ihre Schlüsse aus dem miserablen Abschneiden Deutschlands im Rahmen der PISA-Untersuchung bereits gezogen. So sieht zum Beispiel Bayerns Regierungschef Edmund Stoiber als Grund dafür die große Zahl ausländischer Kinder, die die deutsche Sprache nicht beherrschen. Ja, auch diese Tatsache hat sicherlich eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. So wird es bestimmt nicht überraschend sein, wenn der innerdeutsche Ländervergleich als Ergebnis der PISA-Studie ergeben wird, dass Länder mit einem hohen Ausländeranteil wesentlich schlechter abgeschnitten haben. Da die Ausländerquote in Brandenburg im Gegensatz zu Hamburg, wo sie fast 20 % beträgt, jedoch relativ gering ist, kann davon ausgegangen werden, dass Brandenburg beim innerdeutschen Vergleich nicht allzu schlecht abschneiden wird.

Trotzdem sollte auch unser Bildungsminister Reiche seine bisher praktizierte Bildungspolitik kritisch betrachten. Während Wirtschaft und Universitäten darüber klagen, dass heutige Schulabgänger kaum noch lesen und rechnen können, setzt unser Bildungsminister die Schwerpunkte ganz woanders, nicht bei der Rechtschreibung, sondern bei der tagtäglichen fächerübergreifenden Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Da werden, obwohl vielerorts Lehrermangel herrscht, so genannte Gedenkstättenlehrer eingesetzt, die sich um eine enge Zusammenarbeit der Schulen mit den KZ-Gedenkstätten kümmern und dafür pädagogische Konzepte entwickeln. Da findet der Nationalsozialismus im Musikunterricht große Beachtung, denn - so wörtlich - „ohne den Nationalsozialismus im Musikunterricht zu behandeln, würde man die Musikgeschichte des 19. Jahrhunderts nur ansatzweise verstehen können“.

Da wird der Sportunterricht zum antifaschistischen Seminar umfunktioniert, zum Beispiel durch die kritische Aufarbeitung der Olympischen Spiele von 1936. Und so weiter und so fort.

(Unruhe bei der PDS - Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Was soll denn das? Das kann doch nicht wahr sein! - Dr. Wiebke [SPD]: Das muss man sich ja wohl nicht anhören!)

Meine Damen und Herren, damit Sie mich richtig verstehen: Selbstverständlich ist eine kritische Aufarbeitung der Vergangenheit notwendig. Aber man kann das Ganze auch übertreiben. Wir sind der Meinung: Der originäre Aufgabenbereich einer Schule sollte es sein, Wissen und Bildung zu vermitteln, und zwar solches Wissen und solche Bildung, die auch für das spätere Leben, insbesondere das Berufsleben, notwendig sind. Dazu gehört in erster Linie das perfekte Beherrschen der Grundrechenarten und der deutschen Sprache.

(Zuruf von der PDS: Und der logischen Schlüsse!)

Leider mangelt es bei vielen Brandenburger Schülern daran.

(Zuruf von der PDS: Bei Ihnen auch!)

Daher fordert die Fraktion der Deutschen Volksunion, dass bereits im Kindergarten und in der Grundschule das Beherrschen der deutschen Sprache wieder Hauptschwerpunkt der elementaren Bildung wird.

Meine Damen und Herren, oftmals ist der Unterricht auch noch zu lebensfremd und fachlich zu überladen. Ein Entrümpeln der Lehrpläne ist durchaus erforderlich.

(Dr. Wiebke [SPD]: Das Parlament müsste man auch einmal entrümpeln!)

Eine weitere Forderung unserer Fraktion lautet, dass die Bildungsinhalte der Schulbücher aller Bundesländer in den wesentlichen Kriterien übereinstimmen, sodass beim Schulwechsel in ein anderes Bundesland ein reibungsloser Anschluss möglich ist.

Tugenden wie Ordnung, Fleiß und Disziplin müssen wieder einen höheren Stellenwert an unseren Schulen einnehmen. Wie sieht es denn oftmals an unseren Schulen aus? Heutzutage müssen Lehrkräfte damit rechnen, nicht nur verbal, sondern auch körperlich angegriffen zu werden, so wie es einer Direktorin an einer Brandenburger Schule erging, als sie den Versuch unternahm, zwei sich raufende Schüler zu trennen. Respekt und Achtung vor dem Lehrer - an welcher Schule gibt es das noch? Einige Lehrer fühlen sich überfordert und resignieren. Auch bei etlichen Schülern lässt sich ein Desinteresse feststellen.

Doch wer oder was trägt die Hauptschuld am Bildungsnotstand deutscher Schüler? Die Schüler, weil sie kein Interesse mehr an einer ordentlichen Schulbildung haben? Die Lehrer, weil sie es angeblich nicht verstehen, die Schüler zu motivieren und den Unterricht interessant zu gestalten? Die Eltern, weil sie sich zu wenig um die Erziehung ihrer Kinder kümmern?

Meine Damen und Herren, es ist das System, welches hier versagt hat. Schüler müssen entsprechend ihren Fähigkeiten gefördert und gefordert werden. Welchen Anreiz hat denn ein Schüler noch, gute Leistungen zu erbringen, wenn die Leistungen noch nicht einmal regelmäßig abgefragt und bewertet werden und wenn viele Jugendliche Perspektivlosigkeit als eine Ursache ihres schulischen Desinteresses angeben? Statt eigenständiges Denken und Handeln zu fördern, setzt man die Kinder schon im Grundschulalter vor den Computer.

Doch allmählich gibt es Anzeichen für eine Rückbesinnung auf das bereits Dagewesene. So wurden beispielsweise Abschlussprüfungen am Ende der 10. Klasse wieder eingeführt, das Wort Elite ist kein Schimpfwort mehr und es wird sogar laut über Begabtenförderung nachgedacht. Modellversuche mit Turbo-Klassen laufen und das Abitur soll bereits nach zwölf Jahren erreicht werden, wie bereits in der Vergangenheit praktiziert und in den meisten europäischen Staaten üblich. Der eine oder andere denkt sogar über die Gründe nach, die gleichzeitig zu Arbeitslosigkeit und Arbeitskräftemangel geführt haben, und gibt der einst verpönten Forderung „Bildung statt Einwanderung“ insgeheim seine Zustimmung.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der Deutschen Volks-

union fordert, dass die Kinder in den Schulen entsprechend ihren Fähigkeiten gefördert und gefordert werden. Dazu ist es auch erforderlich, dass die Schullandschaft übersichtlicher wird und die Leistungen der einzelnen Schüler besser vergleichbar werden, indem zum Beispiel verbindliche Rahmenlehrpläne und Abschlussprüfungen in allen Bildungsgängen eingeführt werden. Auch die Versetzungskriterien sollten einheitlich im Land geregelt sein. Des Weiteren fordern wir als Fraktion der Deutschen Volksunion, dass Tugenden wie Fleiß, Ordnung und Disziplin wieder einen höheren Stellenwert an unseren Schulen bekommen.

Als Resümee ergibt sich daher unsere dringende bildungspolitische Forderung, dass umgehend alles dafür getan wird, um unseren Kindern eine gute Schulbildung zu ermöglichen, damit wir in Zukunft nicht auf ausländische Fachkräfte angewiesen sind. Denn die Schüler von heute sind die Fachkräfte von morgen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Das Wort geht jetzt noch einmal an die Fraktion der SPD. Herr Abgeordneter Kliesch, bitte.

Kliesch (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor mir haben hier nur Bildungspolitiker gesprochen. Ich möchte betonen, dass ich Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Landtags bin.

Die PISA-Studie bedeutet insbesondere für ein Industrieland wie Deutschland einen gravierenden Einschnitt. Wenn wir weiterhin so in die Zukunft schauen, wie wir das zurzeit tun, dann kann uns nicht wohl sein. Es ist so, dass nicht nur die Gesellschaft ein Problem hat, sondern dass auch 10 % bis 20 % der Schülerinnen und Schüler ein großes Problem haben. Sie nehmen an dem wirtschaftlichen Erfolg, der sich in unserer Wohlstandsgesellschaft abzeichnet oder den es in dieser Gesellschaft gibt, nämlich nicht teil. Von der Geburt bis zur Berufsausbildung gibt es hier Verlierer. Sie durchlaufen das ganze Schulsystem. Ihre Namen sind bekannt. Man sollte sie wirklich auffordern: Lest die PISA-Studie, lasst euch das nicht gefallen, fordert von der Politik mehr als das, was bisher anhand dieser Studie diskutiert worden ist!

In der Presse kann man dazu ebenfalls einiges lesen. Da heißt es zum Beispiel: In keinem der anderen Länder, die an dem PISA-Test teilgenommen haben, sind die Unterschiede zwischen guten und schlechten Schülerleistungen so groß wie in Deutschland. - Es ist ein sozialpolitischer Skandal in Deutschland, dass Schülerinnen und Schüler aus unteren sozialen Schichten in unserem Schulsystem fast keine Chance haben.

(Beifall bei der PDS)

In Deutschland fließt das Geld dorthin, wo die sozial Privilegierten ihre Kinder unterbringen, nämlich hauptsächlich in die Gymnasien.

Wir sortieren die Kinder zu früh. Das ist ein ganz klarer Satz, den jeder Fachmann verstehen kann.

(Beifall bei der PDS)

Bei den laut PISA erfolgreichen Bildungssystemen kann man feststellen, dass man, wenn überhaupt, Schüler nach Leistungen in Fachgebieten sortieren sollte. Flexibilität und Durchlässigkeit sollten die Schlagworte bei der Schulreformediskussion sein. Aber wir reden über Kita, reden da mal ein bisschen und dort ein bisschen und sehen gar nicht, dass sämtliche Schulsysteme der deutschen Bundesländer hoch selektiv arbeiten. Sie geben das Signal: Wenn du gute Chancen hast, dann führt dein Weg ganz schnell nach oben. Deine Eltern sind die Basis dafür. - Damit geben sie dem verbleibenden Drittel der Gesellschaft allerdings die Mitteilung: Aufgrund deiner Herkunft, deiner Geburt, der Bildung deiner Eltern hast du hier keine Chance.

Auch wenn sich die Lehrer wirklich bemühen - wir können die Kollegen tatsächlich loben -, das nicht so zu handhaben, ist es jedoch so, dass die Gesellschaft die Signale gibt. PISA sagt uns und hält uns den Spiegel vor: Das ist wirklich so. Ihr könnt euch da in Deutschland nicht verstecken.

Seit Mitte der 90er Jahre gibt es Konzepte, die deutlich machen, dass ein solches Schulsystem in einem Industrieland nicht aufrechterhalten werden sollte. Ein solches Schulsystem ist grundsätzlich ungerecht und zerstört die Sozialstruktur dieser Gesellschaft.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei der SPD)

Bisher haben wir dies alles negiert. Das hat mit dem Wahlzyklus von ungefähr vier Jahren zu tun. Jedes Mal, wenn eine Partei die Frage aufwirft, ob die Schüler für eine längere Zeit gemeinsam die Schule besuchen sollten, bekommen sie um die Ohren gewatscht, dass das 68er-Ideen seien. Übrigens hat Finnland sein Schulsystem gerade 1968 umgestellt, Dänemark schon vorher, und zwar sehr erfolgreich, nachdem es vorher jahrzehntelang ein anderes System gab. - Des Weiteren wird der Partei um die Ohren gewatscht, der eine mache dies und der andere mache dann wieder jenes. Aus der Richtung der CDU kommt dann meist noch der Hinweis - meine Kollegen aus jener Fraktion mögen mir das bitte nicht übel nehmen -, wir hätten doch das beste Schulsystem.

PISA besagt dagegen, dass unser Schulsystem sehr ungerecht sei und dass die Leistung dort auch nicht stimme. Die Schlussfolgerung daraus müsste eigentlich ganz eindeutig sein, dass eine längere gemeinsame Schulzeit festgelegt wird.

(Beifall bei der PDS)

Dies müsste das gemeinsame Ziel sein, und zwar auch unter Berücksichtigung der Initiativen der verschiedenen Parteien, angefangen von solchen für die Grundschule bis hin zu solchen für die Sekundarstufe II. Dann könnten in Deutschland alle eine Chance haben, nicht nur die Kinder von Mittelschichteltern, die bei den Wahlen die Mehrheiten sichern.

Aber genau das ist das Problem. Das bekommen wir nicht hin. Diejenigen die jetzt skeptisch schauen, sollten einmal die Diskussionen über die Grundschulreform im Jahr 1920 nachlesen. Da gab es ähnliche Diskussionen. Wir sind bis heute nicht weiter gekommen. Die wenigen Gesamtschulen, die es beispielsweise in Brandenburg oder in Nordrhein-Westfalen gibt, sind nicht die Reform, die wir brauchen. Wir brauchen eine Reform, mit der das Ziel verfolgt wird, dass alle Kinder eine Chance

haben und dass insbesondere die zu fördern sind, deren Chancen von Hause aus nicht so günstig sind.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei der SPD)

Wenn man das versteht, dann versteht man auch, warum die deutsche Industrie auf einem Symposium vor einem Jahr in Berlin deutliche Signale an die Adresse der Bildungspolitik in die Richtung gegeben hat, dass es nicht zugelassen werden sollte, dass im Durchschnitt circa 15 % der Kinder Totalversager sind, und zwar sowohl in der Schule als auch im Berufsbildungssystem. Diese Jugendlichen brauchen wir als hoch motivierte Arbeitskräfte. In einem Industrieland gibt es keine Arbeitsplätze für Ungebildete in dieser großen Zahl.

(Zurufe von der CDU)

- Diejenigen, die jetzt hier Zurufe machen, müssen sich einmal die Frage stellen, warum es möglich ist, dass 95 % der Kinder in Finnland zwölf Jahre lang gemeinsam die Schule besuchen, ohne dabei Schaden zu nehmen. Finnische Kinder haben in der PISA-Studie sogar erfolgreicher abgeschnitten als unsere Kinder hier. Warum ist das auch in Dänemark der Fall, wo es 80 % der Kinder sind, oder in Schweden mit 75 %? Warum wirken sich die sozialen Unterschiede in der späteren Bildungskarriere zum Beispiel auch in den USA nicht so gravierend aus wie in Deutschland? Die USA werden ja in vielen Diskussionen als gutes Beispiel angeführt.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie sollten einfach einmal darüber nachdenken, ob es nicht vernünftig wäre, diese Grabendiskussion zu beenden. Mir wird in Diskussionen immer vorgeworfen, wir seien Ideologen. Ich bin aber gar kein Ideologe, sondern ich möchte nur, dass es sozial gerecht zugeht.

(Beifall bei SPD und PDS)

Die großen Parteien in Deutschland sollten sich dieser Grundsatzforderung anschließen. PISA ist ein deutliches Zeichen dafür, dass es hier ungerecht zugeht. Wer darüber hinweggeht, lügt sich selbst etwas in die Tasche.

(Zurufe von der CDU)

Vielleicht gelingt es ja noch, dass wir uns gemeinsam um die Grundschul Kinder in unserem Ort kümmern. Dann gibt es insofern dort die besten Bedingungen. Wenn das eigene Kind aber zum Gymnasium geht, dann geht das Interesse an der Grundschule vor Ort verloren. Das ist das Problem, das ich als Bürgermeister sehe. Die Kinder der Mehrzahl der wohlhabenden und gebildeten Eltern besuchen das Gymnasium. Dort kann man dann übrigens von Lehrern Sätze hören wie: Wir haben hier viel zu viele Gymnasiasten. Die Mehrzahl gehört gar nicht hierher. - Wie wirkt das auf die betreffenden Schüler, wenn sie das jeden Tag hören? Die bemühen sich, sie schaffen das Niveau so gerade, aber sie wollen erfolgreich sein. Sie spüren aber, dass sie an dieser Schule gar nicht gemocht werden, weil sie durch die Sozialauslese verfolgt werden, wobei man natürlich hinzufügen muss, dass ein Teil der Schüler wirklich nicht begabt ist.

Meine Damen und Herren, vielleicht können wir uns auf Fol-

gendes einigen: Im Durchschnitt werden 50 % der geistigen Leistungsfähigkeit vererbt und 50 % werden im Zuge der Sozialisierung erworben. Das gilt für wohlhabende und gebildete Eltern und deren Kindern genauso wie für sozial schwache Eltern und deren Kinder. Es kann ja nicht sein, dass hier plötzlich Erbmechanismen nur deshalb wirken, weil die Eltern mehr Geld haben. Dann müssen wir doch anerkennen, dass auch bei Kindern sozial schwacher Eltern - ich will das jetzt gar nicht weiter definieren oder Prozesse nennen, die hier relevant sein können; das muss man auch hier sehr differenziert betrachten - 50 % der geistigen Leistungsfähigkeit durch die von uns vermittelte Sozialisierung erreicht werden.

(Vereinzelt Beifall bei SPD, CDU und PDS)

Wir Politiker müssen die Schule so organisieren, dass die Schüler mit ihren Defiziten leben können, das heißt, dass diese Defizite nicht bis in die Berufsbildung hineingetragen werden.

Die rote Lampe hier vor mir leuchtet und deshalb lassen Sie mich nur noch eine Abschlussbemerkung machen. Eines hat mich als Lehrer immer besonders geärgert, nämlich wenn ich im Lehrerzimmer war und es dort hieß: Der kleine Fritz hier ist genauso dumm wie seine Mutter und sein Vater. Aus dem wird nie etwas. - Wenn wir so etwas nicht abstellen und so etwas in der Gesellschaft nicht aufhört, dann werden wir in Deutschland niemals eine sozial engagierte Gesellschaft erreichen können. - Danke sehr.

(Beifall bei SPD, CDU und PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Kliesch. - Das Wort geht jetzt an die Landesregierung. Bitte Herr Minister Reiche.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dankbar dafür, dass wir uns für diese für Schule in Brandenburg lebensnotwendige Debatte Zeit nehmen.

PISA ist entgegen dem, was mancher gesagt oder geschrieben hat, keine nationale Katastrophe oder kein Desaster, sondern PISA ist eine Enttäuschung. Wir haben nämlich gedacht, dass wir besser sind, und in dieser Erwartung sind wir enttäuscht worden. Wir müssen jetzt Schlussfolgerungen aus PISA ziehen, müssen genau untersuchen: Was machen wir bisher schon gut, wo müssen wir noch verändern, wo noch nachsteuern, wo müssen wir uns Zeit nehmen, um etwas anzupacken, um es besser zu machen?

Frau Große, nicht das Gesamtsystem hat versagt. Wenn Sie das so formulieren, dann führen Sie die ideologische Debatte, von der Sie selbst zu Recht sagen, dass sie nicht geführt werden sollte. Wir müssen aus der PISA-Studie, in der ganz verschiedene Systeme untersucht worden sind, die Schlussfolgerung ziehen, dass eine einfache Antwort eben gerade nicht möglich ist. Ich bin sehr froh, dass wir eine entsprechende Debatte auch in der Kultusministerkonferenz, in der es über Jahre und Jahrzehnte immer viele gegeben hat, die gesagt haben, es liege am Sys-

tem in den sozialdemokratisch regierten Ländern bzw. in den CDU-regierten Ländern, jetzt nicht führen.

Die Kultusministerkonferenz hat im Jahre 1997 entschieden, dass wir an der internationalen Debatte teilnehmen, dass wir uns mit Schulen an der PISA-Studie beteiligen und dass wir sogar zusätzlich einen nationalen Vergleich in Auftrag geben. Im Jahre 1999 haben wir zudem damit begonnen, die Schwachstellen zu analysieren. Wir wollten also nicht auf die Ergebnisse von PISA warten, sondern haben uns selbst darangemacht und haben im Forum Bildung mit den Kammern, mit den Verbänden, mit den Kirchen, mit den Eltern, mit den Schülervertretern untersucht, wo wir etwas anders machen müssen.

Da stimme ich Ihnen zu und bin dankbar, dass viele in der Debatte das so gesehen und geschildert haben. PISA ist eine Chance, nämlich die Chance, dass wir eine breite Bildungsbewegung in Deutschland bekommen, sodass Bildung, das zurzeit das Topthema in den Medien und in den Parlamenten ist, hoffentlich auch das Topthema in den Haushaltsberatungen wird; denn dort müssen wir dann umsetzen, was wir hier besprechen.

(Beifall bei der PDS)

Brandenburg hat mit fünf Schulen an der OECD-weiten Vergleichsstudie und mit 77 Schulen an der deutschlandweiten Vergleichsstudie teilgenommen. Ich weiß nicht, wo wir stehen werden, denn diejenigen, die im Jahre 2000 als 15-Jährige getestet worden sind, sind ja zehn Jahre lang, nämlich vom 5. bis zum 15. Lebensjahr, durch ein sich veränderndes Bildungssystem und gesellschaftliches System gegangen. Das wird wohl auch Auswirkungen auf ihre Bildungsleistungen gehabt haben, die im Jahre 2000 getestet wurden. Insofern sollten wir nicht zu hohe Erwartungen haben, sondern froh sein, wenn sich unsere Schüler mit ihren Ergebnissen im Juni in einer der ersten beiden von drei Gruppen, die es voraussichtlich geben wird, wiederfinden.

Pisa ist ein schiefer Turm, weil es dort bei den Fundamenten nicht stimmt. Dementsprechend hat die PISA-Studie allen Ländern, in denen es schlechte Ergebnisse gegeben hat, deutlich gemacht, dass mehr in die Fundamente investiert werden muss.

Schule und Gesellschaft wollen jetzt Antworten haben. Das ist ihr gutes Recht. Zugleich stimmt, was mancher Nachdenkliche auch bereits in der Debatte hier gesagt hat: Wir brauchen Zeit, um zu überlegen, um Luft zu holen, dürfen nicht gleich Antworten geben, sondern müssen auswerten, nachdenken. Wir brauchen beides; da heißt es, die Balance zu halten. Wir brauchen Veränderungen, wir brauchen aber auch Kontinuität, denn Schule kann es nicht ertragen, wenn alle 14 Tage etwas anderes gemacht wird, wenn in jeder Wahlperiode eine neue Politik gemacht wird. Wir brauchen Politik. Die Veränderungen, die dabei vorgenommen werden, müssen aber gerade in der Schule in einem breiten Konsens von den Betroffenen, den Eltern, Schülern und Lehrern, nicht nur mit gewollt, sondern auch mit getragen werden.

Wenn Frau Große fordert, dass es ein Schulrahmengesetz geben soll, dann sage ich, ich bin vermutlich der einzige Kultusminister in Deutschland, der sich dem nicht verschließen würde. Allerdings sollten wir die Erwartungen, Frau Große, nicht zu hoch stecken. Was bringt denn ein Schulrahmengesetz an neuer

Qualität in den Unterricht? Die Qualität im Unterricht ist es aber doch, die, wie PISA nachgewiesen hat, verändert werden muss. Der Föderalismus ist eine Chance, weil sich die Länder im Wettbewerb befinden. Aber wir brauchen zugleich - da stimme ich Ihnen wieder zu - eine bundesweite Verständigung darüber, was die Schule lehren soll, also ein bundesweites Kerncurriculum. Andere Nationalstaaten haben das auch. Wir haben es nur für die Berufsausbildung, aber für die allgemein bildenden Schulen, für die Grundschulen, für die weiterführenden Schulen, haben wir es noch nicht. Die Diskussion hat begonnen. Brandenburg hat sie auch in der Kultusministerkonferenz angestoßen. Vielleicht ist das Ergebnis dieser Diskussion, dass es noch in diesem Jahrzehnt ein solches Kerncurriculum geben wird.

Lesen und Rechnen, das sind die beiden wichtigsten Kultur- und Kernkompetenzen. Deshalb steht die deutsche Sprache - neben Mathematik - im Zentrum der Bildung in der Grundschule und das gilt auch bis zur 12. Klasse.

Wie notwendig darüber hinaus die Gedenkstättenlehrer in unseren Schulen sind, hat die Rede von Frau Fechner eindrücklich bewiesen.

Wir stehen in einem internationalen Vergleich. Dabei müssen wir natürlich die Ergebnisse der anderen Länder zur Kenntnis nehmen, aber wir sollten uns durchaus auch vor Augen führen - dies gilt insbesondere, wenn wir die fast 500 Seiten der PISA-Studie insgesamt betrachten -, was wir 1990, 1999 hier richtig gemacht haben. Da gibt es eine ganze Reihe von Maßnahmen zu nennen, die in der Debatte - auch in dem Beitrag von Ihnen, Herr Kliesch - leider keine Rolle gespielt haben. Herr Kliesch, wir sind das einzige Bundesland, in dem fast 50 % der Schüler die Gesamtschule besuchen. Ihrer berechtigten Forderung ist kein anderes Land in der Republik so weit nachgekommen wie wir. PISA zeigt, dass nicht nur Ganztagschulen, sondern vor allem Gesamtschulen, integrative Bildung und die besondere Chance bieten, auch die sozialen Unterschiede auszugleichen. Wir haben 1999 einiges angepackt. Manches von dem ist auch durch die PISA-Studie bestätigt worden.

Im Forum Bildung haben wir 12 Punkte genannt, bei denen wir in besonderer Weise Veränderungen auf den Weg bringen müssen. Ich möchte die wichtigsten Punkte, bei denen wir in Brandenburg auf dem Weg sind, unsere Anstrengungen aber noch verstärken müssen, nennen:

Die Verbesserung der Sprachkompetenz bereits im vorschulischen Bereich. - Wir brauchen den Bildungsauftrag ja nicht erst zu erfinden, der Bildungsauftrag steht im Gesetz. Viele Kindertagesstätten in Brandenburg arbeiten schon nach entsprechenden Konzepten. Frau Große, schauen Sie sich die Konsultationskitas an, in denen das schon praktiziert wird. Wir haben da 1992 manches zu viel über Bord geworfen und haben gesagt: Wir wollen die Kindertagesstätten im Wesentlichen als Stätten des kindlichen Spielens, der Freude und der Kommunikation. - Der Bildungsauftrag ist damals auch von den Eltern sträflich vernachlässigt worden. Wir müssen ihn in den Kindertagesstätten jetzt wieder stärker ausbauen. Das geschieht. Wir sind also auf einem guten Weg.

Des Weiteren müssen wir die vorschulische Bildung bzw. die Elementarbildung stärker mit der Primarbildung verzahnen. Wir

machen das. Sie haben das vielleicht auch schon in den Wahlkreisen gesehen. Mittlerweile gibt es 20 flexible Eingangsstufen. Wir wollen die flexible Eingangsstufe in dieser Legislaturperiode bei insgesamt 100 Schulen einführen. Wir geben den Kindern damit die Möglichkeit, das Klassenziel der zweiten Jahrgangsstufe in einem Jahr, in zwei Jahren - das sind die meisten Kinder - oder auch, wenn sie mehr Zeit brauchen, in drei Jahren zu erreichen, ohne dass sie damit sitzen bleiben.

Die sechsjährige Grundschule - das zeigt auch PISA - ist insofern die richtige Antwort, die wir 1990 gegeben haben. Das ist eine lange gemeinsame integrative Schulzeit. Ich bin dankbar, dass es hier von der CDU bis zur PDS einen breiten Konsens im Parlament gibt, dass wir an die sechsjährige Grundschule nicht heranwollen. Aber wir müssen in dieser sechsjährigen Grundschule die Schulbildung verbessern.

Wir haben die Fachleistungsdifferenzierung. Es sind 130 Millionen DM, die dieses Parlament dafür zur Verfügung gestellt hat. Die Fachleistungsdifferenzierung gibt uns die Möglichkeit, in der Jahrgangsstufe 5 und in der Jahrgangsstufe 6 mehr Unterricht in verschiedenen Gruppen, in denen gefördert und mehr gefordert wird, anzubieten.

Wir haben die Begegnungssprache, das heißt, wir weiten das fremdsprachliche Angebot in der Grundschule aus. Wir werden noch in dieser Legislaturperiode in der 3. Jahrgangsstufe fremdsprachlichen Unterricht einführen und dann auch noch in dieser Wahlperiode an fast allen Grundschulen in der 1. Klasse mit dem begegnungssprachlichen Unterricht beginnen können.

Wir müssen - das ist eine weitere wichtige Forderung - bildungsbenachteiligte Kinder stärker fördern, stärker unterstützen. Unsere Verfassung sagt zu Recht, wir müssen uns um die Behinderten, um die Benachteiligten und die Begabten in besonderer Weise kümmern. Wir haben das in den letzten Jahren mit vielen integrativen Unterrichtsangeboten im ganzen Land getan, indem wir nicht etwa alle behinderten, benachteiligten, auffälligen Schüler gesondert beschult haben, sondern diesen die Möglichkeit gegeben haben, die Motivation durch die - so sage ich einmal - Besseren in der allgemein bildenden Schule miterleben. Dieses Konzept hat sich bewährt und wird sich auch in Zukunft bewähren.

Aber wir müssen uns bemühen, die Abminderungsstunden, die wir den Lehrern für die besondere Förderung dieser benachteiligten Kinder zusätzlich zur Verfügung stellen, nicht zu reduzieren, sondern den Schulen auch in Zukunft im heutigen Umfang zur Verfügung zu stellen.

Der wichtigste Punkt ist, dass wir die Qualität des Unterrichts weiterentwickeln müssen. Das kann nur mit fortgebildeten, qualifizierten Lehrern geschehen, deren Bemühungen durch die Gesellschaft und auch durch das Parlament anerkannt werden. Auch in dieser Debatte stand nicht die Anerkennung dessen, was Lehrerinnen und Lehrer heute schon leisten, im Vordergrund, sondern die Kritik in Form von Hinweisen darauf, wo etwas verändert, wo etwas nachgesteuert werden muss. Das Vorhaben kann nur gelingen, wenn die Lehrerinnen und Lehrer - ebenso wie Sie - zuerst gesagt bekommen, wo sie heute schon Gutes leisten und wo das System heute schon stimmt.

PISA hat gezeigt, dass es vor allem an dem mangelt, was hinter

der Klassentür, nämlich im Unterricht, passiert. Die Umstellung auf neue Unterrichtsformen erfordert qualifiziertere Lehrer. Der Frontalunterricht als eine Unterrichtsform darf nicht alles dominieren. Deshalb müssen wir auch in Zukunft mit unserem Qualifizierungssystem arbeiten.

Ich freue mich, dass wir ab Januar dieses Jahres mit den Regionalschulämtern erstmals die Möglichkeit haben, Schulaufsicht und Fortbildung von Lehrern als etwas Gemeinsames zu organisieren. Das bedeutet, dass den Lehrern, die der Schulaufsicht auffallen, gesagt werden kann, an welchen Stellen Verbesserungen erforderlich sind.

Ein weiterer mir ganz wichtiger Punkt ist der Ausbau von schulischen und außerschulischen Ganztagsangeboten. Es gibt 86 Ganztagschulen im Land. Im Bereich der weiterführenden Schulen ist das bei uns so viel wie in keinem anderen Bundesland. Das kostet mehr als 30 Millionen DM im Jahr, denn die rund 300 Lehrer, die wir dafür zusätzlich zur Verfügung stellen, müssen ebenso wie ihre Kollegen bezahlt werden. Der Anteil dieser zusätzlichen Lehrer wird wegen der sinkenden Schülerzahl in den nächsten Jahren steigen. Mein Ziel ist es, unser Ziel sollte es sein, dass sich der Anteil in den künftigen Jahren auf 50 bis 60 % erhöht, sodass jeder, der ein Ganztagsschulangebot wahrnehmen möchte, dies auch in seiner jeweiligen Region tun kann. Zu der Anregung, Schulschwänzer mit der Polizei der Schule zuzuführen, haben übrigens Gesamtschullehrer zum Beispiel in Großbeuthen gesagt, dies wäre nicht die richtige Antwort. Wir brauchen das Ganztagsunterrichtsangebot, denn damit können wir die Lernmotivation der Schülerinnen und Schüler erhöhen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Schule und Lehrer brauchen mehr Zuwendung, nicht aber zahlreiche Vorschläge, Vorwürfe und Vorhaltungen. Mancher will die Probleme der Zukunft mit der Schule seiner eigenen Kindheit bewältigen. Das wird nicht gehen. Ich habe noch niemanden erlebt, der aus einer brandenburgischen Schule kam und gesagt hätte, da sehe man doch, wo die schlechten Ergebnisse von PISA herkämen. Deshalb bitte ich Sie alle: Gehen Sie an brandenburgische Schulen, überzeugen Sie sich, was dort geleistet wird, und machen Sie bitte erst dann Vorschläge.

Die Kritik an der Schule ist so alt wie die Schule selbst. Die Schule hat diese Kritik nicht nur überlebt, sondern auch die vielen Reformen bisher gut verkraftet. Sie ist heute anders als früher. Jede Zeit braucht ihre Schule und jede Zeit hat auch ihre Schule, nämlich die Schule, die sie sich leistet und die sie verdient. Wir können uns auch eine bessere Schule leisten, aber dann, liebe Kollegen, müssen wir uns diese Schule auch verdienen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Minister Reiche. Wir sind damit am Ende der Aussprache zum Tagesordnungspunkt 2. Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt und unterbreche die Sitzung des Landtages bis 13 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.14 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 13.01 Uhr)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich begrüße Sie zum Nachmittagsteil der 51. Sitzung des Landtages Brandenburg in seiner 3. Wahlperiode. Ganz besonders herzlich begrüße ich Gäste aus Bernau, die die heutige Landtagssitzung besuchen. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte im Land Brandenburg in westliche Bundesländer

Große Anfrage 32
der Fraktion der DVU

Drucksache 3/3307

Antwort
der Landesregierung

Drucksache 3/3738

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der DVU-Fraktion. Frau Abgeordnete Hesselbarth, Sie haben das Wort.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein Land, das von Leuten regiert wird, die in den Köpfen alt sind, verträgt offensichtlich keine jungen Menschen. Das zeigt die seit langem zu beobachtende Abwanderung qualifizierter Fachkräfte und insbesondere junger Menschen aus Brandenburg. Allein im Jahr 2000 waren nach Angaben des Ministers für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen 37 178 Fortzüge zu verzeichnen.

Viele Menschen in den neuen Bundesländern hofften, durch die Wiedervereinigung werde sich ihre gesamte Situation verbessern. Dem zweifellos größeren Warenangebot und der Reisefreiheit steht nun jedoch eine zunehmende Verarmung weiter Teile der Bevölkerung in Brandenburg gegenüber. Die Schröder-Fischer-Regierung versprach in ihrem Koalitionsvertrag, alle Kraft darauf zu richten, die soziale und ökonomische Spaltung zwischen Ost und West zu überwinden, kündigte bezüglich der sozialen Lage der Menschen aber lediglich eine gezielte Fortentwicklung der staatlichen Infrastrukturprogramme an, und zwar insbesondere solcher zur sozialen und ökologischen Stadterneuerung und zu Wohnumfeldverbesserungen sowie zur preiswerten und umweltgerechten Sanierung des Wohnungsbestandes. Aber was hat es damit auf sich?

Das durchschnittliche Nettohaushaltseinkommen liegt auch in Brandenburg noch immer deutlich unterhalb des Westniveaus. Nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung erwirbt ihr Einkommen durch Erwerbstätigkeit. Die Mehrheit ist auf Renten- und Pensionszahlungen,

(Zuruf von der SPD: Was haben Sie gegen die Rentner?)

Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe oder Unterstützung durch Angehörige angewiesen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger wuchs seit 1991 stetig an. Knapp 60 % davon sind Frauen,

knapp 40 % sind Jugendliche und Kinder. Zudem hat sich die chronische Krise der bürgerlichen Familienordnung in den neuen Bundesländern drastisch verschärft. Dies zeigt der deutliche Rückgang der Zahl der Eheschließungen und die ständige Angst in der Bevölkerung, dass aufgrund fehlender Geburten ab dem Jahr 2030 die Renten kaum mehr bezahlbar sein werden.

Die Rezession und die Pleitenwelle bei denen, die Arbeitsplätze schaffen, nämlich bei den kleinen und mittelständischen Betrieben, zeigt sich am deutlichsten im Bereich der Bauwirtschaft. Was bleibt jungen, qualifizierten Menschen, die ihr Leben und ihre Zukunft verständlicherweise sinnvoll gestalten wollen, die also arbeiten wollen, da anderes übrig, als dieses marode Land ein für alle Mal zu verlassen?

Daran ändert eine staatliche Infrastrukturpolitik, eine ökonomisch fragwürdige Stadterneuerung und Wohnumfeldverbesserung gar nichts. Durch Wohnungsabriss - nichts anderes ist das hochgelobte Städteumbauprogramm - wird auch kein einziger qualifizierter und arbeitswilliger junger Mensch motiviert, hier zu bleiben, denn dadurch wird kein einziger Arbeitsplatz geschaffen.

Ihre Antwort, Herr Arbeitsminister, dass als Reaktion Ihres Ressorts bereits jetzt Jugendliche, die eine Existenzgründung anstreben, durch das so genannte Projekt „Enterprise“ intensive Beratung und Begleitung bis hin zu Unterstützung bei der Gründungsfinanzierung erhalten, klingt da nur wie blanker Zynismus.

Auch das Projekt „Berufsbezogener internationaler Jugendaustausch“, das jungen Menschen die Chance bietet, auch nach einer Ausbildung einen Auslandsaufenthalt zu absolvieren, spricht eher dafür, dass Sie das Problem der Jugendarbeitslosigkeit anders lösen wollen, als jungen Menschen hier eine echte Lebensperspektive zu geben. Genau in diese Jugendarbeitsstrategie passt die Mobilitätshilfe der Bundesanstalt für Arbeit.

Wir als Fraktion der DVU finden es traurig und beschämend, dass Sie, Herr Minister, es gut finden, dass Jugendliche ihre Beschäftigungschancen andernorts ergreifen, statt hier in Perspektivlosigkeit zu versinken. Klare Lösungsvorschläge vermissen wir. Stattdessen wäre es Ihre Aufgabe, das Problem der Perspektivlosigkeit in diesem Land klar zu analysieren und mit einer konsequenten Aufschwungpolitik gerade für kleine und mittelständische Betriebe in diesem Land zu reagieren.

Eine wesentliche Ursache der massenhaften Abwanderung ist vor allem die systematische Nutzung des Arbeitskräftepotenzials durch im Westen ansässige Konzerne. Zu den durch die Arbeitsämter in den Westen vermittelten hoch qualifizierten Arbeitskräften, denen zum Teil sogar der Umzug finanziert wird, kommt ein wachsendes Heer von Ost-West-Pendlern. Von Konzernen und von der Bundesregierung wird diese Entwicklung auch noch aktiv gefördert. Arbeitsämter im Westen, so zum Beispiel in München, bilden mit mitteldeutschen Arbeitsämtern Arbeitsmarktkooperationen mit neuer Qualität zum schnellen und flexiblen Einsatz der Reserverbeitskräfte aus den neuen Bundesländern. Andere Arbeitsämter veranstalten sogar so genannte Erkundungstouren für die Suche von Arbeits- und Lehrstellen im Westen.

Statt den Jugendlichen tatsächlich Lehrstellen und Arbeitsplätze

in Brandenburg zu bieten, bietet man ihnen einen so genannten Mobilitätstopf. Dass die jetzige Bundesregierung die Demographieproblematik in den neuen Ländern, insbesondere in Brandenburg, ignoriert, fällt insbesondere dadurch auf, dass sich der bis 1997 sinkende Trend bei den Abwanderungszahlen seit dem Regierungswechsel 1998 wieder deutlich umgekehrt hat. Seit 1998 erhöht sich der negative Wanderungssaldo stetig. Demgegenüber ist die Zuwanderung aus dem Westen zu einem großen Teil eine Rückwanderung von Rentnern. Insbesondere Brandenburg profitiert lediglich von einem starken Zuzug in Berliner Randlagen.

Sie, Herr Minister Ziel, spielen das alles in Ihrer Antwort auf unsere Große Anfrage geschickt herunter. Was der Regierung dieses Landes vor allen Dingen fehlt, sind Mut und Bereitschaft zu notwendigen Sofortmaßnahmen, um die bestehende Misere zu beseitigen.

Wir als Fraktion der DVU fordern daher:

Die Stärken der Wirtschaft in Brandenburg müssen vermehrt als internationaler Werbefaktor eingesetzt werden. Wenn das nicht erfolgt, nutzt zum Beispiel auch der Bau einer Chipfabrik in Frankfurt (Oder) wenig.

(Karney [CDU]: Das ist ein Blödsinn, was Sie da erzählen!)

Die Werbung für unser Land muss sich vor allem auch auf das Potenzial und die Leistungsfähigkeit seiner Menschen beziehen. Die Menschen in Brandenburg haben einen gigantischen Strukturwandel bewältigt. Die starke Flexibilität gut ausgebildeter Fachkräfte, die sich auf neue Situationen schnell einstellen können, ist ein weiterer Standortvorteil.

Des Weiteren ist eine modernere, leistungsfähigere Bildungs- und Innovationspolitik nötig. Nur wer hier vorangeht, wem mehr einfällt als anderen, kann auf lange Sicht auch erfolgreich sein.

(Beifall bei der DVU)

Die Hochschulen in Brandenburg sind nicht so überlaufen wie die im Westen Deutschlands. Es gibt hier ein besseres Zahlenverhältnis von Lehrenden zu Lernenden als in den westlichen Bundesländern. Die Hochschulen sollten als besonderen Schwerpunkt den naturwissenschaftlich-technischen Bereich weiter ausbauen. Eine verbesserte Verzahnung mit regionalen Forschungseinrichtungen ist dringend notwendig.

Die zahlreichen Bildungsträger in Brandenburg müssen in engem Kontakt mit der heimischen Wirtschaft ihre Umschulungsbemühungen vor allen Dingen stärker auf den IT-Bereich, auf Dienstleistungen, auf Kooperationen mit Forschungsinstituten und auf das Stiefkind ihrer Wirtschaftspolitik, das mittelständische Handwerk, konzentrieren.

Eine wirkungsvolle und erfolgreiche Maßnahme ist die Schließung der Infrastrukturlücke vor allem im Verkehr und in der kommunalen Infrastruktur. Es ist sinnvoller, jetzt intensive Infrastrukturvorhaben zu finanzieren, als dauerhaft Sozialleistungen.

Durch die hohe Zahl der Insolvenzen in Brandenburg gibt es im

Vergleich zu den alten Ländern eine zu geringe Unternehmensdichte. Deshalb müssen in verstärktem Maße Anstrengungen bei Existenzgründungen unternommen werden, und zwar nicht punktuell, sondern flächendeckend, Herr Karney.

Bei den Bemühungen um die Ansiedlung von Industrie in Brandenburg ist auf eine verstärkte Verflechtung mit mittelständischen Unternehmen in der Region hinzuwirken. Ein isoliertes Silicon Valley wäre da nutzlos.

Alle Institutionen, die mit Orientierungs-, Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu tun haben, müssen für potenzielle Abwanderer anschauliche Vergleichsrechnungen zu Lebenshaltungskosten, Mieten, kulturellen, schulischen und vorschulischen Angeboten bereithalten. Vor allem sollten sich aber die Mandatsträger dieses Hauses - unabhängig von ihrer politischen Couleur - als Lobby für Brandenburg verstehen und in entscheidenden Fragen zusammenarbeiten.

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Schluss Ihres Beitrages.

Frau Hesselbarth (DVU):

Ich komme sofort zum Schluss. - Aber solange in diesem Land Postkommunisten, Blockflöten und Quertreiber die Geschicke der Politik bestimmen, werden auch unsere Jugendlichen weiterhin das Land verlassen, damit die alten Betonköpfe endlich wieder unter sich sind. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die Koalitionsfraktionen. Für sie spricht der Abgeordnete Klein.

Klein (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beginne mit einer rhetorischen Frage, das heißt, ich möchte keine Antwort haben. Was haben wir in diesem Hohen Hause von einer Fraktion zu halten, die von „mitteldeutschen Unternehmen“ spricht, wenn sie Brandenburger Betriebe meint?

(Beifall bei PDS und CDU)

Ich glaube, wir müssen einer solchen Fraktion die Kompetenz absprechen, sich an einer Diskussion zu beteiligen,

(Zuruf des Abgeordneten Schuldt [DVU])

in der es um die Lösung von politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen unserer Zeit geht. Sie schüren Sozialneid. Sie bringen Minderheiten in eine Rolle, in der sie Sündenböcke für all das sind, was in unserer Gesellschaft nicht so gelingt. Damit leisten Sie zu der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes, die uns am Herzen liegt, wahrlich keinen Beitrag.

Trotzdem möchte ich einiges zu Ihrer Großen Anfrage sagen, die die Landesregierung beantwortet hat. Normalerweise ist es ja so, dass man auf eine unqualifizierte Frage auch eine unqualifizierte Antwort bekommt. Da aber die Landesregierung aus höflichen Menschen besteht, hat sie sich auch bemüht, auf eine so unqualifizierte Große Anfrage trotzdem eine ordentliche Antwort zu geben.

Mit ihren Aussagen verdeutlicht die Landesregierung, dass sie sich der Auswirkungen von Beschäftigungs- und Bevölkerungsentwicklung wohl bewusst ist. Ein Beitrag zu einer sachgerechten Gestaltung der Rahmenbedingungen löst Informations- und Meinungsbildungsprozesse zur Thematik des Fachkräftebedarfes aus oder beteiligt sich an ihnen.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Klein (SPD):

Ja, bitte.

Präsident Dr. Knoblich:

Bitte sehr, Frau Hesselbarth.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Abgeordneter Klein, ist Ihnen bewusst, dass Sie eben das Ansehen Ihres eigenen Ministers geschädigt haben, denn ich habe nicht davon gesprochen, dass es unqualifizierte Antworten gegeben hat?

(Beifall bei der DVU)

Klein (SPD):

Ist Ihnen aufgefallen, Frau Hesselbarth, dass ich auf Ihre unqualifizierte Rede hier überhaupt nicht reagiere, sondern einfach eine Rede halte?

Darüber hinaus wird die Problematik bei der Konzipierung von Fördermaßnahmen im Bereich der beruflichen Bildung und der Qualifizierung sowie der Existenzgründung berücksichtigt.

Abschließend möchte ich die Bedeutung von Toleranz und Weltoffenheit für die positive Entwicklung eines Wirtschaftsstandortes unterstreichen.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Um hier weiterhin positive Akzente setzen zu können, haben wir uns in den jüngsten Haushaltsberatungen dafür eingesetzt, dass das Land auch in Zukunft eine Grundfinanzierung für den seit 1992 angebotenen berufsbezogenen internationalen Jugendaustausch, an dem bereits über 5 000 Jugendliche und junge Erwachsene teilgenommen haben, zur Verfügung stellt. Im Fachausschuss wurde seitens des MASGF zugesagt, dass die für diesen Zweck erforderliche Summe in diesem Jahr im Bereich der Lottomittel reserviert werden wird. Diese positive Aussage scheint mir die richtige Schlussbemerkung zu diesem von Ihnen

beantragten Tagesordnungspunkt zu sein. - Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die PDS-Fraktion. Für sie spricht die Abgeordnete Dr. Schröder.

Frau Dr. Schröder (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein hohes Defizit an Arbeits- und Ausbildungsplätzen ist und bleibt der entscheidende Faktor, der die Abwanderung aus Brandenburg auslöst. Auch wenn die Bevölkerungsbilanz Brandenburgs auf den ersten Blick noch vergleichsweise gut aussieht, bleibt unverkennbar: In der Altersgruppe der 18- bis 30-Jährigen wird Brandenburg Jahr für Jahr von mehr Menschen verlassen, als zu uns kommen, während in anderen Altersgruppen per saldo und dank der Umzügler aus Berlin ins Umland die Bevölkerung noch wächst.

Mobilitätshilfen sind sicherlich nicht das ausschlaggebende Motiv für den Entschluss zur Abwanderung - dieser Einschätzung der Landesregierung kann ich zustimmen -, allerdings ist dann natürlich auch zu fragen, ob man auf sie nicht zugunsten anderer Förderinstrumente verzichten sollte. Ich meine ja; denn die Gelder wären vor Ort weit besser eingesetzt.

Ich habe bereits gestern in der Aktuellen Stunde zu den Lebensperspektiven Jugendlicher in Brandenburg auf den arbeitsmarktpolitischen Widerspruch zwischen dem Anreiz zur Abwanderung und dem prognostizierten Fachkräftemangel verwiesen. Auch hat meine Fraktion gestern darauf aufmerksam gemacht, dass wir das gegenwärtige Hauptproblem der Jugendarbeitslosigkeit an der zweiten Schwelle, also beim Übergang von der Ausbildung in ein erstes Beschäftigungsverhältnis, sehen. In diesem Bereich hat Brandenburg bisher nur außerordentlich bescheidene Aktivitäten entfaltet.

In der Antwort auf die Große Anfrage lässt die Landesregierung wissen, dass sie sich gegenüber den Arbeitsämtern dafür eingesetzt hat, die im Rahmen des Jugendsofortprogramms zur Verfügung stehenden Mittel möglichst effektiv an der zweiten Schwelle einzusetzen, dass sie aber eine weitergehende Landesinitiative gegenwärtig nicht als notwendig erachtet. Ich frage: Wann denn, wenn nicht jetzt, meine Damen und Herren?

Ich hoffe, dass die Landesregierung dieses Problem nicht bis zu dem Zeitpunkt des prognostizierten Fachkräftemangels aussetzen will. Zunächst wird sie nämlich an der aktuellen Arbeitslosenstatistik gemessen. Meine Fraktion hält die Zurückhaltung für falsch. Wir brauchen Initiativen, die über die derzeit bescheidene Ansätze weit hinausgehen. Dass Sie unseren gestrigen Antrag auf Sofortmaßnahmen der Landesregierung an der zweiten Schwelle abgelehnt haben, das müssen Sie als Abgeordnete der Koalitionsparteien politisch verantworten und Sie müssen Ihre Politik der ruhigen Hand vor den jetzt Betroffenen rechtfertigen.

Wenigstens an ihren eigenen Ansprüchen sollte sich die Landesregierung endlich auch messen lassen, beispielsweise an der Aussage im Arbeitsmarktbericht 1999/2000, in dem es heißt:

„Eine präventive Arbeitsmarktpolitik hat heute schon dafür Sorge zu tragen, dass Strategien entwickelt und Maßnahmen initiiert werden, die geeignet sind, den erwarteten Facharbeitskräftebedarf in den brandenburgischen Unternehmen zu decken.“

Das schließt übrigens den Anspruch an die Unternehmen und Verbände ein, ihre Anforderungen zu bestimmen und zuallererst auch selbst Maßnahmen zur Realisierung dieser Anforderungen einzuleiten.

Der immer wieder diskutierte künftige Fachkräftemangel wird in etwa für das Jahr 2010 prognostiziert, aber selbst über den konkreten betrieblichen und branchenspezifischen Bedarf gibt es bisher auch nach Aussage des erwähnten Arbeitsmarktberichtes nur sehr vage Kenntnisse. Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, lässt sich präventive Arbeitsmarktpolitik sicherlich nicht gestalten. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Da die Landesregierung auf einen mündlichen Beitrag verzichtet hat, sind wir am Ende der Rednerliste und ich schließe die Aussprache. Damit ist die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 32 zur Kenntnis genommen.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 3 und rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Organisierte Kriminalität im Land Brandenburg

Große Anfrage 33
der Fraktion der DVU

Drucksache 3/3340

Antwort
der Landesregierung

Drucksache 3/3759

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der anfragenden Fraktion. Herr Abgeordneter Claus, Sie haben das Wort.

Claus (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was die Prävention der organisierten Verbrechen im Land Brandenburg angeht, ist das Kind längst in den Brunnen gefallen. Das ist keine Schwarzmalerei unserer Fraktion, sondern das zeigen die Antworten der Landesregierung auf unsere Anfrage.

Die Antworten geben uns einen weitgehenden Überblick über die organisierte Kriminalität im Land Brandenburg sowie über den Stand der Maßnahmen der Landesregierung zu deren Bekämpfung. Darauf lässt sich aber wenigstens aufbauen. Das wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, mit welchem Ziel die Fraktion der DVU die Große Anfrage gestellt hat. Es geht uns zum einen um die Bekämpfung begangener organisierter Kriminalität und zum anderen um die präventive Eindämmung zukünftiger organisierter Kriminalität.

Unter organisierter Kriminalität verstehen wir nicht jedes beliebige Zusammenwirken von Straftätern, sondern nur solche Organisationsformen, die im In- oder Ausland nach der Art eines gewerbsmäßigen Auftretens von einigem Umfang und einigem Organisationsgrad zielgerichtet darauf angelegt sind, in Deutschland, insbesondere im Land Brandenburg, Straftaten zu begehen. Zu deren Bekämpfung benötigt man aber ein schlüssiges Konzept. Dazu muss man sich einiges vergegenwärtigen.

Erstens: Organisierte Kriminalität kann nur dort blühen und gedeihen, wo im Wirtschaftsleben ein fruchtbarer Nährboden, sprich: Absatzmärkte, vorhanden sind.

Zweitens: Bezeichnend für organisierte Kriminalität ist, dass deren Hintermänner, Drahtzieher und Organisatoren zumindest nicht unmittelbar als Kriminelle in Erscheinung treten. Oftmals sitzen diese nicht einmal in Deutschland und sind deswegen schwer zu fassen.

Drittens: Gegenüber der Bevölkerung vor Ort tritt die organisierte Kriminalität vielfach nur in Gestalt von Kleinkriminalität sozusagen als letztes Glied in Erscheinung.

Viertens: Des Weiteren zu differenzieren ist dann noch sozusagen nach Wirtschaftsbranchen und verschiedenen Arten organisierter Kriminalität.

Schon aus diesen Unterschieden wird eines sehr deutlich: Die organisierte Kriminalität kann man nicht allein dadurch bekämpfen, dass man deren sozusagen letztes Glied, deren einzelne ausführende Organe zu bekämpfen versucht. Dadurch kommt man nämlich nicht an den Kopf der kriminellen Krake. Außerdem werden weder polizeiliche Strafverfolgungsmaßnahmen aufgrund bereits begangener Straftaten noch polizeiliche Präventionsmaßnahmen allein ausreichen, den fruchtbaren Nährboden für organisierte Kriminalität zu beseitigen.

Die organisierte Kriminalität bekämpft man am besten dadurch, dass man sich daran orientiert, dass sich diese Kriminalitätsform wie die Wirtschaft nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage richtet. Mit anderen Worten: Organisierte Kriminalität wird dort auftreten, wo sie sich auch rechnet. Besonders deutlich wird dies beim Blick auf die verschiedenen Arten organisierter Kriminalität, wie sie die Landesregierung in der Antwort auf unsere Frage 4 aufgelistet hat. Ich nenne nur einige Bereiche, die auch für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande gemeinhin sichtbar werden. Das sind insbesondere Rauschgift-handel, Rauschgiftschmuggel, Schleuserkriminalität, Kriminalität im Zusammenhang mit dem Nachtleben sowie Eigentumsdelikte.

Es ist natürlich richtig - wie die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Frage 6 feststellt -, dass deren Auftreten durch die geographische Lage und Besiedlungsdichte beeinflusst wird. Das hängt mit dem Prinzip von Angebot und Nachfrage zusammen. Natürlich ist die Nachfrage in den ländlichen Regionen geringer als in den Ballungsgebieten Brandenburgs und insbesondere in der Nähe von Berlin.

Das heißt aber nicht, dass wir uns mit dem Auftreten organisierter Kriminalität in Brandenburg nicht beschäftigen müssten. Wir sind als Bundesland mit EU-Außengrenzen Einfallstor und Durchgangsgebiet für vom Ausland aus organisierte Kriminalität.

tät. Außerdem ist gerade ein Bundesland mit überwiegend ländlicher Flächenstruktur wie Brandenburg sozusagen als Ruhe- raum bestens geeignet. Also müssen wir dagegen vorgehen. Die Frage ist nur, wie wir das am besten tun können. Wie entziehen wir der organisierten Kriminalität am wirksamsten ihre wirtschaftlichen Grundlagen?

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass unsere Große Anfrage nur einen Teil der Gesichtspunkte abdeckt, die letztlich zu einem Gesamtkonzept führen. Schon jetzt können wir allerdings zwei Gesichtspunkte fixieren, die sicherlich Gegenstand des Gesamtkonzeptes werden.

Der erste Aspekt: Es darf künftig nicht mehr möglich sein, dass Kriminelle, die Einzeltaten begehen, welche isoliert betrachtet zwar den Anschein kleiner bis mittlerer Kriminalität erwecken, aber der organisierten Kriminalität als deren letztes Glied zuzurechnen sind, ihr kriminelles Handeln nach ihrer Verurteilung fortsetzen. Wir müssen die Vertriebswege der organisierten Kriminalität zerschlagen. Das ist die Angebotsseite der Kriminalität. Dazu gehört, dass es bei Zuordnung einer Tat zur organisierten Kriminalität keine Geld- oder Bewährungsstrafen geben darf. Hier bedarf es eines völlig neuen Maßstabs der Strafzumessung.

Des Weiteren gehört dazu, dass Straftäter ausländischer Herkunft oder auch nur dringend Tatverdächtige ausländischer Herkunft von der übrigen Bevölkerung ferngehalten werden. Dies lässt sich realisieren beispielsweise durch eine Verschärfung der Unterbringung erwiesenermaßen wiederholt kriminell geworden oder in einschlägigen Deliktfeldern dringend tatverdächtiger Asylbewerber. Ganz abgesehen davon werden wir deren asyl- und aufenthaltsrechtliche Verfahren zielgerichtet optimal beschleunigen müssen. Das wird dazu dienen, dem organisierten Verbrechen die Vertriebswege so zu verteuern, dass sich organisierte Kriminalität nachhaltig wenig rechnet.

Der zweite Aspekt betrifft die Nachfrageseite. Hier sprechen wir weniger Sie, Herr Innenminister Schönbohm, als vielmehr den ehemaligen Innenminister, Herrn Ziel, an. Wir müssen gerade für unsere Kinder und Jugendlichen und insbesondere für die Schulen und Elternhäuser unseres Landes Programme entwickeln, die dazu dienen, Kinder und Jugendliche viel mehr und sehr viel früher als bisher über die Auswirkungen und Gefahren der einschlägigen Angebote organisierter Kriminalität aufzuklären, sprich über Rauschgiftkonsum, Prostitution, Menschenhandel, Schleuser- und Fälschungskriminalität. Das führt zur Verringerung der Nachfrage.

Zum Abschluss möchte ich noch zwei Dinge herausheben: Was die Zahlen in den Antworten der Landesregierung auf unsere Fragen 1, 3, 8 und 9 angeht, gehe ich davon aus, dass es sich lediglich um die Zahlen handelt, die sich aus den Ermittlungserfolgen ergeben. Die realistischen Zahlen der gesamten organisierten Kriminalität einschließlich der unaufgeklärten Fälle und der Dunkelziffer werden hiermit wohl nicht hinreichend wiedergegeben. Ich gehe auch davon aus, dass sich hieraus die von Jahr zu Jahr stark schwankenden Angaben erklären.

Ein positiver Ansatz ist, dass speziell zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität eine Schwerpunktabteilung bei der Staatsanwaltschaft in Frankfurt (Oder) gebildet worden ist, deren Aufgabengebiet nicht nur die Strafverfolgung, sondern auch Maß-

nahmen der Vermögensabschöpfung durch ein und denselben Staatsanwalt umfasst. Unsere diesbezüglichen Fragen wurden in der heutigen Fragestunde bereits beantwortet, wobei Herr Minister Schelter sagte, dass sich Herr Minister Schönbohm und auch das Finanzministerium über diese Einrichtung sehr freuen.

Von der Arbeit dieser Schwerpunktabteilung versprechen wir uns eine rationelle Arbeitsweise, wobei allerdings offen bleibt, ob ihre personelle Ausstattung ausreicht. Das werden wir zu einem späteren Zeitpunkt beurteilen können. - So viel zu Ihrer Antwort. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die Koalitionsfraktionen. Für sie spricht der Abgeordnete Homeyer.

Homeyer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns bereits heute Morgen in der Fragestunde mit der organisierten Kriminalität im Land Brandenburg befasst. Der Innenminister hat zu speziellen Fragen ausführlich Stellung genommen. Es ist auch klar - das wissen wir -, dass es im Land Brandenburg organisierte Kriminalität gibt, und zwar auch aufgrund unserer besonderen kriminalgeographischen Lage - auf der einen Seite die Metropole Berlin und auf der anderen Seite die Grenze zu Polen und damit zu Mittel- und Osteuropa. Das wissen wir, das ist kriminaltechnisch und kriminalgeographisch erkannt und wird vom Innenminister und der Polizei des Landes Brandenburg mit der entsprechenden Aufmerksamkeit behandelt.

Ich meine, es ist weit übertrieben zu sagen, dass es im Land Brandenburg mehr organisierte Kriminalität als in anderen Bundesländern gebe. Ganz im Gegenteil, es wird alles getan, um diese besondere Form der Kriminalität zielgerichtet im Griff zu behalten.

Davon zu sprechen, dass es einen Verlust an Vertrauen in die Tätigkeit von Polizei und Staatsanwaltschaft im Land Brandenburg gebe, halte ich für weit überzogen und weise dies zurück. Es besteht derzeit - ebenfalls eine Behauptung der antragstellenden Fraktion - auch nicht die Gefahr, dass mafiose Strukturen unmittelbar oder mittelbar Einfluss auf Politik, Medien, öffentliche Verwaltung, Justiz oder Wirtschaft nehmen oder dass gar die freiheitlich-demokratische Grundordnung von innen heraus in ihrem Bestand gefährdet wäre. Dies alles ist weit übertrieben und wird deshalb zurückgewiesen.

Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass in der Großen Anfrage 20 Fragen gestellt werden, deren Antworten eigentlich schon der polizeilichen Kriminalstatistik zu entnehmen gewesen wären. Ein Blick dort hinein hätte genügt und der Fragebedarf wäre befriedigt gewesen.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Homeyer (CDU):

Ja, sehr gern.

Präsident Dr. Knoblich:

Bitte, Herr Abgeordneter Claus.

Claus (DVU):

Sie sagen, dass meine Fraktion das Vorgehen der Polizei oder Staatsanwaltschaft als schlecht beurteilten und wir damit ausdrücken wollten, dass die Polizei und die Staatsanwaltschaft nicht ...

Präsident Dr. Knoblich:

Kommen Sie bitte zur Frage!

Claus (DVU):

Meine Frage lautet: Ist Ihnen überhaupt aufgefallen, worauf ich in meiner Rede eingegangen bin, das heißt, dass ich davon überhaupt nicht gesprochen habe?

Homeyer (CDU):

Ja, mir ist aufgefallen, worauf Sie eingegangen sind, Herr Abgeordneter Claus. Deswegen antworte ich Ihnen darauf auch mit meiner Rede und mache darauf aufmerksam, dass die Polizei des Landes Brandenburg alle Formen der organisierten Kriminalität im Auge hat, sie entsprechend bekämpft und das Land Brandenburg nicht schlechter dasteht als andere Bundesländer.

Im Übrigen bin ich der Auffassung, dass mit der heute von unserem Innenminister auf die mündliche Anfrage gegebenen Antwort alles Nötige zu diesem Thema gesagt worden ist. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die PDS-Fraktion. Frau Kaiser-Nicht, bitte sehr.

Frau Kaiser-Nicht (PDS):*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die DVU malt mit ihrer Großen Anfrage das Gespenst der organisierten Kriminalität an die Wand, sodass man sich wie in einem der Krimis fühlt, wie sie vor allem über die privaten Fernsehsender zuhauf zu sehen sind.

Die Intention der DVU ist deutlich. Es geht ihr um die angeblich insbesondere vom Ausland her gesteuerte Kriminalität. Ich bin der Landesregierung dankbar dafür, dass sie in ihrer Antwort die tatsächlichen Relationen deutlich gemacht hat, dass nämlich eindeutig überwiegend deutsche Tatverdächtige das kriminelle Geschehen bestimmen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und sage das in Richtung des Fragestellers, ein verantwortungsvolles Umgehen mit diesem Thema anzumahnen. Wer wie Sie zielgerichtet das Bild vom kriminellen Ausländer verbreitet, der schürt Ausländerfeindlichkeit und Verunsicherung.

(Beifall bei der PDS)

Das Thema selbst sowie die Antwort der Landesregierung bieten für meine Fraktion genügend Ansatzpunkte für die weitere Diskussion - die wir, wie Herr Homeyer bereits sagte, am Vormittag in Form der Fragestunde begonnen haben -, seien es die genaue Definition des Begriffs organisierte Kriminalität, die Analyse des Lagebildes, die Suche nach optimalen Strukturen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität oder die Ablehnung des Einsatzes des Verfassungsschutzes bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und auch die Einhaltung des Trennungsgebotes zwischen Polizei und Verfassungsschutz, die wir anmahnen.

Keinesfalls werden wir dabei die Art und Weise widerspruchsfrei hinnehmen, in der die DVU das Thema behandelt und benutzt. Die Antwort der Landesregierung ist ein Beitrag zur Versachlichung der Debatte, die ich im Umgang mit dem Thema für geboten halte. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Da die Landesregierung auch hier auf eine zusätzliche mündliche Stellungnahme verzichtet, sind wir am Ende der Rednerliste und ich schließe die Aussprache. Damit wurde die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 33 zur Kenntnis genommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Fahrradverkehr und -tourismus im Land Brandenburg

Große Anfrage 31
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU

Drucksache 3/3245

Antwort
der Landesregierung

Drucksache 3/3780

Die Aussprache wird mit dem Beitrag der CDU-Fraktion eröffnet. Herr Abgeordneter Schrey, Sie haben das Wort.

Schrey (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Beantwortung der Großen Anfrage „Fahrradverkehr und -tourismus im Land Brandenburg“ wurde erstmalig ein umfassender Überblick darüber gegeben, was in den vergangenen Jahren in diesem Bereich im Land Brandenburg geleistet wurde. Die Antwort verdeutlicht aber auch, welche finanziellen und konzeptionellen Aufgaben noch vor uns liegen und auf die Verantwortlichen in den Kreisen und Kommunen warten.

Mit der Beantwortung der Großen Anfrage werden die statistischen Informationen, die zur Auswertung und für unsere weiteren konzeptionellen Überlegungen notwendig sind, nur in unzureichendem Maße gegeben. Während wir einen guten Über-

blick darüber erhalten, was durch das Land Brandenburg geleistet wurde, bleibt die Frage, was wir damit erreicht haben, weitestgehend unbeantwortet.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Antwort auf die Frage 1.3 hervorheben. Die Koalitionsfraktionen fragten nach Untersuchungen über die durch die Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur erzielten Effekte. Die ernüchternde Antwort, dass es keine durch die Landesregierung veranlasste Untersuchung zu den Effekten gibt und dass der Landesregierung auch keine solche Untersuchung bekannt ist, kann uns nicht zufrieden stellen.

Der hohe Mitteleinsatz verlangt eine Evaluation der Maßnahmen. Ich weiß, dass der Radverkehr keine so einfachen Auswertungen der Maßnahmen zulässt, wie es bei den Maßnahmen zur Verbesserung der Straßenverbindungen möglich ist. Dennoch sollten wir bemüht sein, unsere Initiativen zu bewerten. Dadurch könnten wir besser auf eine Optimierung des Mitteleinsatzes hinwirken.

Ich könnte mir vorstellen, dass zur Bewertung einer Maßnahme nach deren Abschluss eine Befragung bei der regionalen Tourismuswirtschaft durchgeführt wird oder dass die Deutsche Bahn, die noch einen großen Teil des öffentlichen Schienenverkehrs in Brandenburg abdeckt, zur Auswertung herangezogen wird.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung setzt beim Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur für den Tourismus auf einen Lückenschluss. Ich halte diesen Ansatz für sehr vernünftig; denn nichts ist für einen Radtouristen unattraktiver als eine Radtour auf Teilstrecken. Ich halte es auch für sehr wichtig - und damit den Ansatz der Landesregierung für richtig -, dass mit Kultureinrichtungen und der Tourismuswirtschaft in den Regionen eng zusammengearbeitet wird. Die Einbindung der TMB zur Erhöhung der Aktivitäten Brandenburgs als Land des Radtourismus wird von der CDU-Fraktion ebenfalls begrüßt.

Wir wollen nicht nur, dass die Touristen durch unser Land radeln und sich an den Sehenswürdigkeiten und der landschaftlichen Vielfalt erfreuen, sondern wollen auch, dass die Dienstleistungsangebote genutzt werden und dass Brandenburg für Radtouristen hauptsächlich zu einem Aufenthaltsort und nicht zum Durchreiseland wird.

Nachholbedarf besteht aus meiner Sicht noch bei den Schutzgebieten, die - so war die bisherige Argumentation - Anziehungspunkte für naturfreundlichen Tourismus sein sollten. Gerade Radtouristen bilden hier die Zielgruppe. Uns wird es jedoch nicht gelingen, Radler als Touristen für unsere Schutzgebiete zu interessieren, wenn die Radverkehrsinfrastruktur auf dem derzeitigen Ausbaustand bleibt. In diesem Bereich sollte künftig vermehrt auf nachweisbare Verbesserungen der Infrastruktur hingearbeitet werden. Durch die Schutzgebiete sind die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in einigen Bereichen eingeschränkt worden. Wir sollten gerade diese Regionen unseres Landes dabei unterstützen, über den Radtourismus solche Entwicklungsnachteile zu kompensieren.

Meine Damen und Herren, mit der Beantwortung der Großen Anfrage haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Landesregierung bei der Ausschreibung von Leistungen im Schienen-

personennahverkehr darauf Wert legt, dass die Mitnahme von Fahrrädern möglich ist. Dies ist ein guter Ansatzpunkt, um Tagestouristen für das Land Brandenburg zu gewinnen. Gerade die berlinfernen Regionen werden davon profitieren, wenn hier weitere Verbesserungen erzielt werden. Von Berlin aus mit dem Fahrrad über das Wochenende in die Prignitz zu fahren dürfte nur für durchtrainierte Radtouristen attraktiv bzw. überhaupt möglich sein. Mit dem Regionalexpress nach Perleberg zu fahren und dort mit dem Fahrrad die Landschaft oder die Kulturgüter zu erkunden dürfte sogar für eine Familie mit Kindern ein machbares und wünschenswertes Erlebnis sein.

Meine Damen und Herren, die Antworten der Landesregierung zu dem Themenkomplex „Verknüpfung von Radverkehr und öffentlichem Personennahverkehr“ machen deutlich, wie eng der Erfolg bei der Entwicklung des Radtourismus im Land Brandenburg mit der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur der Bahn verzahnt ist. Dort, wo die Fahrradmitnahme aufgrund der Beschaffenheit oder der Länge der Bahnsteige nicht möglich ist, werden uns bzw. der Deutschen Bahn Handlungsnotwendigkeiten deutlich aufgezeigt, um die Potenziale des Radtourismus für die berlinfernen Regionen nutzbar zu machen.

Meine Damen und Herren, ein großer finanzieller Aufwand wird auch weiterhin notwendig sein, um gerade die Möglichkeiten für den Alltagsradverkehr nachhaltig zu verbessern. Wenn wir uns dazu bekennen, dass wir Verkehrsträger, die in Konkurrenz zum Auto stehen, stärken wollen, müssen wir hierfür auch die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Es ist im Land Brandenburg wie auch im übrigen Bundesgebiet zu beobachten, dass Alltagsstrecken in zunehmendem Maße mit dem Rad zurückgelegt werden. Das beginnt bei den Schülern und endet bei den Rentnern, die am Vereinsleben teilnehmen wollen. Dieser von uns gewünschte Wandel bei den Präferenzen für die Wahl des Verkehrsmittels muss weiterhin und in verstärktem Maße unterstützt werden.

Für die Alltagsradfahrer ist es wichtig, dass die Radverkehrsinfrastruktur ausreichend ausgebaut ist, da durch die gleichzeitige Nutzung der Straßen durch PKW, LKW und Fahrrad bei einem ständig zunehmenden Verkehrsaufkommen das Erlebnis Radfahren schnell mit Stress und Gefahren für Leib und Leben verbunden sein kann. Die positive Tendenz, die wir in diesem Bereich beobachten können, müssen wir also leider auch im Zusammenhang mit der Erhöhung der Unfallzahlen sehen. Die zunehmende Anzahl von Fahrradfahrern, die an Verkehrsunfällen beteiligt sind, muss für uns ein Alarmzeichen sein. Dass der Anteil der unter 15-Jährigen an den Verkehrsunfällen durchschnittlich bei über 25 % liegt, belegt, dass gerade Radverbindungen zu den Schulen verstärkt und schnellstmöglich ausgebaut werden müssen.

Mich freut, dass es den Koalitionsfraktionen in den Haushaltsverhandlungen zum Landeshaushalt 2002/2003 gelungen ist, in den kommenden beiden Jahren zusätzliche Mittel für den Ausbau straßenbegleitender Radwege zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch einige Worte zur Verkehrssicherheit sagen. Es ist illusorisch, dass es uns kurzfristig gelingen wird, alle straßenbegleitenden Radwege unseren Wünschen, aber auch den Notwendigkeiten entsprechend auszubauen. Wir alle kennen die finanzielle Situation unseres Landes und sind uns auch der anderen landespolitischen Er-

fordernisse bewusst. Uns muss aber daran gelegen sein, die Instrumente zur Erhöhung der Verkehrssicherheit effizienter zu nutzen, zumal es in diesem Bereich noch ungenutzte Möglichkeiten gibt, die kaum oder keine Mittel des Landes erfordern, den Fahrradfahrern aber ein Mehr an Sicherheit versprechen.

Die CDU fordert die schnellstmögliche Einführung einer obligatorischen zweiten Fahrschulaausbildungsphase, die auch ein Fahrsicherheitstraining enthält. Wir fordern die Einführung der 0,0-Promille-Grenze für Fahrzeugführer bis 25 Jahre und wir fordern, dass die Fahrerlaubnis nicht schon 17-Jährigen erteilt wird. Wenn ich Minister Meyer bei seiner Antwort auf meine mündliche Anfrage gestern richtig verstanden habe, liegen unsere Vorstellungen nicht weit auseinander, sodass hier sicherlich in naher Zukunft erste Erfolge der Landesregierung zu vermelden sein werden. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die PDS-Fraktion. Für sie spricht der Abgeordnete Domres.

Domres (PDS):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Als kritische und konstruktive Opposition erkennt die PDS das bisher Erreichte im Bereich des Fahrradtourismus an. Auch die Leistungen in den Kommunen und Reisegebieten müssen gewürdigt werden. Wir zollen also den Damen und Herren in der Landesregierung und natürlich den Akteuren in den Kommunen und Reisegebieten Anerkennung.

Aber das Erreichte ist noch lange nicht das Erreichbare. Wir wissen, dass viel Geld, politisches Engagement und eine Menge ehrenamtlicher Arbeit von Vereinen, Verbänden und Parteien zu dem geführt haben, was jetzt ein bedeutender Teil des Brandenburger Tourismus ist. Wir wissen aber auch, dass noch eine ganze Menge Arbeit zu leisten ist, um noch mehr Potenziale zu erschließen und somit Arbeit und Einkommen zu schaffen.

Nun zur Antwort auf die Große Anfrage. Zunächst zu Ziffer 1.3: Leider lassen sich die Effekte des Radtourismus nicht darstellen. Aus diesem Grund muss ganz sicher eine genauere Erhebung der Beherbergungen auch und gerade für Gastgeber mit weniger als acht Betten erfolgen. Um die weitere Entwicklung zu steuern, sollten gezielte Untersuchungen in den Reisegebieten in Zusammenarbeit mit dem Landestourismusverband und den kreislichen Tourismusverbänden stattfinden.

Um die Tourismuswirtschaft weiter anzukurbeln, sollten die in Ziffer 1.5 beschriebenen Potenziale besser miteinander verknüpft werden. Die Bahnanbindung der Reisegebiete an Berlin muss attraktiver gestaltet werden. In diesem Zusammenhang appelliere ich an die Landesregierung, keine weitere Ausdünnung des Bahnnetzes mehr zuzulassen. Ersatzverkehre sollten nur noch mit Fahrradmitnahmemöglichkeiten zugelassen werden. Die Zusammenarbeit im Tourismus zwischen Berlin und Brandenburg sowie den berlinnahen Kreisen kann verbessert werden. Der so genannte Mauerradweg rund um Berlin wäre dafür ein gutes Projekt.

(Beifall bei der PDS)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bei der Beantwortung des Fragenkomplexes II hätte ich mir von der Landesregierung ein größeres Problembewusstsein gewünscht. Aber auch der Fragesteller hat sich nur auf technokratische Fragestellungen konzentriert und die Lebenswirklichkeit ausgeblendet. Die Wirklichkeit in den Landkreisen, Städten und Gemeinden zeigt, dass es immer schwerer wird, Kofinanzierungen sicherzustellen. In den Gemeinden verringert sich die Investitionskraft von Jahr zu Jahr und in einigen Gemeinden ist kaum noch oder kein Geld mehr für die Bewirtschaftung und Unterhaltung der neu gebauten Radwege vorhanden. Das, meine Damen und Herren von der Koalition, haben Sie mit dem beschlossenen Gemeindefinanzierungsgesetz zu verantworten.

Problematisch ist in diesem Zusammenhang auch die Verfahrensweise bei der Förderung. Wenn Zuwendungsbescheide ausgereicht werden, dann muss das Geld auch zeitnah beim Zuwendungsempfänger ankommen. Heute werden die Zuwendungsempfänger gezwungen, die Projekte vorzufinanzieren, weil sonst der Umsetzungszeitraum zwischen Bewilligung und Fertigstellung viel zu kurz wäre. Ob eine Begrenzung des Investitions- bzw. Durchführungszeitraums tatsächlich Sinn macht, ist unter den beschriebenen Vorzeichen zu diskutieren.

Ich habe vorhin schon auf die Probleme der Investitionstätigkeit auf der einen Seite und der Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten auf der anderen Seite hingewiesen. Die PDS-Fraktion meint, dass bei einem künftigen Finanzausgleichsgesetz das Problem des erheblichen Finanznachteils durch die dünne Besiedlung der Flächenlandkreise und des zu unterhaltenden Straßen- und Wegenetzes bei der Gemeindefinanzierung zu berücksichtigen ist. Nur so kann ein Radroutennetz als ein touristisches Produkt geschaffen werden. Wenn es dann noch gelingt, Informations- und Werbemaßnahmen zu koordinieren, eine einheitliche Beschilderung der Radwege zu erreichen und Informationsdefizite bei Entscheidungsträgern im Tourismus auf allen Ebenen zu verringern, dann werden wir einen ökologisch nachhaltigen und ökonomisch erfolgreichen Baustein für die Brandenburger Tourismuswirtschaft haben.

Zum Teil III, Fahrradtourismus: Aus Sicht der PDS muss gerade der Lückenschluss als prioritär eingestuft werden, und zwar sowohl über Kreisgrenzen hinweg als auch in Richtung der Nachbarländer. Brandenburg hat seinen Beitrag in puncto Koordinierung und Qualifizierung eines bundesweiten Radroutennetzes weiterhin zu leisten. Mir fehlen an dieser Stelle Aussagen zu länderübergreifenden Routenplanungen und zu einer stärkeren Zusammenarbeit bei Marketingaktivitäten und Auslandswerbung im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Gerade der Radtourismus lebt von einer zusammenfassenden Bewerbung, Vermarktung und Angebotsvermittlung und er sollte noch mehr Platz in Marketingkampagnen für Urlaub in Brandenburg finden.

Das Thema EU-Osterweiterung und die damit in Zusammenhang stehenden europäischen Initiativen fehlen sowohl in der Fragestellung als auch in der Antwort völlig.

Die Antworten ab Ziffer 3.3 der Fragen zeigen ganz deutlich die Masse der Aufgaben, die noch vor uns liegen. Die im Zusammenhang mit den in der Antwort auf die Frage 1.5 aufgezeigten Potenziale und Rahmenbedingungen sowie der aufgezeigte Handlungsbedarf machen die Chance, aber auch die Notwendig-

keit deutlich, den Radtourismus als Qualitätstourismus zu entwickeln, der ökonomisch erfolgreich sein kann.

Fahrradtourismus ist für einige Regionen zu einem Wirtschaftsfaktor geworden. Wenn man bedenkt, dass Radtouristen eine bis zu 20 % höhere Tagesausgabe als durchschnittliche Touristen haben und in einigen Reisegebieten zu den elementaren Trägern des Beherbergungs- und Übernachtungsgewerbes geworden sind, dann wird klar, dass die Schaffung von Infrastruktur für das Fahrrad nicht nur regionalwirtschaftlich bedeutend ist. Fahrradtouristen sind auf ein dezentrales Dienstleistungs- und Warenangebot in der Region angewiesen. Jede Investition in den Radtourismus schafft also Arbeit und Einkommen gerade im ländlichen Raum.

In der Antwort auf die Frage 3.4 ist die Landesregierung auf die Verantwortung der Kommunen eingegangen. Ich weise in diesem Zusammenhang noch einmal auf die kommunale Finanzsituation hin und mahne das längst überfällige Finanzausgleichsgesetz an.

(Beifall bei der PDS)

Den Ausstattungsgrad an Radwegen in den Großschutzgebieten beschreibt die Landesregierung als höchst unterschiedlich; als Beispiele werden der Naturpark Stechlin und der Naturpark Uckermärkische Seen genannt. Nicht nur dort ist das Problem der unbefestigten Wege anzutreffen, die als Reit-, Wander- und Radwege genutzt werden. Ein Vorschlag, den ich vom ADFC aufgenommen habe, Waldbrandschutzstreifen als Radwege zu nutzen und auszubauen, würde sicherlich manchen Ärger vermeiden. Ebenso ist vorstellbar, dass stillgelegte bzw. entwidmete Eisenbahntrassen, von denen wir in Brandenburg ja leider mehr als genug haben, zu Radwegen umgebaut werden. Zum einen könnten so die Trassen im Bestand geschützt und gesichert werden, zum anderen könnten Planungsverfahren erheblich verkürzt werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich die in vielen Bereichen funktionierende Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Naturparkverwaltungen und touristischen Leistungsanbietern würdigen, aber auch anmahnen, das gemeinsame Ziel, den Fahrradtourismus als ökologisch nachhaltigen Tourismus zu fördern, nicht aus den Augen zu verlieren. In Richtung Koalition sage ich, dass gerade die Naturwacht erhalten werden muss, um in den Großschutzgebieten ebendieses Ziel erreichen zu können.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

In der Antwort auf die Frage 3.17 ist eine beeindruckende Summe zu lesen. Ich hätte mir gewünscht, dass auch der Anteil der Kommunen dargestellt wird. Die Aussagen zum touristischen Leitsystem werden von meiner Fraktion unterstützt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich komme nun zu dem Teil IV, Fahrradinfrastruktur. Die Bahn hat mit 12 % einen relativ hohen Anteil als Anreiseverkehrsmittel für Fahrradtouristen, wenn man bedenkt, dass sie an allen Urlaubsreisen nur einen Anteil von 6 % hat. Der ADFC befürchtet aber, dass der Anteil von 12 % wegen der Einschränkungen bei den Fahrradtransportmöglichkeiten in DB-Zügen stark zurückgehen wird. Einer Steigerung der Zahl transportierter Fahrräder im Nahverkehr steht eine Absenkung im Fernverkehr entgegen. So

wurden allein im Jahr 2000 circa 87 000 Fahrräder im Fernverkehr weniger transportiert als 1999.

Aber auch die Situation im Nahverkehr ist bei weitem nicht befriedigend. So ist die Mitnahme von Fahrrädern im Regionalverkehr schon schwierig. Oft reichen die Kapazitäten nicht aus. Die Landesregierung als Bestellerin des SPNV sollte sich schnellstmöglich dafür einsetzen, dass gerade im berlinnahen Raum in Schwerpunktzeiten mehr Mitnahmemöglichkeiten eingeräumt werden. Diese dankenswerte Aufgabe könnte der VBB konzeptionell unterstützen. In diesem Zusammenhang sollten auch gleich weitere Servicestellen für Radtouristen geschaffen werden.

Herr Minister Meyer, als Schlussfolgerung aus der Antwort auf die Frage 4.4 könnten Ideen für eine fahrradfreundliche Stadt in Verbindung mit Stadumbauprogrammen entstehen und umgesetzt werden. Wir würden Sie dabei unterstützen.

Zu Ziffer 4.5: Der Bau von Radwegen außerorts sollte nicht nur aufgrund von Verkehrsstärkeprognosen oder Kosten-Nutzen-Analysen stattfinden. Gerade aus dem Umfeld der B 96 sind Klagen wahrzunehmen, in denen gefordert wird, dass die Unfallhäufigkeit ein Argument dafür sein sollte, bestimmte Baumaßnahmen vorzuziehen.

In der Antwort auf die Frage 4.9 geht die Landesregierung auf die fehlenden Beförderungsmöglichkeiten ein. Die PDS-Fraktion unterstützt in dieser Frage die Landesregierung in der Sache; wir fordern eine schnellstmögliche Lösung.

Die Verantwortlichkeiten der Kreise für den übrigen ÖPNV setzt aber auch eine Klarheit der Finanzierung von integrierten Verkehren voraus. Es geht natürlich nicht an, dass die Kreise die Zeche für den abbestellten SPNV bezahlen. Vielmehr sollte der SPNV-Plan des Landes endlich fortgeschrieben werden, damit die Kreise Planungs- und Finanzierungssicherheit bekommen. Ebenso gehört das integrierte Verkehrskonzept des Landes auf den Prüfstand; es muss überarbeitet werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme zum Teil V, Verkehrssicherheit. Die Antwort spiegelt eine hohe Unfallquote von Fahrradfahrern wider. Es ist in den letzten 10 Jahren eine enorme Steigerung zu verzeichnen. Besonders erschreckend ist die hohe Anzahl an Unfallbeteiligten bis 18 Jahren, also von Kindern und Jugendlichen. Ich möchte die bisherigen Bemühungen nicht in Abrede stellen, aber die Zahlen erfordern stärkere Konsequenzen für die Verkehrserziehung und andere begleitende Maßnahmen. Leider fällt die Antwort sehr unzureichend aus. Aussagen dazu, ob die Angebote ausreichen oder inwieweit Schule, Polizei und Verkehrswacht besser kooperieren können und ausreichend Geld zur Verfügung gestellt wird, fehlen völlig.

Damit komme ich zu dem Teil VI, Genehmigungsverfahren. Auffällig war bei einigen Fragen, dass Schutzgebietsbestimmungen oder der Umwelt- und Naturschutz immer unter den Generalverdacht, Verhinderer oder Behinderer zu sein, gestellt wird. Zum Glück haben einige Antworten gezeigt, dass nur in Kooperation von Naturparkverwaltungen, Umweltverbänden, Kommunen und Leistungsanbietern das Ziel, den Radtourismus zu entwickeln, erreicht werden kann. Das Finden von Kompromissen, das sorgfältige Abwägen von Belangen des Land-

schafts- und Umweltschutzes und des Radverkehrs sind unumgänglich und kommen letztlich allen Beteiligten zugute. Die Antworten zeigen ein Spannungsfeld auf, auf dem sehr sensibel agiert werden sollte. Bei aller Notwendigkeit, Angebote auszubauen und die Qualität zu steigern, muss stets von beiden Seiten Kompromissbereitschaft vorhanden sein.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss Ihres Beitrages.

Domres (PDS):

Ich bin gleich am Ende meiner Rede. - Zum Teil VII, Diebstahl, nur so viel: Die Aufklärungsquote kann uns in keinem Fall zufrieden stellen. Es wäre durchaus sinnvoll gewesen, an dieser Stelle auch regionale Unterschiede darzustellen. Aber die Polizeireform wird die Aufklärungsquote sicherlich erhöhen.

Insgesamt bietet die Antwort eine gute Grundlage für weitere parlamentarische Initiativen. - Danke.

(Beifall bei der PDS und des Abgeordneten Lenz [SPD])

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die SPD-Fraktion. Für sie spricht zunächst der Abgeordnete Dellmann.

Dellmann (SPD):*

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man sich die Antwort der Landesregierung anschaut, dann kann man deutlich feststellen: Mit dem Radverkehr in Brandenburg geht es aufwärts.

Radverkehr ist ein Thema, das zuweilen ein Mauerblümchenda-sein fristet. Seine Entwicklung ist jedoch auch von der Landesregierung als eines der Ziele erkannt worden, die für eine moderne Verkehrspolitik stehen. Das ist jedoch nicht eine Frage nur der Verkehrspolitik, sondern auch von Gesundheit und nachhaltiger Stadtentwicklung.

Ich meine, dass sich Brandenburg mit den in den vergangenen zwölf Jahren auf diesem Gebiet erzielten Ergebnissen durchaus sehen lassen kann. 23 % der Bundesfernverkehrsstraßen und 14 % der Landesstraßen - wenn ich als Grenze 3 000 Kraftfahrzeuge pro 24 Stunden ansetze - sind inzwischen mit straßenbegleitenden Fahrradwegen ausgestattet. Die Zahlen von vor zehn oder zwölf Jahren sprachen eine ganz andere Sprache. Man muss sich aber auch einmal die Situation in den alten Bundesländern anschauen. Dort sind 60 % der Bundesstraßen und 40 % der Landesstraßen mit Fahrradwegen ausgestattet.

Wir müssen jedoch berücksichtigen, was machbar war und was wir erreicht haben. Für uns kann der Vergleich mit den anderen neuen Bundesländern durchaus als Messlatte dienen. Es ist festzustellen, dass sich Brandenburg gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern an der Spitze wiederfindet.

Woran lag es, dass wir in der Vergangenheit nicht weiter gekommen sind? Eine Hauptursache dafür lag und liegt nach wie

vor in den unterschiedlichen Zuständigkeiten und den unterschiedlichen Fördertöpfen. Da gibt es Gemeindestraßen, Forstwege, Kreisstraßen, Landes- und Bundesstraßen. Über die Fördertöpfe will ich ganz schweigen.

Die entscheidende Frage lautet: Wie schaffen wir es künftig besser als bisher, eine Koordinierung zu organisieren? Wir stellen durchaus Unterschiede innerhalb Brandenburgs fest. Die größten Erfolge verzeichnen wir dort, wo sich regionale Akteure gefunden haben. Die Hauptverantwortung liegt dabei bei den Landkreisen.

Ich darf als positives Beispiel den Landkreis Teltow-Fläming nennen. Herr Bochow ist übrigens einer derjenigen, die sich inzwischen als Skater und Fahrradfahrer auszeichnen, auch wenn man es seiner Figur noch nicht unbedingt ansieht.

(Heiterkeit bei der SPD - Schulze [SPD]: Herr Kollege, das ist Breitensport!)

- Okay, dann sei jetzt aber die Frage gestattet, ob du, lieber Herr Kollege Schulze, auch Fahrrad fährst. Dir sieht man an, dass du Sport treibst. Vor allem hast du eine so windschnittige Frisur, dass du garantiert ein paar Stundenkilometer schneller bist als Klaus Bochow.

(Schulze [SPD]: Ich betreibe Spitzensport!)

Aber kommen wir auf die Organisation der Zusammenarbeit zurück. Wir müssen Möglichkeiten zu ihrer Verbesserung finden.

Ich begrüße es, dass die Landesregierung erkannt hat, dass auch in ihrem eigenen Bereich noch Synergieeffekte schlummern. Wenn jetzt unter Federführung des MSWV eine Studie in Auftrag gegeben wurde, um festzustellen, wie wir eine Kopplung der touristischen Infrastruktur mit der Infrastruktur, die wir für Schüler und für die Entwicklung der Innenstädte schaffen, erreichen können, dann zeigt das deutlich, dass die Wichtigkeit dieser Frage auch innerhalb der Landesregierung erkannt worden ist.

Wir Abgeordneten stellen uns manchmal die Frage, welchen Sinn eine Große Anfrage eigentlich macht.

(Frau Siebke [SPD]: Das ist eine berechtigte Frage!)

- Ja, die Frage ist berechtigt, aber beim Lesen der Antworten habe ich festgestellt, dass innerhalb der Landesregierung durchaus Diskussionsprozesse stattgefunden haben. Entwicklungen, die ich vor einem halben Jahr noch nicht erwartet hätte, sind mittlerweile über Diskussionsprozesse angeregt worden.

Damit bin ich beim Thema Genehmigungsverfahren. Kollege Schrey hat das bereits angesprochen. Wir müssen herausfinden, was schneller und einfacher möglich ist. Wir sollten uns im Zusammenhang mit der Novelle des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes bemühen, dass ein naturverträgliches Verkehrsmittel auch bei den Genehmigungsverfahren eine zügigere Berücksichtigung findet.

(Beifall des Abgeordneten von Arnim [CDU])

- Aber, lieber Kollege von Arnim, das bedeutet nicht den Ver-

zicht auf Naturschutz, sondern es geht darum, dass wir uns die Frage stellen, ob eine gewisse Privilegierung insoweit möglich ist. Diese Privilegierung kann in der Sicherstellung zügigerer Planungsverfahren bestehen. Wir können aber auch im Bereich der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen über die anvisierten Pauschalregelungen hinausgehen.

Wir kennen keine aktuellen Fälle, in denen Schutzgebietsausweisungen Fahrradwege verhindern. Diese Feststellung ist mir wichtig, weil gelegentlich das Argument zu hören war, dass selbst Fahrradwege durch Großschutzgebiete oder Schutzgebietsausweisungen verhindert würden. Die Antwort zeigt, dass dies nicht der Fall ist.

Lassen Sie uns aber auch die Frage stellen, was noch getan werden muss. Zunächst einmal ist die Abstimmung mit Berlin zu verbessern. Mit großem Interesse habe ich die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS gelesen. In Berlin wurde erkannt, dass auch sehr viele Berliner nach Brandenburg fahren.

Vor allen Dingen müssen wir jedoch prüfen, inwieweit wir über die Verteilung unserer Haushaltsmittel Schwerpunkte setzen können, unabhängig davon, ob es sich um Landes- oder Bundesstraßen handelt. Ich stimme den Kollegen Schrey und Domres ausdrücklich zu: Dies muss zukünftig ein Thema sein.

Lassen Sie mich an dieser Stelle eine kleine Bitte an unseren Landtagspräsidenten richten. Es ist festzustellen, dass dieser Landtag nicht gerade sehr fahrradfreundlich ist. Wer schon einmal mit dem Fahrrad angereist ist, der wird festgestellt haben, dass kaum Abstellmöglichkeiten für Fahrräder vorhanden sind. Ich war schon mit dem Fahrrad hier und habe anschließend einen Ausflug in die schöne Potsdamer Umgebung unternommen, Frau Enkelmann. Kommen Sie doch auch einmal mit dem Fahrrad und der Regionalbahn hierher! In der Umgebung des Landtagsgebäudes sollten wir in dieser Hinsicht einiges tun.

Mein Dank gilt an dieser Stelle besonders den Ministerien, sowohl dem Wirtschaftsministerium als auch dem MSWV und dem MLUR. Hier ist etwas geschehen.

Ich danke auch den regionalen Akteuren in den Gemeinden und Kreisen, dass wir den jetzigen Stand erreicht haben.

Mein Dank geht auch an diejenigen, die immer wieder einfordern, dass wir mehr für den Fahrradverkehr tun.

(Beifall des Abgeordneten von Arnim [CDU])

Das sind regionale Akteure. Das ist aber insbesondere auch der ADFC.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns die Beantwortung der Großen Anfrage dazu nutzen, dieses Thema weiterhin zu diskutieren. Das Ziel muss es sein, aus Brandenburg ein fahrradfreundliches Bundesland zu machen. - Danke.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU und der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich danke auch. - Im Moment nehmen gerade Schülerinnen und

Schüler der 10. Klasse des Einstein-Gymnasiums Angermünde Platz. Herzlich willkommen im Landtag!

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort geht an die Abgeordnete Hesselbarth. Sie spricht für die DVU-Fraktion.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Fahrradfahren ist preisgünstig, dient der Gesundheit, schont die Umwelt und spart Rohstoffe. Das ist richtig. Trotz dieser günstigen Voraussetzungen nutzen aber nur 15 % der 1,1 Millionen Erwerbstätigen im Land Brandenburg zeitweilig oder regelmäßig das Fahrrad. Warum gelingt es nicht, mehr Menschen für das Fahrrad zu begeistern?

In Nordrhein-Westfalen sind 60 % der Bundesstraßen und 40 % der Landstraßen mit Radwegen ausgestattet. In Brandenburg sind es nur 23 % der Bundesstraßen und 14 % der Landstraßen. Diese Zahlen machen deutlich, dass in Brandenburg noch ein erheblicher Nachholbedarf besteht.

Lediglich 32 % des hiesigen Radstreckennetzes können als gut eingestuft werden. 22 % befinden sich in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand. Bei 46 % liegt die Qualität irgendwo in der Mitte davon. Das zeigt, dass der gegenwärtige Ausbauzustand keinesfalls als befriedigend angesehen werden kann.

Als zu Beginn des 19. Jahrhunderts das Fahrrad erfunden wurde, dachte wohl noch niemand daran, dass eines Tages das Auto zum wichtigsten Fortbewegungsmittel werden würde. Radfahrer müssen sich oftmals mit PKW und LKW die Straße teilen. Im Jahre 2000 waren im Straßenverkehr insgesamt 425 Todesopfer zu beklagen. 7,5 % der getöteten Unfallbeteiligten waren Radfahrer. Zu diesen 32 Todesfällen bei Radfahrern kommen noch 3 191 verletzte Radfahrer im Jahre 2000 hinzu.

18 % aller im Straßenverkehr Verletzten sind Radfahrer. Kinder und Jugendliche sind am meisten betroffen. Dies zeigt, dass es zu wenig sichere Radwege gibt. In Innenstädten wird Fahrradfahren zudem oft zu einem halsbrecherischen Unternehmen, weil sich Kopfsteinpflaster und andere Straßenbeläge in einem erbärmlichen Zustand befinden.

Kinder und Jugendliche bilden die größte Risikogruppe. Vor diesem Hintergrund ist es geradezu lächerlich, dass bei 500 000 Schülern und Studierenden im Jahre 2000 lediglich 1 500 Fahrradprüfungen an Schulen durchgeführt wurden. Die DVU-Fraktion fordert die Landesregierung auf, in verstärktem Umfang Polizeibeamte, vielleicht auch pensionierte Polizeibeamte, in die Schulen zu entsenden, damit diese die Schüler im Sinne der Verkehrssicherheit über den richtigen Umgang mit Fahrrädern aufklären. Wir sehen auch hier noch einen erheblichen Nachholbedarf.

Ich möchte noch auf eine andere brisante Bilanz zu sprechen kommen. Im Jahre 2000 gab es 25 558 Fälle von Fahrraddiebstahl bzw. unbefugtem Gebrauch von Fahrrädern. Im Land Brandenburg werden im Verhältnis zur Bevölkerungszahl nach Bremen die meisten Fahrräder entwendet. Die Zahl der entwendeten Fahrräder beträgt in Brandenburg 983 und in Sachsen-

Anhalt, wo die Bevölkerungszahl etwa gleich hoch ist wie hier, sind es 782. Zu der Frage, warum im Lande Brandenburg Fahrräder leichter und schneller gestohlen werden, macht die Landesregierung leider keine Angaben. Liegt das vielleicht doch an der Nähe der Grenze zum polnischen Staat?

(Homeyer [CDU]: Hören Sie doch auf mit einem solchen Scheiß!)

- Herr Homeyer, Sie haben das vorhin - in Ihrer Rede ist das nachzulesen - selbst gesagt. Ihr Zuruf jetzt ist also herrlich.

(Homeyer [CDU]: Aber doch nicht Fahrraddiebstahl!)

Die DVU-Fraktion sieht die Antwort der Landesregierung nicht durch die rot-schwarze Brille. Es geht nicht um Lobhudelei, sondern darum, dass wir Mittel und Wege finden, um mehr Menschen dafür zu gewinnen, auf das Fahrrad umzusteigen. Es ist bedauerlich, dass der öffentliche Nahverkehr und insbesondere der Busverkehr noch keine Möglichkeiten gefunden hat, streckenweise Fahrräder zu transportieren. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die Landesregierung. Bitte, Herr Minister Meyer.

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fahrradverkehr - das ist wohl sehr deutlich geworden - ist Alltagsverkehr, ist Tourismus und dazwischen liegt der Freizeitverkehr, der eine Mischung aus touristischer Betätigung und den Notwendigkeiten des Alltags darstellt. Herr Domres, wenn ich das richtig verstanden habe, dann sind Sie mit Tempo 40 durch das ganze Land gefahren, haben Verkehrssicherheit, Tourismus, Verfahrensregelungen, Dienstleistungen, SPNV und alles andere in fünf Minuten abgehandelt.

(Heiterkeit bei SPD und CDU)

Das ist eine Glanzleistung, aber so schnell liegen die Lösungen natürlich nicht auf dem Beifahrersitz.

Der Anteil des Fahrradverkehrs am Straßenverkehr ist mit 10 % durchaus bemerkenswert. Der Fahrradverkehr ist also ein wichtiger Bestandteil der Verkehrspolitik, und zwar sowohl auf dem Lande als auch, wie Herr Schrey mitteilte, für die Schüler und Senioren in den Städten. Aber auch als Zuwegung zum öffentlichen Personennahverkehr im Berliner Umland - Stichwort Park and Ride - ist der Fahrradverkehr wegen der damit verbundenen Entlastungsfunktion für den Autoverkehr sehr wichtig.

Da das so ist, sind die Ziele klar: die Reduzierung der Umweltbelastung und die Erhöhung der Mobilität vor allem für Kinder, Jugendliche und Senioren und die Entlastung der Städte. Das bedeutet verbesserte Lebensqualität, wirtschaftliche und touristische Impulse und am Ende auch mehr Verkehrssicherheit, wenn wir bei den straßenbegleitenden Radwegen noch ein Stückchen vorankommen.

Für die touristische Entwicklung - das ist hier schon gut herausgearbeitet worden - ist der Fahrradtourismus natürlich ein tragendes Element, vor allem deshalb, weil die Fahrradtouristen - Herr Dellmann hat es gesagt; er kommt sogar zum Landtag mit dem Fahrrad - dann auch mehrere Tage hier im Lande bleiben und damit Brandenburg mit all den Vorteilen erleben, die das Land sozusagen als Traumland für Radfahrer nun einmal zu bieten hat, nämlich die Historie des Landes, die Kulturlandschaften, die Kulturensembles und natürlich die Landschaft.

Die Landesregierung hat - das kann die Opposition betrachten, wie sie will, aber die Zahlen sprechen da eine deutliche Sprache - für den Fahrradtourismus, für die straßenbegleitenden Radwege sehr viel Mittel eingesetzt. Landes-, Bundes- und EU-Fördermittel sind letztendlich umgesetzt worden in 2 330 Kilometer Strecke mit einer guten Qualität. Dabei ist wichtig, dass wir die peripheren Räume dabei nicht nur gleichberechtigt, sondern fast vorrangig behandelt haben. Ich nenne hier die Radwegenetze in der Uckermark, im Oderbruch, im Fläming, in der Prignitz usw.

Dieser Ausbau ist in enger Abstimmung zwischen den Ministerien für Wirtschaft, Umwelt und Verkehr erfolgt. Damit war sichergestellt, dass der Fahrradtourismus insgesamt in Wirtschaftsförderung umschlägt. Es gibt an vielen Stellen hochwertige Angebote. Diese Hochwertigkeit schlägt sich in einer guten Information und schließlich natürlich in einem guten Dienstleistungsangebot nieder, wobei ich nicht verschweigen will, dass die Qualität in vielen Bereichen noch verbessert werden muss. Das gilt für die Gastronomie genauso wie für die Möglichkeit der Mitnahme von Fahrrädern im SPNV, die Herr Domres hier angemahnt hat. Dabei ist es für mich allerdings kein Maßstab, wenn ein Berliner Radsportverein einmal in drei Jahren einen Ausflug nach Brandenburg macht, die Kapazität dann auf einer Strecke von 20 mitzunehmenden Fahrrädern auf 100 erhöhen zu sollen. Das macht die Bahn, bei der ich ja nur Besteller bin, natürlich auch nicht mit. Vielmehr brauchen wir belastbare Zahlen und wir brauchen natürlich belastbare Angebote im touristischen Bereich, sodass wir die Berliner Fahrradfahrer dann gleichmäßig in unsere touristischen Zentren lenken können.

Die weitere Zielstellung ist abgesteckt. Wir müssen unsere touristischen Radwegenetze komplettieren. Bei den straßenbegleitenden Radwegen müssen wir die Lückenschlüsse vornehmen. Dabei müssen wir das verhindern, was in den ersten Jahren passiert ist und wofür es unterschiedliche Ursachen gibt, nämlich dass wir mit EU-Fördermitteln auf dem Lande 2,50 m breite hervorragend gepflasterte Radwege rund um den jeweiligen Dorfbauer bauen, aber keine Verbindung vom Dorf A zum Dorf B haben.

(Beifall bei SPD und CDU)

Neben den touristisch genutzten Strecken sind natürlich die Alltagswege weiterhin von großer Bedeutung. Diese müssen in stärkerem Maße, als dies bisher geschieht, mit den touristischen Wegen vernetzt werden. Da ist es richtig - egal von welcher Seite das gesagt wird -, dass wir wegen des zunehmenden Verkehrs, wegen der zunehmenden Kfz-Zahlen vor allem durch straßenbegleitende Radwege höhere Sicherheit erreichen müssen. Dies gilt in erster Linie für die Straßen, bei denen die Frequenz mehr als 3 000 Kfz in 24 Stunden beträgt.

Im Land Brandenburg gibt es eine Bedarfsliste „Radwege, Bundes- und Landstraßen“ und das ist unsere Handlungsgrundlage. Eine Hilfe wäre es - Herr Domres, Sie haben die Verfahren angesprochen; ich sage das jetzt bewusst an die Adresse der Arbeitskreise Haushalt, Umwelt und Verkehr - wenn wir mit den vorhandenen Haushaltsmitteln mehr Radwege gestalten bzw. bauen könnten, indem wir zum Beispiel die straßenbegleitenden Brandschutzstreifen im Wald entsprechend nutzen. Wir müssen sie nicht in jedem Falle versiegeln, sondern da gibt es Methoden und Beispiele aus dem Ausland, die zeigen, wie das auch anders geschehen kann. Das würde den Haushalt schonen und die Quantität auf jeden Fall erhöhen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Gleichwohl ist festzustellen - Herr Dellmann hat es dankenswerterweise gesagt -, dass Brandenburg zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern beim Ausbau in den neuen Ländern an der Spitze liegt. Deswegen ist es doch nicht falsch - aber es bewirkt bei mir zurzeit nur ein Lächeln -, dass wir beim Vergleich mit den alten Bundesländern sehr schnell merken, dass noch das eine oder andere zu tun ist. Dazu sind wir gemeinsam hier, Sie als Parlament, indem sie im nächsten Jahr diesen Haushaltstitel verstärken, und wir als Exekutive, um genau in diesem Punkt ein Stückchen weiter nach vorn zu kommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht noch einmal an die SPD-Fraktion. Bitte, Herr Abgeordneter Kliesch.

Kliesch (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Radwanderwege sind wichtiger Bestandteil der touristischen Infrastruktur unseres Landes. Das Thema gilt es heute zu besprechen.

Die Große Anfrage, die die Landesregierung hier geliefert hat, macht dazu klare Aussagen. Wer hätte vor einigen Jahren gedacht, dass wir überhaupt so ein Werk zusammenbekommen? Damit meine ich nicht nur die Antworten als solche, sondern auch die Tatsache, dass die Radwege auch wirklich von A nach B verlaufen und darüber hinaus Fernradwege sind. Das hätten wir damals nicht gedacht.

Mein Dank insbesondere für diese Arbeit gilt der gesamten Landesregierung, denn viele Fragen waren zu beantworten. Herr Minister Meyer, es ist nicht nur die Frage der Nutzung der Brandschutzstreifen. Das ist bis heute immer noch nicht geklärt. Lesen Sie einmal die Antwort nach. Da steht in etwa - ich übertreibe ein bisschen -: Wenn es dem Förster gefällt, kann er es machen. Wenn er die Raucher nicht mag, dann macht er es nicht. - Also, so geht es nicht. Da muss man nun schon einmal ein deutliches Wort sagen nach dem Motto: Dort, wo es technisch geht, soll es gemacht werden, egal, wie der Förster heißt, und ob er Raucher oder Nichtraucher ist. - Also da müssen wir noch ein bisschen nachlegen.

Herr Schrey hat hier gesagt, wir brauchen dringend eine Analyse, aus der sich ergibt, welche wirtschaftlichen Potenziale der Radtourismus hat. Ich denke, diese Analyse wird die Tou-

risumus-Marketing-Gesellschaft machen. Wir vom Landestourismusverband werden jedenfalls darauf achten, dass dies kommt. Aber das muss auf der Grundlage eines ordentlichen Systems, eines Netzwerkes geschehen. Wir können nicht parallel zum Bau gleich Analysen machen, dann laufen wir Gefahr, dass wir uns selbst nachweisen, dass es noch nichts gebracht hat. Nichts ist schlimmer, als dem Kunden ein Produkt nicht anzubieten, aber zu fragen, wie es ihm gefällt.

Im Jahre 1999 haben nach Angaben des ADFC 1,92 Millionen Deutsche ihren Urlaub überwiegend sozusagen auf dem Sattel verbracht. Das entspricht etwa 4 % aller Urlaubsreisen. 1998 dagegen waren etwa 400 000 Schiffsreisen gebucht worden. Das Potenzial ist schon beachtlich. Für den Inlandsurlaub spielt der Fahrradtourismus eine größere Rolle als für den Auslandsurlaub - das ist ja nichts Neues -, insbesondere deshalb, weil wir wegen der Nähe zu der Metropole Berlin sehr stark auf den Tagesausflug der Radfahrer spekulieren.

In den Jahren 1995 bis 1998 betrug die Zuwachsrate beim Urlaub mit dem Rad 15 %. Einen Fahrradtourismus planten im Jahre 2000 7,5 % aller Deutschen. Dabei waren Hauptanlaufpunkte Ostseeküsten-Radweg, Elbe-Radweg, Weser-Radweg, Donau-Radweg und Altmühl-Radweg. In Brandenburg verläuft nur der Elbe-Radweg und wir haben dort noch ein Defizit. Wir müssen werben mit dem Ziel, den potenziellen Fahrradtouristen klarzumachen, dass es in unserem Land Möglichkeiten gibt, sodass sie auch einen längeren Fahrradtourismus hier verbringen.

Herr Minister Meyer, es ist zwar schön, wenn gesagt wird, die Alltagsradwege sollten stärker berücksichtigt werden, das Verhältnis zu den Radwegen sei zu ungünstig; ich warne aber davor, denn wir als Touristiker müssen sagen, dass jeder Tourist einen Anspruch darauf hat, einen entsprechenden Radweg zu finden, der die touristischen Ziele verbindet. Wenn die gleichen Wege auch von Schülern genutzt werden können, ist es ja nicht schlecht. Entsprechend haben wir das auch bei der Umsetzung der Programme für touristische Radwege gestaltet. Nur können wir nach der PISA-Studie zum Beispiel nicht sozusagen Besuchsofferten für Brandenburger Schulen einbauen. Das wird uns nach dieser Analyse nicht gelingen. Da müssen wir ein bisschen aufpassen. Der Radtourist - das ist ein wirtschaftlicher Faktor - gibt 20 % mehr Geld aus als der sonstige Urlauber. Das sind also nicht arme Leute, die unterwegs sind, sondern die achten darauf, dass ihr Fahrrad gut untergebracht wird und dass sie auch gutes Essen und eine gute Unterkunft finden, und zwar alles in einer Kategorie, die man als gut und besser einschätzen muss; anderenfalls ist heute niemand mehr gern unterwegs.

Wir waren sehr dankbar, als 1996 unser damaliger Minister Dreher einen Fixbetrag forderte, und wir waren uns damals schon sicher, dass wir für die touristischen Fernradwege Mittel in einer Größenordnung von 200 Millionen DM brauchen würden. Die Analysen lagen ja vor. Nun war die Kunst gefragt, den goldenen Zügel so einzusetzen, dass sich die Landkreise und Gemeinden auch danach richten. Ich habe da meine eigene Lebenserfahrung. Unser Landkreis hatte ein Paket von 30 Millionen DM abgelehnt, aber die Gemeindevertreter und Bürgermeister wollten das umsetzen. Der Landkreis hat dann zum Schluss den gordischen Knoten gelöst, indem er die gemeinsame Gegenfinanzierung über die Erhöhung der Kreisumlage sicherte. Nur so ist das zustande gekommen. Hier war nicht nur

die Frage, wie man etwas umsetzt, wie man die mittelständische Tiefbauwirtschaft in der Region mit 30 Millionen DM fördert, sondern hier stand auch die Frage an, wie man die kommunale Zusammenarbeit so organisiert, dass sich die Kleinen, nämlich die Gemeindevertreter, angesprochen fühlen. Das gelingt am besten mit dem goldenen Zügel.

Herr Minister Fürniß, ich vermisse den goldenen Zügel in der Planung Ihrer entsprechenden Investitionen. Wenn gesagt wird, es würden nur noch die Lücken in den Fernradwegen geschlossen, so geschieht dies sicherlich noch mit Mitteln aus den 200 Millionen DM, die noch nicht verbaut sind. Ich erwarte aber auch - da sind die Vertreter der Reisegebiete meiner Meinung -, dass alle kleinen Radwege mit den großen Fernradwegen vernetzt werden, wenn das erfolgreich sein soll. Nicht jede Gemeinde kann mit den GFG-Mitteln einen Standard von 2,5 oder gar 3 Metern Breite bieten. Die Wege dort sind preiswerter, kleiner und vielleicht qualitativ nicht so gut. Aber wir wollen ja auch, dass die Radler nicht durchradeln, sondern dass sie Halt machen.

Wenn jemand sagt, Brandenburg sei als Radwanderland prädestiniert, weil das Land so flach sei, dann könnte man dem entgegen, er solle mal den Hagelberg bei Belzig hochradeln, der ja schon ganz schön hoch ist. Aber einmal abgesehen davon ist Brandenburg natürlich auf Fahrradtouristen angewiesen, weil die Touristen sonst die Landschaft zwar erleben, aber die Kulturstätten nicht erreichen könnten. Zu Fuß ist das oftmals zu weit an einem Tag. Das Fahrrad ist hierfür ideal. Wie wir hier gehört haben, fahren auf den Wegen einige auch mit Rollschuhen oder Skatern. Das ist ebenfalls eine tolle Sache. Einige Radwege, gerade im Fläming, sind ja super ausgebaut. Wir in Oberhavel haben da nachgezogen. Zum Teil kann auch der Weg von Berlin nach Kopenhagen mit Skatern wunderbar befahren werden. Das ist also in Ordnung.

Die Gemeinden haben da aber noch Wünsche. Ich weiß nicht, ob sie das alles realisiert bekommen. Die Vertreter der Reisegebiete müssen da ganz schön arbeiten, um die Gemeinden zu motivieren, Mittel aus der Gemeindefinanzierung einzusetzen. Wir haben das GFG ja auch etwas freier gestaltet, haben nicht mehr so viele Mittel zweckgebunden. Die Gemeinden müssen sich verstärkt bemühen, das Geld in den Wirtschaftskreislauf zu bringen.

Zu der wichtigen Diskussion über die Arbeitslosigkeit im Land möchte ich Folgendes sagen: Alle rufen nach kommunalen Investitionsprogrammen. Der Ausbau der Radwegenetze in den Regionen ist so ein Programm. Natürlich gehören dazu auch die Programme für Alltagsradwege. Ich will diese nicht außen vor lassen. Wir wissen, dass die Wege vielerorts deckungsgleich sind. Aber ein Verhältnis von 200 Millionen zu 13 Millionen ist vielleicht doch ein Ansporn, beim Alltagsradwegbau noch nachzulegen. Darin sind wir uns wohl einig.

Wir sind auf gutem Wege, und weil wir auf gutem Wege sind, haben wir gesagt: Nicht kleckern, sondern klotzen. Wir haben aus diesem Grunde schon einmal Broschüren mitgebracht, die ich draußen ausgelegt habe. Als Vertreter des Landestourismusverbandes bedanke ich mich ganz herzlich bei den Mitarbeitern meines Verbandes und auch bei denen des TMB.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind am Ende der Rednerliste. Ich schließe die Aussprache. Damit ist die Antwort der Landesregierung in der Drucksache 3/3780 zur Kenntnis genommen. Ich schließe Tagesordnungspunkt 5.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Evaluierung des Polizeigesetzes

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/3751

Die Aussprache wird mit dem Beitrag der PDS-Fraktion eröffnet. Bitte sehr, Frau Kaiser-Nicht.

Frau Kaiser-Nicht (PDS):*

Herr Präsident! Damen und Herren! Mit kontroversen Debatten war schon die Einführung des Brandenburgischen Polizeigesetzes 1996 verbunden. Die Kritik an der vom damaligen Innenminister verfolgten Verschärfung des Polizeirechts reichte bis in die SPD-Fraktion, führte aber nicht zu wesentlichen Änderungen des zielschen Entwurfs. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die damalige wie die heutige Landtagsmehrheit die Ausweitung polizeilicher Befugnisse zum Eingriff in Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger offensichtlich für den Königsweg zur vorbeugenden Bekämpfung schwerer Kriminalität hält.

Durch eine Klage beim Landesverfassungsgericht konnte die PDS 1998 einige Nachbesserungen erreichen, die mit dem 2. Änderungsgesetz noch im Jahr 2000 in den Gesetzestext eingefügt wurden. Parallel dazu wurden die Eingriffsrechte der Polizei aber weiter ausgebaut. Noch von der SPD-Regierung wurde die Schleierfahndung eingeführt. Herr Schönbohm ging dann viel weiter, als nur die Auflagen des Verfassungsgerichts zur PDS-Klage gesetzlich umzusetzen.

Prof. Michael Schumann sagte zu diesem Vorhaben am 20. September 2000 genau von hier aus:

„Niemanden wird es verwundern, dass wir einer Sicherheitspolitik unsere Zustimmung verweigern, die die Sicherheitslage durch immer gesteigerte Eingriffsmöglichkeiten der Polizei in die von Verfassungs wegen geschützten Grundrechte zu beherrschen vorgibt. Eingriff in das Grundrecht auf Leben - Stichwort finaler Rettungsschuss -, Eingriff in das Grundrecht auf Datenschutz - Stichwort Videoüberwachung -, Eingriff in das Grundrecht auf Freizügigkeit - Stichwort Aufenthaltsverbot -, das sind Ihre Antworten und das nennt sich dann modern.“

Niemanden in diesem Hause wird es wundern, dass diese Position für uns nach wie vor Bestand hat. Unter anderem deshalb auch unser heutiger Antrag. Wenn schon wenige Wochen nach Einführung bestimmter Maßnahmen durch die Regierung fast euphorisch ihr angeblicher Erfolg gemeldet wird - so geschehen bei der Videoüberwachung -, halten wir es allemal für nötig und möglich, genauer hinzusehen und einen Bericht einzufordern.

Minister Schönbohm hat gegen alle Widerstände und auch gegen kritische Stimmen aus der SPD-Fraktion die oben genannten Regelungen durchgesetzt. Unübersehbar ist das Bemühen des Innenministers, sich auf dem Gebiet der inneren Sicherheit zu profilieren und all das, was er in Berlin nicht durchsetzen konnte, in Brandenburg zu erreichen.

(Petke [CDU]: Das ist auch seine Aufgabe!)

Kaum beschlossen, wurde die Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze den Kreisen regelrecht aufgedrängt.

(Petke [CDU]: Richtig!)

An deren Notwendigkeit und Sinn - da bin ich anderer Meinung als Sie, Herr Petke - zweifelt nicht nur die PDS-Fraktion. Das tun selbst Polizisten. Auch in Berlin lehnte und lehnt man trotz der höheren Kriminalität und der zweifellos gegebenen Kriminalitätsschwerpunkte zum Beispiel die Videoüberwachung nach wie vor ab.

(Petke [CDU]: Fragen Sie mal die Bürger!)

Die PDS kann ja nachvollziehen, dass Sie von der CDU versuchen, in Brandenburg ein bundesweites Führungsbeispiel für den durchschlagenden Erfolg Ihrer Maßnahmen einschließlich Videokameras zu organisieren. Mit den jetzt eingerichteten Überwachungsstellen und der relativ hohen Zahl eingesetzter Kameras - nach Kosten ist in diesem Zusammenhang nicht gefragt worden - haben Sie dem bisherigen Beispielland Sachsen bereits den Rang abgelassen.

(Zuruf von der CDU)

- Ja, aber Sie haben bei allen Sparmaßnahmen nicht danach gefragt.

Als der für die so genannte innere Sicherheit auf Bundesebene Zuständige seiner Partei will man ja auch etwas vorweisen.

(Zuruf von der CDU: Was ist denn die „so genannte innere Sicherheit“?)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, Sie werden nachvollziehen können, dass wir Ihre Propaganda der Erfolge nicht mitmachen. Die Bundestagswahl steht vor der Tür. Die Auseinandersetzung über diese Fragen wird sich verschärfen. Bundesinnenminister Schily will sich von der CDU auf deren bisherigem Vorzeigebiet natürlich nicht überbieten lassen. Law and Order wurden nun auch zu sozialdemokratischen Grundwerten, die Grund- und Freiheitsrechte stehen hinten an. Leider werden diejenigen, die vor dieser Entwicklung warnen und auf die Wahrung der Bürgerrechte drängen, öffentlich derzeit weniger wahrgenommen. Ihr Einfluss in den Regierungserfahrenen Parteien auf Bundesebene ist offensichtlich geringer geworden.

Nach den terroristischen Anschlägen des 11. September 2001 wurden politische Defizite deutlich und haben Menschen auch in Deutschland ihr Sicherheitsbedürfnis verständlicherweise in stärkerem Maße artikuliert. Dies benutzend, haben SPD, CDU und Grüne unter der Überschrift „Terrorismusbekämpfungsgesetze“ neue Eingriffsmöglichkeiten des Staates geschaffen, die

durch den Anspruch auf das Primat der Sicherheit die Grundrechte noch weiter aushöhlen.

Meine Damen und Herren, die PDS vertritt einen anderen Ansatz. Wir fordern die Begrenzung der Eingriffsrechte des Staates auf ein notwendiges Minimum und den Vorrang der Wahrung der Grundrechte der Bürger. Mehr Prävention statt Repression muss angestrebt werden. Auch wenn eine solche Forderung derzeit nicht populistisch einsetzbar ist, bleibt sie dennoch populär.

(Beifall bei der PDS)

Niemand kann bestreiten, dass sich die Sicherheitsdiskussion der letzten Monate immer weiter von den eigentlichen Ursachen für Kriminalität abgewendet und sich immer stärker auf Strafverschärfung und Repression gerichtet hat.

Unsere Fragen sind: Wie und inwieweit kann tatsächlich Sicherheit für die Menschen geschaffen werden? Wo täuscht Aktionismus Sicherheit nur vor? Wo wird ein zweifelhafter Zuwachs an Sicherheit nur mit Eingriffen in die Grundrechte erkauft? Wurden denn die täglichen Probleme der Brandenburger mit den Gesetzesänderungen der letzten Jahre tatsächlich aufgegriffen oder gelöst?

Vor diesem Hintergrund beantragt die PDS-Fraktion eine Evaluierung des Polizeigesetzes. Die Landesregierung soll in einem Bericht die Wirksamkeit der Regelungen dieses Gesetzes einschätzen und daraus gegebenenfalls Schlussfolgerungen ableiten, welche dieser Regelungen nicht greifen oder geändert werden sollten. Ich meine, dass eine solche kritische Betrachtung gesetzlicher Regelungen selbstverständlich sein muss. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Kaiser-Nicht. - Ich gebe das Wort an die Fraktion der SPD, an Herrn Abgeordneten Dr. Kallenbach.

Dr. Kallenbach (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wäre nicht schlecht, wenn Anträge an dieses Hohe Haus ebenfalls einer Evaluierung unterzogen würden, anstatt dies immer nur für Gesetze zu fordern.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und CDU)

Ich bitte die Fraktion der PDS, mich jetzt nicht falsch zu verstehen, aber im Gegensatz zu vielen Ihrer sonstigen Anträge haben Sie sich bei diesem möglicherweise weniger Mühe gemacht.

Halten wir uns an den Antragstext. Der Bericht soll unter anderem die praktische Relevanz des großen Lauschangriffs, des Einsatzes verdeckter Ermittler und der Schleierfahndung bewerten. Für die PDS sind das umstrittene Regelungen. Die Videoüberwachung, der finale Rettungsschuss und das Aufenthaltsverbot sind, wie wir es bei der Debatte über die jüngste Novelle des Polizeigesetzes erlebt haben, in bestimmten Teilen der Öffentlichkeit ebenfalls umstrittene Regelungen.

Wir haben es also mit einer subjektiven Selektion von Kriterien zu tun, auf deren Basis die Landesregierung ihren Bericht gemäß Antrag aufbauen soll. Der Antrag bietet in dieser Hinsicht auch Raum für Spekulationen. Ich verstehe ihn jetzt einmal so, dass sich die Evaluierung des Polizeigesetzes auf den Lauschangriff und den Einsatz verdeckter Ermittler beziehen soll. Diese Informationen sind aber auch im Rahmen einer Kleinen Anfrage gut und vor allem auch schneller zu ermitteln, als dies ein Bericht der Landesregierung leisten kann.

Meine Damen und Herren, sehen wir einmal von der Form des Antrages ab und fragen wir uns, ob die geforderte Evaluierung zu diesem Zeitpunkt überhaupt möglich und nötig ist. In der Begründung wird zwar ganz richtig festgestellt, dass unser Polizeigesetz schon mehr als fünf Jahre in Kraft ist. Angesichts dieser Geltungsdauer könnte eine Bewertung seiner Regelungen durchaus sinnvoll sein, wenn sie denn in ihrer gegenwärtigen Ausprägung auch schon so lange Bestand hätten. Ich erinnere daran, dass die von der PDS als umstritten bezeichneten Regelungen zum großen Lauschangriff und zum Einsatz verdeckter Ermittler durch die Gesetzesnovellen von 1999 und 2000 umfangreich modifiziert wurden. Eine Bewertung dieser Maßnahmen zum jetzigen Zeitpunkt macht deshalb meines Erachtens wenig Sinn. Das gilt auch für die zwar nicht explizit genannte, aber von der PDS abgelehnte Videoüberwachung, die auf maßgebliches Betreiben der SPD-Fraktion nicht nur in ein umfassendes Kriminalitätspräventionskonzept eingebettet ist, sondern auch durch eine unabhängige wissenschaftliche Begleitforschung evaluiert wird.

Des Weiteren möchte ich auf die Berichtspflicht des Innenministers und auf die vorhandenen Kontrollfunktionen des Parlaments hinweisen. Im Bereich des Polizeirechts sind diese gegeben, indem der Landtag über die Maßnahmen, bei denen verdeckte technische Mittel zur Bild- und Tonaufzeichnung zum Einsatz kommen, stets unterrichtet wird.

Neben der Polizei und damit außerhalb des Polizeigesetzes bedient sich der Verfassungsschutz in viel stärkerem Maße dieser Mittel. Dessen Tätigkeit wird jedoch durch die G-10-Kommission und die Parlamentarische Kontrollkommission regelmäßig überprüft.

(Prof. Dr. Bisky [PDS]: Das ist ganz hervorragend!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss noch ein Wort zu der Frist sagen. Die Fertigstellung eines seriösen Berichts bis zum Mai 2002 halte ich für sehr unwahrscheinlich.

Selbst wenn wir davon ausgehen, dass eine erste Ausschussbefassung noch Ende Februar möglich wäre, glaube ich nicht, dass wir bei der Konkretisierungsbedürftigkeit dieses Antrages mit nur einer Sitzung hinkommen. Deshalb und auch aus den vorgenannten Gründen wird die SPD-Fraktion diesen Antrag ablehnen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Dr. Kallenbach. - Das Wort geht an die Fraktion der DVU, an den Abgeordneten Claus.

Claus (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Schon seit Jahren wird in Sachen innere Sicherheit hoch gerüstet. Polizei und Staatsanwaltschaften haben sowohl im präventiven als auch im repressiven Bereich neue Eingriffsmöglichkeiten erhalten. Dass dabei Grundrechte, auf die wir seit Jahrzehnten stolz waren, allmählich ausgehebelt werden, wird mit der Begründung abgetan, es gehe um die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Angesichts des 11. September und der in diesem Zusammenhang agierenden Trittbrettfahrer erleben wir eine neue sicherheitspolitische Debatte.

Die DVU-Fraktion hält die Verschärfung des Landespolizeigesetzes für äußerst fragwürdig. Die Strafprozessordnung enthält genügend Eingriffsmöglichkeiten gegen Kriminelle - warum dann noch im Bereich der vorbeugenden Gefahrenabwehr eine weitere Beschränkung der Grundrechte? Ich stelle einmal die These auf, dass die Polizei missbräuchlich vorgeschoben wird, um politische Mängel zu verdecken.

Je weniger die Regierenden in Bund und Ländern zur Lösung der großen Fragen der Zeit beitragen - ich möchte hier nur das Thema Arbeitslosigkeit nennen -, umso mehr sind sie bemüht, die Bürger durch Einschränkungen der Freiheitsrechte bei der Stange zu halten.

Die Öffnung der Binnengrenzen zu unseren europäischen Nachbarn und die Einbindung Deutschlands in den wachsenden Schengener Verbund, so argumentierte der damalige Bundesinnenminister Kanther, stellen auch an die Sicherheitspolitik der Länder neue Anforderungen. Durch den Wegfall der Personkontrollen an den Binnengrenzen gemäß Schengener Abkommen komme der verstärkten polizeilichen Überwachung der grenznahen Regionen und der Verkehrsknotenpunkte maßgebliche Bedeutung zu, so Kanther, der inzwischen selbst, wie Sie alle wissen, von der Staatsanwaltschaft verfolgt wird. Kanther betonte außerdem, nur durch einen gemeinsamen Sicherheitschleier von Bundesgrenzschutz und Landespolizei könne verhindert werden, dass Kriminelle ungestört von einem Staat in den anderen reisen könnten.

Meine Damen und Herren, wer nicht an der Grenze kontrollieren will, der muss schließlich im Inland verstärkt kontrollieren. Wer es zulässt, dass ein Millionenheer von Fremden nach Deutschland kommen darf, um sich hier legal oder illegal niederzulassen, muss in Kauf nehmen, dass sich darunter auch Kriminelle befinden. Wer auch noch zulässt, dass Dealer verdeckt oder sogar auf offener Straße ihrem Rauschgifthandel nachgehen können, der braucht sich nicht zu wundern, dass sich diese Seuche immer weiter ausbreitet.

Großer Lauschangriff, verdeckte Ermittlung und Schleierfahndung wären im Polizeigesetz überflüssig, wenn die Regierung in der Lage wäre, die Ursachen der wachsenden Kriminalität zu bekämpfen. Die Verschärfung im Polizeigesetz im Hinblick auf die betreffenden Tätergruppen hat überhaupt nichts gebracht.

Die DVU-Fraktion befürwortet die Erstellung eines Untersuchungsberichts, der wirklich umfassend Auskunft gibt. Einige Fragen wären zum Beispiel: In wie vielen Fällen konnten Straftaten verhindert werden? In wie vielen Fällen konnten Menschen vor Schaden bewahrt werden? In wie vielen Fällen konn-

ten Pannen und Rückschläge vermieden werden? - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Claus, und gebe das Wort an die Fraktion der CDU, an den Abgeordneten Petke.

Petke (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der PDS-Fraktion wird von uns abgelehnt. Das wird Sie nicht überraschen.

Frau Kaiser-Nicht, Sie haben hier einen historischen Abriss über die Entwicklung des Polizeigesetzes im Land Brandenburg gegeben. Was Sie natürlich unterschlagen haben, ist die Tatsache, dass dieses Polizeigesetz im Kern durch unser Landesverfassungsgericht bestätigt wurde.

An die Kollegen von der DVU gerichtet möchte ich sagen: Ich meine, Ihr Redebeitrag macht einmal mehr deutlich, wie sinnlos es war, dass Sie von mehr als 5 % unserer Bürgerinnen und Bürger in den Landtag gewählt wurden. Ich bin überzeugt, Ihnen steht das gleiche Schicksal bevor wie Ihren Kollegen in Sachsen-Anhalt, nämlich dass Sie bei der nächsten Landtagswahl im Jahre 2004 aus dem Landtag fliegen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Zum Thema: Innere Sicherheit dient der Freiheit und Freiheit ist nicht ohne Sicherheit zu haben. Da kann sich die PDS noch so sehr zum Bewahrer der bestehenden demokratischen Grundfreiheiten machen - für Freiheit brauchen wir innere Sicherheit.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Kaiser-Nicht [PDS])

Deshalb müssen wir als Landtag die gesetzliche Grundlage schaffen, damit die Polizei arbeiten kann. Wir müssen für unsere Polizeibeamtinnen und -beamten die materiellen, personellen und sächlichen Voraussetzungen schaffen, damit sie arbeiten können. Wir müssen seitens der Politik ein Klima erzeugen, welches zeigt, dass ihre Arbeit den notwendigen Respekt findet und dass sie im politischen Bereich unterstützt werden.

Ich kann nicht verstehen, dass Sie daraus einen Vorwurf an unseren Innenminister Jörg Schönbohm ableiten, dass er wie kaum ein anderer für die Belange der inneren Sicherheit eintritt und die Beamten vor Ort in ihrer Arbeit politisch unterstützt.

Wir haben in der Koalition die Jahre seit 1999 zu Jahren der inneren Sicherheit gemacht. Wir haben das Polizeigesetz novelliert und wir haben die Videoüberwachung eingeführt, zunächst befristet und sozusagen mit einem engen Korsett versehen; Kollege Kallenbach hat dies bereits erläutert. Fragen Sie doch einmal die Menschen in Potsdam. Sie nehmen die Videoüberwachung um den Hauptbahnhof herum, die von Ihnen kritisiert wurde, an. Sie begrüßen diese und die Kriminalität ist schon jetzt - nach wenigen Wochen - spürbar zurückgegangen.

Wir haben den finalen Rettungsschuss eingeführt, und zwar nicht deshalb, um Bürgerrechte einzuschränken, sondern wir haben ihn eingeführt, weil er bei bestimmten polizeilichen Lagen notwendig sein kann und weil er der Polizei die notwendige Rückendeckung gibt.

In Brandenburg gibt es eine gute Zusammenarbeit zwischen der Landespolizei und dem Bundesgrenzschutz. Es gibt eine Polizeireform, die unsere Polizei noch besser auf die Zukunft vorbereiten wird, die sie noch besser für die Herausforderungen der EU-Osterweiterung, für die Zusammenarbeit mit Berlin, aber auch für die Folgen des 11. September rüsten wird.

Meines Erachtens steht hinter dem Antrag der PDS etwas ganz anderes. Es steht dahinter die Ablehnung unseres Rechtsstaates. Es steht dahinter das tiefe Misstrauen, welches Sie gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung hegen.

(Sarrach [PDS]: Das ist Blödsinn!)

Nicht alle in der PDS bemühen sich so wie Sie, zu verschleiern, was eigentlich dahinter steht. Ich zitiere einmal aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage bezüglich der Umtriebe der PDS. Frau Kaiser-Nicht, Ihr Kollege in Thüringen hat sich da eben nicht so, er sagt es dann schon direkter als Sie. Da steht:

„Der innenpolitische Sprecher der PDS im Thüringer Landtag meldete für den 2. Oktober 2001 einen Aufzug unter dem Motto 'Es gibt tausend Gründe, Deutschland zu hassen' an.“

Das ist es, was Sie auszeichnet und was hinter Ihrer Kritik und letzten Endes auch hinter Ihrem Antrag steht.

(Zurufe von der PDS)

- Herr Kollege Bisky, es steht nun einmal hier drin, es ist die offizielle Antwort des Bundesinnenministers. Es geht um den innenpolitischen Sprecher der PDS-Landtagsfraktion in Thüringen.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Bisky [PDS])

Wir werden trotz Ihrer Dauerkritik - da befinden Sie sich ja mit der DVU zum Teil in Übereinstimmung, wie ich finde, leider in Übereinstimmung fortfahren, die notwendigen Voraussetzungen für die Wahrung der Sicherheitsbedürfnisse der Menschen in Brandenburg zu gewährleisten.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Kaiser-Nicht [PDS] - Weitere Zurufe von der PDS)

Vorhin wurde von einem Ihrer Kollegen gesagt, kritische Opposition sei okay. Aber was haben Sie denn in den letzten Jahren für unsere Polizei geleistet? Sie haben hinterfragt, ob wir auf dem rechten Auge blind seien, haben Einsätze in der Hausbesetzerzone in Potsdam, Einsätze bei Castor-Transporten hinterfragt.

(Unruhe bei der PDS)

Sie haben Polizeibeamte, die im Dienst nach Recht und Gesetz gehandelt haben, in die Nähe von Straftätern gerückt.

(Frau Kaiser-Nicht [PDS]: Sie lassen die Schüler einsammeln auf der Straße! Sie sind auch nicht besser!)

Das ist Ihre tatsächliche Einstellung. Aber all das hat sich als heiße Luft herausgestellt.

Die CDU-Fraktion wird den Weg, innere Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger zu gestalten, weitergehen. Wir nehmen die Herausforderungen mit der EU-Osterweiterung, mit der Zusammenarbeit von Berlin und mit den Auswirkungen des 11. September an.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist auch der Weg, den die Menschen in Brandenburg von uns erwarten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Petke und gebe das Wort an die Landesregierung. Herr Minister Schönbohm, bitte.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir verfügen in Brandenburg über eines der modernsten Polizeigesetze Deutschlands, welches sich durch ein hohes Maß an Normenklarheit und Anwenderfreundlichkeit auszeichnet. Ich sage Ihnen, Frau Kaiser-Nicht: Diese Gesetze dienen unseren Bürgern und niemand anderem. Alles was wir tun, tun wir für die Sicherheit unserer Bürger; denn deren Sicherheit ist die Voraussetzung dafür, dass sie die Freiheitsrechte überhaupt in Anspruch nehmen können.

(Beifall bei der CDU)

Wer Angst hat, geht abends nicht auf die Straße. Fragen Sie doch einmal Bürger, wie das aussieht. Deshalb haben wir hier eine besondere Aufgabe zu erfüllen.

Es ist völlig klar: In einem Polizeigesetz müssen Befugnisse geregelt werden, die sich insbesondere an den Erfordernissen zur Bewahrung der inneren Sicherheit, den polizeipraktischen Bedürfnissen und den Geboten unseres Rechtsstaates auszurichten haben. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, dass die Polizei zur Erfüllung ihrer Aufgaben zum einen so genannte Standardbefugnisse benötigt, dass der Polizei zum anderen aber auch Befugnisse an die Hand gegeben werden müssen, die sie in die Lage versetzt, Gefahrensituationen zu bewältigen, die nicht alltäglich sind. Es geht also um Routine und um Besonderheiten.

Diesen vielschichtigen Anforderungen wird das Brandenburgische Polizeigesetz gerecht. Es wurde in der Vergangenheit immer wieder den sicherheitspolitischen Erfordernissen angepasst. Notwendige moderne polizeiliche Eingriffsbefugnisse wurden eingefügt. An der Wirksamkeit des im Vergleich zu den Polizeigesetzen anderer Länder noch jungen Brandenburgischen Polizeigesetzes bestehen überhaupt keine Zweifel.

Eine Untersuchung der Wirksamkeit der Vorschriften unseres Gesetzes ist weder aus fachlichen noch aus übergeordneten Gründen sinnvoll. Darüber hinaus liegen geeignete Bewertungskriterien für die Wirksamkeit der unterschiedlichen Befugnisse im Einzelnen nicht vor. Wir würden uns über die Kriterien strei-

ten, weil Sie andere Kriterien anlegen. Angesichts der Vielzahl polizeilicher Aufgaben und der kaum zu vergleichenden Anlässe des polizeilichen Tätigwerdens können diese auch nicht im Einzelnen erstellt werden. Wenn etwas schief gegangen ist, dann weiß man, was falsch war. Wenn es aber klappt, dann wissen viele nicht, warum.

Das Brandenburgische Polizeigesetz von 1996 enthält polizeiliche Standardbefugnisse, die für eine wirksame und erfolgreiche Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung einschließlich der vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten erforderlich sind. Diese Standardbefugnisse haben sich in der praktischen Arbeit der Polizei bewährt.

Soweit aufgrund polizeilicher Erfahrungen die Schaffung weiterer Befugnisse erforderlich war, hat der Gesetzgeber aufgrund der Initiative der Landesregierung in den Jahren 1999 und 2000 das Gesetz bereits zweimal ergänzt. So wurde 1999 angesichts des Anstiegs der grenzüberschreitenden Kriminalität die Befugnis zur verdachts- und ereignisunabhängigen Kontrolle, das heißt zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten im Rahmen der grenzüberschreitenden Kriminalität, eingeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass dies notwendig war.

Im Jahre 2000 wurden die Befugnis zur Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze und zur Erteilung von Aufenthaltsverboten sowie eine klare gesetzliche Regelung des so genannten finalen Rettungsschusses in das Gesetz eingebracht.

Diese Gesetzesinitiativen der Landesregierung lassen erkennen, dass die Wirksamkeit der zur Verfügung stehenden Maßnahmen fortlaufend geprüft wird und, wenn erforderlich, dem Gesetzgeber geeignete Vorschläge zur Entscheidung und Verbesserung vorgelegt werden.

Der Gesetzgeber hat es weder bei der Verabschiedung des Brandenburgischen Polizeigesetzes im Jahre 1996 noch im Zusammenhang mit den Gesetzesänderungen für erforderlich angesehen, eine Evaluierung einzuführen. Wir haben dann eine Ausnahme gemacht, weil wir meinten, dass dies ein neuer Bereich ist, über den wir nicht genügend Erkenntnisse haben, nämlich die Videoüberwachung. Wir haben im Gesetzestext vorgesehen, dass dies zeitlich befristet ist, eine Evaluierung stattfindet und dieser Versuch von externen Experten begleitet wird. Diese Evaluierung lehnen Sie von der PDS ab. Von daher gibt es einen Unterschied zwischen uns. Wir warten ergebnisoffen ab und Sie verurteilen vorher. Aus diesem Grunde sollten Sie einmal überlegen, ob das, was Sie evaluieren nennen, nicht manchmal auch diffamieren heißt.

(Zurufe von der PDS)

Zu der im Antrag der Fraktion der PDS als umstritten gekennzeichneten Regelung zur Wohnraumüberwachung und zum Einsatz verdeckter Ermittler ist zu bemerken, dass diese Befugnisse einer verfassungsgerichtlichen Überprüfung standgehalten haben. Als Begründung für die Evaluierung wird angeführt, dass das Brandenburgische Polizeigesetz seit mehr als fünf Jahren in Kraft ist.

Ich sage abschließend: Die Evaluierung findet bei der nächsten Landtagswahl statt und darauf freue ich mich.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Minister Schönbohm. - Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache und kommen zur Abstimmung. Die Fraktion der PDS hat beantragt, den Antrag in der Drucksache 3/3751 an den Ausschuss für Inneres zu überweisen. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Überweisungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Ich rufe den Antrag in der Drucksache 3/3751 auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 6 und rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Vorlage eines Personalstellenentwicklungskonzepts

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/3782

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der einreichenden Fraktion. Frau Abgeordnete Große, bitte.

Frau Große (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag fordert die PDS-Fraktion etwas eigentlich Selbstverständliches ein: ein Konzept, zu dessen Vorlage die Landesregierung ohnehin verpflichtet ist, an dem sie möglicherweise auch schon fieberhaft arbeitet. Warum also der Druck vonseiten der Opposition?

Das hat zum einen mit dem gestern schon im Zusammenhang mit der fehlenden Konzeption für die Entwicklung der Schulen im ländlichen Raum und dem aus diesem Grund aufgebrauchten Vertrauensvorrat zu tun. Zum anderen ergibt sich dringender Handlungsbedarf vor allem deshalb, weil die bis 2010 zu erstellenden Haushalte anhand einer inhaltlichen und eben nicht vorrangig auf Konsolidierung gerichteten Position erarbeitet werden sollten.

Die Landesregierung hat sich in den nächsten Jahren eine Aufgabe zu stellen, die äußerst kompliziert ist, sensible Lösungen erfordert und wie nur wenige andere Aufgaben von nachhaltiger Bedeutung ist.

Mit dem Personalstellenentwicklungskonzept müssen politische Entscheidungen getroffen werden, deren zentrale Frage sein muss: Wie können wir die um die Hälfte sinkenden Schülerzahlen nutzen, um die Lern- und Lehrbedingungen an den Schulen zu verbessern, und damit deutliche Zeichen zur Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung setzen?

Wir haben den Antrag auch deshalb gestellt, weil wir uns nicht damit abfinden werden, dass auch künftig so einschneidende personalpolitische Maßnahmen wie der Wegfall der Ermässi-

gungsstunden aus Altersgründen für Lehrkräfte faktisch durch Verwaltungsvorschriften vorbei am Parlament entschieden werden.

Der Antrag geht in seiner Grundintention von den heute Vormittag in der Aktuellen Stunde zu den Ergebnissen und Auswirkungen der PISA-Studie thematisierten Problemen aus. Herr Minister Reiche benutzt in der Öffentlichkeit, vor allem bei Schulreformdebatten, gern den auch von Herrn Rau verwendeten Slogan von der „Guten Schule“, die er sich wünscht, also eine Art Qualitätssiegel. Ich meine, es gibt Übereinstimmung darin, dass „Gute Schule“ nur von „Guten Lehrern“ gemacht werden kann, natürlich gemeinsam mit Schülern, Eltern und anderen Akteuren.

Gute Lehrer wiederum kann es nur unter Rahmenbedingungen geben, die Motivation gedeihen lassen, gesellschaftliche Anerkennung ermöglichen und hier meine ich nicht die von Herrn Minister Reiche höchstpersönlich unterschriebenen Urkunden für ausscheidende Lehrkräfte. Es sollten Bedingungen sein, durch die ein gutes Gemisch der verschiedenen Lehrergenerationen für Stabilität und Erneuerung an unseren Schulen sorgt. Der im Land Brandenburg inzwischen auch schon bei 47 Jahren liegende Altersdurchschnitt bei Lehrkräften ermöglicht genau dieses nicht. Es sollten Bedingungen sein, die eine Vollbeschäftigung ermöglichen, wenn diese gewünscht wird.

Gute Lehrer leisten in der Regel erheblich mehr als die im öffentlichen Dienst üblichen 40 Wochenstunden. Sie erheben natürlich den berechtigten Anspruch darauf, dass dies auch wahrgenommen und irgendwann einmal anerkannt wird. Gute Lehrer können manchmal nicht mehr gut sein, weil sie den besonderen Belastungen, die ihr Beruf mit sich bringt, nicht mehr gewachsen sind. Sie würden gern Jüngerer Platz machen, wenn ihnen ein würdiges Ausscheiden möglich wäre. Attraktive Abfindungsmodelle, gekoppelt an die Erweiterung des Einstellungskorridors, sollten nicht in den Bereich der Utopie gerückt werden.

Gute Lehrer haben selbstverständlich ein Recht darauf, dass ihre gute Arbeit genauso wie die ihrer guten Kollegen aus den alten Bundesländern entlohnt wird.

Das Personalstellenentwicklungskonzept soll nicht Selbstzweck sein und auch nicht zur Besserstellung nur einer Beschäftigungsgruppe des öffentlichen Dienstes führen. Auch auf die Gefahr der Wiederholung hin sage ich: Es geht vor allem um das Recht der Schüler auf gute Lehrer. Die PISA-Studie hat auch Defizite bei Lehrkräften festgestellt, deren Ursachen durchaus in dem geforderten Personalstellenentwicklungskonzept aufgegriffen und einer Lösung zugeführt werden könnten. Ich denke hier an Defizite im Vertrauensverhältnis zwischen deutschen Schülern und ihren Lehrern, an die gleichermaßen unzureichende Förderung von Benachteiligten und Begabten, an den offensichtlichen Fortbildungsbedarf bei Fragen der pädagogischen Diagnostik und an den Umgang mit heterogenen Lerngruppen. Wie also wird die Landesregierung den Ausgleich dieser Defizite durch höhere Stundenzuweisungen ermöglichen?

PISA fordert ein Umdenken im Personalstellenbereich geradezu heraus. Die Anhörung zur Lehrerarbeitszeit und zur Arbeitsbelastung im Lehrerberuf im Bildungsausschuss am 06.12.2001 hat unter anderem gezeigt, dass es erhebliche Verwerfungen im

Verhältnis der auch im Land Brandenburg sehr hohen Unterrichtsverpflichtungen von Lehrkräften zu den sonstigen pädagogischen Aufgaben gibt. Die Ausstattung mit Abminderungstatbeständen ist unzureichend. Verwerfungen gibt es auch bei den Beschäftigungsumfängen. Die Lehrer an Grundschulen beispielsweise, die mit 29,3 % aller Lehrkräfte die größte Gruppe bilden, arbeiten durchschnittlich in einem Beschäftigungsumfang von 78,9 %.

Wie die Probleme der Lehrkräfte an weiterführenden Schulen angesichts des hohen Anteils verbeamteter Lehrer und der regional immensen Unterschiede im Beschäftigungsumfang gelöst werden können, blieb bisher das Geheimnis der Landesregierung. Wo bleiben Anreizmodelle beispielsweise für einen Lehrer, der teilzeitbeschäftigt im Cottbuser Raum arbeitet? Wie soll ihm ermöglicht werden, im berlinnahen Raum, wo möglicherweise eine Stelle besetzt werden könnte, zu arbeiten?

Ein in dieser Konzeption zu beachtendes weiteres Problem ist die zwar verlangsamte, aber nicht aufgehaltene Lehrerbewanderung. In dem Konzept muss geklärt werden, wie - ohne die sich im System befindlichen Lehrer zu benachteiligen - durch die Erhöhung der Beschäftigungsumfänge junge Lehrkräfte im Land gehalten werden können.

Auch eine Konzeption zur Beseitigung des Lehrkräftemangels in diversen Fächern gehört zu dem vorzulegenden Personalstellenentwicklungskonzept.

Meine Damen und Herren, die von mir benannten Probleme zeigen nur einen kleinen Ausschnitt aus dem schwierigen Gebilde der Beschäftigung von Lehrkräften und unserer Verantwortung für die 27 000 Lehrkräfte unseres Landes. Dieser Verantwortung müssen wir gerecht werden. Vor allem aber sollten wir in der Verantwortung für die Qualität von Bildung gemeinsam nach mutigen Lösungen im Interesse der Kinder unseres Landes suchen.

(Beifall bei der PDS)

Nutzen wir also die sinkenden Schülerzahlen als Chance. Die politische Großwetterlage ist durch PISA gerade günstig. Ich meine, Sie sollten unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke der Abgeordneten Große und gebe das Wort an die Fraktion der SPD. Bitte, Frau Abgeordnete Siebke.

Frau Siebke (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Namen der Koalitionsfraktionen möchte ich nur kurz auf diesen Antrag eingehen. Inhaltlich - Frau Große hat darauf hingewiesen - wurde bereits am heutigen Vormittag über diese Frage debattiert. Ich habe auch auf den Zusammenhang zwischen Qualität von Schule und besonders von Unterricht und gut ausgebildeten und motivierten Lehrern hingewiesen. Der vorliegende Antrag geht in dieselbe Richtung. Es ist wichtig, dass wir darüber sprechen - da stimme ich der Antragstellerin durchaus zu -; wir sollten das aber im Ausschuss tun.

In dem Antrag werden Ziele genannt, denen ich nicht folgen kann; denn sie geben das Ergebnis schon vor. Aber ich denke schon, dass wir die von der Landesregierung zu dieser Problematik unternommenen Bemühungen im Ausschuss verfolgen sollten. Wir werden diesem Antrag also nicht zustimmen, plädieren aber dafür, ihn an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zu überweisen. - Danke.

(Beifall bei SPD und PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Siebke. Wenn ich Ihre Worte richtig interpretiere, heißt das, dass die CDU hier Redeversicht angezeigt hat und Sie auch für die CDU-Fraktion gesprochen haben. Da mir die DVU dasselbe angezeigt hat, kann ich der Landesregierung das Wort geben. Herr Minister Reiche, bitte.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Frau Große hat Recht,

(Oh! bei der PDS)

wenn sie sagt, dass ihre Fraktion hier eigentlich etwas Selbstverständliches einfordert, zu dessen Vorlage die Landesregierung ohnehin verpflichtet ist und woran sie möglicherweise schon fieberhaft arbeitet. So ist es, Frau Große. Insofern freue ich mich auf die Diskussion im Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt und kommen zur Abstimmung.

Die Fraktionen der SPD und der CDU beantragten, den Antrag der Fraktion der PDS in der Drucksache 3/3782 an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zu überweisen. Wer diesem Überweisungsantrag folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist einstimmig so beschlossen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 7 und rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Berufsförderungswerk Berlin-Brandenburg

Antrag
der Fraktion der DVU

Drucksache 3/3589

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt und erteile der antragstellenden Fraktion das Wort. Frau Abgeordnete Fechner, bitte sehr.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer

von den Bürgern des Landes Geld bekommt, hat die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, verantwortungsvoll damit umzugehen. Das ist der einzig vertretbare Ansatz für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik.

Das Land Brandenburg als Körperschaft des öffentlichen Rechts ist verpflichtet, der öffentlichen Daseinsvorsorge Genüge zu tun, und hat dazu die eingenommenen Steuergelder verantwortungsvoll einzusetzen.

Die Aufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge erfüllt auch das Berufsförderungswerk Berlin-Brandenburg e. V. Das Berufsförderungswerk Berlin-Brandenburg, das seit 1995 besteht, ist Teil des schon seit 1965 bestehenden Berufsförderungswerks Berlin, mit dem es zusammengeschlossen wurde. Träger des Berufsförderungswerks Berlin-Brandenburg sind insgesamt 26 Sozialversicherungsträger, darunter vor allem die Landesversicherungsanstalt, die Bundesanstalt für Arbeit, verschiedene Berufsgenossenschaften sowie die Bundesknappschaft. Einzugsgebiet des Berufsförderungswerks Berlin-Brandenburg ist die gesamte Bundesrepublik mit den Schwerpunkten Berlin und Brandenburg.

Das Berufsförderungswerk bietet als Zentrum für berufliche Rehabilitation seiner Zielsetzung nach Chancen und Perspektiven für den Start in ein neues Berufsleben nach Unfall oder Krankheit. Wer seinen erlernten Beruf oder seine bisherige Tätigkeit aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ausüben kann, soll durch das Berufsförderungswerk so unterstützt werden, dass er ins Erwerbsleben zurückkehren kann. Diese Unterstützung soll das Berufsförderungswerk Brandenburg als Einrichtung der beruflichen Rehabilitation Erwachsener gewährleisten.

Ziel der beruflichen Neuorientierung soll die dauerhafte Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt sein. Aufgenommen werden Frauen und Männer vom 18. Lebensjahr an mit unterschiedlichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Dabei sollte die medizinische Rehabilitation weitestgehend abgeschlossen sein.

Das Ausbildungsangebot des Berufsförderungswerks beinhaltet die drei großen Bereiche der kaufmännischen Berufe, der technischen Berufe sowie die Ausbildung in Berufen der Informations- und Telekommunikationstechnik. Die Bandbreite reicht somit vom Industriekaufmann über die Verwaltungsfachangestellte, den Elektrogeräte-mechaniker bis hin zum Fachinformatiker in Richtung Systemintegration. Hinzu kommen vorbereitende Maßnahmen zur Berufsfindung und Arbeitserprobung, Rehabilitationsvorbereitungslehrgänge und erweiterte Berufsfindung und Arbeitserprobung.

Des Weiteren werden so genannte Reha-Fachdienste angeboten. Sie umfassen Maßnahmen zur begleitenden persönlichen Betreuung der Teilnehmer bei Problemen während der beruflichen Rehabilitation, nämlich ärztliche und psychotherapeutische Behandlung sowie Gesundheitsberatung durch den medizinischen Dienst, individuelle Hilfestellung und Unterstützung durch den psychologischen Dienst. Des Weiteren erfolgen Beratung und Betreuung durch einen Sozialdienst. Außerdem bietet das Berufsförderungswerk durch den Integrationsdienst Unterstützung bei der Bewerbung und der Stellensuche nach der Ausbildung.

Selbstverständlich muss angesichts der verheerenden Arbeitsmarktlage und Sozialstruktur ein erheblicher Teil des Landesbudgets dafür aufgewendet werden, Menschen in Lohn und Brot zu bringen, und zwar insbesondere die, die gesundheitlich oder körperlich eingeschränkt und deswegen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind.

Nach Artikel 48 der Landesverfassung ist das Land Brandenburg verpflichtet, im Rahmen seiner Kräfte durch eine Politik der Vollbeschäftigung und Arbeitsförderung für die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit zu sorgen, das das Recht jedes Einzelnen umfasst, seinen Lebensunterhalt durch eine frei gewählte Arbeit zu verdienen. Diese Verpflichtung wird in dem Artikel durch einen Individualanspruch auf Umschulung und berufliche Weiterbildung, auf unentgeltliche Berufsberatung und Arbeitsvermittlung konkretisiert.

Die Einrichtung eines Berufsförderungswerks mit dem Ziel, durch körperliche Behinderungen eingeschränkte Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt erstmalig oder wieder Fuß fassen wollen, zu unterstützen, ist ein durchaus begrüßenswertes Ziel. Es stellt sich allerdings die Frage, wie dieses Ziel durch die verantwortlichen Träger, die Landesversicherungsanstalt und die Berufsgenossenschaften, umgesetzt wird. Maßstab für den Erfolg einer solch kostspieligen Einrichtung, die dazu dienen soll, sozial benachteiligten Personen Arbeit zu beschaffen, kann einzig und allein die Vermittlungsquote am ersten Arbeitsmarkt sein.

Im November letzten Jahres brachte eine Sendung des ORB diesbezüglich Tatsachen an den Tag, die - unterstellt, sie entsprechen der Wahrheit - schlicht und ergreifend einen Eklat für die Länder Berlin und Brandenburg bedeuten. In dieser Sendung erklärte der Chef des Berufsförderungswerks Berlin-Brandenburg offiziell, 68 % der durch das Berufsförderungswerk ausgebildeten bzw. umgeschulten Personen hätten im Jahr 2000 innerhalb von zwölf Monaten nach Beendigung der Ausbildungs- bzw. Umschulungsmaßnahme eine Arbeitsstelle gefunden.

Daraufhin befragte der ORB Betroffene, die durch das Berufsförderungswerk eine berufliche Rehabilitation in Form einer Umschulung insbesondere im kaufmännischen Bereich erfahren haben. Diese Recherche befasste sich mit den Chancen und Perspektiven für den Start in ein neues Berufsleben, die sich durch Umschulung, Ausbildung oder berufliches Training für solche Menschen ergeben, die aus gesundheitlichen Gründen ihren erlernten Beruf bzw. ihre ursprüngliche Tätigkeit nicht mehr ausüben konnten. Hierzu wurde eine Vielzahl durch das Berufsförderungswerk angeblich beruflich rehabilitierter Personen befragt.

Das Ergebnis war eher ernüchternd. Tatsächlich konnte von den befragten Personen kaum eine einen Arbeitsplatz am ersten Arbeitsmarkt innerhalb von zwölf Monaten nach Beendigung der beruflichen Rehabilitationsmaßnahme finden. Fast alle Vermittelten fanden lediglich eine geringfügige Beschäftigung oder konnten lediglich eine ABM-Stelle vorweisen. Sollte der ORB hier gerade die wenigen Misserfolge herausgefischt haben? Das ist aus Sicht der Fraktion der Deutschen Volksunion kaum zu glauben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verstehen Sie uns bitte nicht falsch. Wir als Fraktion der Deutschen Volksunion sind die Letzten, die dem ORB eine objektive Berichterstattung zu-

trauen. Das haben die Erfahrungen in der Vergangenheit insbesondere dann bestätigt, wenn es darum ging, die Arbeit unserer Fraktion in diesem Hause der Öffentlichkeit zu vermitteln.

(Zuruf des Abgeordneten Klein [SPD])

Insbesondere in seiner politischen und weltanschaulichen Tendenz ist der ORB eine Anstalt, die alles Mögliche vermittelt, nur keine objektive Berichterstattung. Nichtsdestotrotz ist dieser Sender bisweilen brauchbar, wenn es um die Aufdeckung politischer Missstände und Schieflagen geht.

(Klein [SPD]: Jetzt lässt sie die Katze aus dem Sack!)

- Es freut mich, dass Sie so aufmerksam zuhören, Herr Klein.

(Klein [SPD]: Wahrscheinlich als Einziger im ganzen Saal!)

Aus diesem Grund ist der ORB, zumindest was den Gegenstand unseres Antrages betrifft, durchaus zitierfähig.

Eine weitere Recherche bei den Verantwortlichen des Berufsförderungswerks durch den ORB ergab, dass auch das Kontrollsystem für das Berufsförderungswerk Berlin-Brandenburg bisher nicht oder nur schlecht funktionierte und dass die Träger dieser sozialen Einrichtung ab 2002 ein neues Kontrollsystem verwenden werden.

Ich wiederhole: Wir als Fraktion der Deutschen Volksunion begrüßen ausdrücklich die Einrichtung eines Berufsförderungswerkes, das die berufliche Rehabilitation von Personen gewährleistet, die aus gesundheitlichen Gründen ihren erlernten Beruf oder ihre bisherige Tätigkeit nicht mehr ausüben können. Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen müssen entsprechend ihren Möglichkeiten und Neigungen erwachsenenspezifisch und behindertengerecht ausgebildet und gefördert werden, um Chancen und Perspektiven für einen Start in ein neues Berufsleben zu erhalten. Eine solche Förderung muss jedoch professionell vonstatten gehen. Aber genau das ist hier offensichtlich nicht der Fall. Bei einer Rehabilitationsmaßnahme, die - wie etwa eine zweijährige Umschulung - circa 100 000 Euro für medizinische Dienste, Wohnkosten, Fahrtkosten, Übergangsgeld usw. kostet, Herr Klein, muss das Land gewährleisten, dass die geförderten Personen effektiv und wirksam unterstützt werden.

(Klein [SPD]: Ich bin begeistert!)

Wenn allerdings kaum einer der Geförderten eine richtige Arbeitsstelle bekommt, mit der er selbstständig seinen Lebensunterhalt bestreiten kann, handelt es sich bei dem Berufsförderungswerk um ein fiskalisches Bermudadreieck und das ist ein Fall für das Schwarzbuch.

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, verlangen wir als Fraktion der Deutschen Volksunion einen umfassenden Bericht darüber, wie das Berufsförderungswerk arbeitet, wie viele Steuer- und sonstige Gelder der öffentlichen Hand dafür aufgewendet werden

(Zuruf des Abgeordneten Klein [SPD])

und wie die Erfolgsquote dieser sozialen Einrichtung aussieht.

Wer das sauer verdiente Geld der Bürger dieses Landes erhält und verwaltet, um dem Sozialstaat gerecht zu werden, hat die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, damit sauber und anständig umzugehen. Sonst liegt aus Sicht der Fraktion der Deutschen Volksunion schlicht und ergreifend eine Veruntreuung vor, die auch als solche geahndet werden muss.

Aus diesem Grund bitte ich Sie, meine Damen und Herren, unserem Antrag zuzustimmen. Alternativ beantragen wir die Überweisung des Antrages in den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke der Abgeordneten Fechner. - Ehe ich das Wort an Herrn Klein gebe, der für die Koalitionsfraktionen spricht, möchte ich junge Gäste vom Gymnasium Teltow hier im Landtag begrüßen. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Bitte sehr, Herr Klein.

Klein (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollegin Fechner, ich habe es schon vermutet - Sie haben es in Ihrer Rede bestätigt -: Die Grundlage Ihres Antrages ist ein ORB-Bericht der Sendung „Klartext“ von vor einigen Monaten. Allerdings staune ich darüber, wie Sie den Bericht interpretieren und zur Grundlage Ihres Antrages machen. Ich habe nämlich festgestellt, dass ein Mitglied Ihrer Fraktion Anfang Dezember eine Kleine Anfrage zu dieser Thematik gestellt hat. Es wäre für Sie ein Leichtes gewesen, diese Kleine Anfrage auf 37 oder 51 kleinere Unterfragen zu erweitern. Das hätte ausgereicht, um die nun eingeforderte Antwort zu bekommen.

Stattdessen reichen Sie heute einen Antrag ein, der uns nun zur Beratung vorliegt und der letztlich nur auf den Erhalt von Informationen abzielt, die Sie sich auch mithilfe anderer Quellen hätten beschaffen können. Die Antworten auf die Fragen, mit denen jetzt die Landesregierung beschäftigt wird, hätten Sie in Standardwerken aus dem Bereich der Sozialpolitik oder auch im Internet leicht finden können.

Beschäftigungstherapie haben wir nicht so gerne. Daher werden wir die Landesregierung davon abhalten, unnütze Dinge zu tun. Aus diesem Grunde werden wir - ich sage das schon einmal an dieser Stelle - Ihrem Antrag nicht folgen.

Mit diesem Antrag machen Sie wieder einmal deutlich, worauf Sie abzielen. Sie zeigen auch hier wieder auf vornehme Art und Weise eine Tendenz, die ich vorhin schon einmal zu einem anderen Tagesordnungspunkt und zu einer anderen Problematik angesprochen habe: Sie wollen ausgrenzen. In diesem Fall wollen Sie die Minderheit der Behinderten ausgrenzen. Dies wird bereits in den von Ihnen gestellten Fragen deutlich:

„In welcher Höhe wird durch das Berufsförderungswerk Berlin-Brandenburg der einzelne Auszubildende bzw. Umschüler finanziell unterstützt?“

Damit meinen Sie die Kosten der medizinischen Dienste, Zuschüsse zu Wohn- und Fahrtkosten, Übergangsgelder usw. Letztlich haben Sie dabei immer den Hintergedanken, dass es sich hierbei um rausgeschmissenes Geld handelt. So etwas machen wir nicht mit; ich habe schon gesagt, wie wir mit Ihrem Antrag umgehen werden.

Aber ein bisschen Nachhilfeunterricht sei mir doch noch gestattet.

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter Klein, bevor Sie den Nachhilfeunterricht erteilen, mache ich Sie darauf aufmerksam, dass eine Zwischenfrage angemeldet wurde. Möchten Sie sie beantworten?

Klein (SPD):

Ja.

Vizepräsident Habermann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter Claus.

Claus (DVU):

Herr Abgeordneter Klein, Sie sind von Beruf Lehrer und sitzen schon seit längerer Zeit im Parlament. Dass Sie schon Gedanken lesen können, ist mir aber neu. Woher können Sie also unsere Gedanken lesen?

Klein (SPD):

Diese Frage ist wirklich leicht zu beantworten.

(Heiterkeit bei SPD und CDU)

Da ich das zweifelhafte Vergnügen habe, seit mehr als zwei Jahren mit Ihnen zusammen in diesem Landtag zu sitzen, und sich die Gedanken, die Sie entweder in Ihren Papieren oder in Ihren Reden zum Ausdruck gebracht haben, letztlich immer in dieselbe Richtung bewegen, ist mir eine solche Interpretation ein Leichtes.

Die 27 bundesweit existierenden Berufsförderungswerke sind Einrichtungen zur Unterstützung der beruflichen Rehabilitation erwachsener Behinderter, die aufgrund der Folgewirkungen von Krankheit und Behinderung besonderer Hilfen bei der Neuorientierung und Wiedereingliederung in Beruf und Gesellschaft bedürfen. Wir wünschen dies ausdrücklich. Diese Werke befinden sich in der Trägerschaft von Renten- und Unfallversicherungsträgern sowie der Bundesanstalt für Arbeit. Gesetzliche Grundlage dafür sind Vorschriften in den Sozialgesetzbüchern VI, VII und IX.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass das Land weder Einfluss auf die Bewilligung entsprechender Leistungen für betroffene Personen hat noch die Maßnahmen des Berufsförderungswerks aus seinem Haushalt fördert. Es fehlt jegliche Rechtsgrundlage für die Ausübung irgendeiner Form von Aufsicht über die Einrichtungen durch das Land.

Das Berufsförderungswerk Brandenburg in Mühlenbeck, das sich ebenso wie die entsprechende Einrichtung in Berlin in der Trägerschaft des eingetragenen Vereins Berufsförderungswerk Berlin-Brandenburg befindet, nimmt jährlich circa 300 neue Rehabilitanden auf, von denen sich ein Jahr nach Abschluss der Maßnahme im Durchschnitt 50 % in einem festen Arbeitsverhältnis befinden. Im Gegensatz zu Ihnen finden wir es großartig, dass angesichts der schwierigen Ausgangssituation für behinderte Menschen auf dem Arbeitsmarkt eine solche Quote erreicht werden kann.

Auch deswegen werden wir Ihren Antrag, der wieder so populistisch ist wie vieles von Ihnen, ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Klein und gebe das Wort an die Fraktion der PDS. Frau Abgeordnete Bednarsky.

Frau Bednarsky (PDS):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wer den Antrag richtig liest, wird feststellen, dass er sich schon aus rein formalen Gründen erledigt hat. In ihm heißt es nämlich, die Landesregierung werde aufgefordert, dem Landtag bis zur 50. Plenarsitzung - diese Sitzung war gestern - den Bericht zu liefern. Daher brauchten wir eigentlich gar nicht mehr über diesen Antrag zu reden.

Inhaltlich schließe ich mich meinem Vorredner, Herrn Klein, an. Nur insofern eine Ergänzung: Zu diesem Thema gibt es durchaus viele Broschüren auf Messen und anderen Veranstaltungen. Hätte die DVU-Fraktion tatsächlich ein so großes Interesse an diesem Thema, hätte sie sich diese Broschüren besorgen können.

Die PDS-Fraktion lehnt diesen Antrag ebenfalls ab.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Bednarsky. - Die Landesregierung hat mir auch zu diesem Punkt Redeversicht angezeigt, sodass ich feststellen kann, dass wir am Ende der Aussprache sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktion der DVU beantragt, den Antrag in der Drucksache 3/3589 an den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen zu überweisen. Wer diesem Überweisungsantrag folgen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Überweisungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der DVU in der Drucksache 3/3589 in der Sache. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 8 und rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Brandenburger Armuts- und Reichtumsbericht

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/3752

Ich eröffne die Aussprache und gebe der einreichenden Fraktion das Wort. Frau Abgeordnete Birkholz, bitte schön.

Frau Birkholz (PDS):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Jahre 2001 hat die Bundesregierung unter dem Titel „Lebenslagen in Deutschland“ erstmals einen Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt. Bemerkenswert daran ist zunächst die Tatsache, dass es einen solchen Bericht überhaupt gibt. Die konservativ geführte Vorgängerregierung hatte sich bekanntlich eher auf das Aussitzen von Problemen und das Ausblenden der sozialen Wirklichkeit spezialisiert. Obwohl sie mit ihrer Unterschrift unter das Abschlussdokument des Weltsozialgipfels von Kopenhagen 1995 die Verpflichtung abgegeben hatte, einen nationalen Armutsbericht zu erstellen, bedurfte es erst eines Regierungswechsels sowie außerparlamentarischen Drucks von Verbänden und Kirchen, ehe diese Verpflichtung eingelöst wurde.

Im ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird zu Recht betont, dass eine genaue Analyse der sozialen Wirklichkeit in Deutschland notwendig sei, um Armut zielgenauer entgegenwirken und gesellschaftspolitische Reformmaßnahmen zur Stärkung sozialer Gerechtigkeit und gleicher Chancen für die Menschen ergreifen zu können. Ausdrückliches Anliegen ist eine systematische Berichterstattung, die Armut nicht einfach als ein Segment der verschiedenen Gebiete der Sozialpolitik betrachtet, sondern sich mit Ausgrenzungsphänomenen befasst, Problemlagen aufzeigt und Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Überwindung von Armutslagen und sozialer Ausgrenzung initiiert.

Spätestens mit dem Sozialwort der beiden großen Kirchen aus dem Jahre 1997 steht die Forderung im Raum, nicht nur Armut, sondern auch Reichtum zum Thema der politischen Debatte zu machen. Dabei geht es keineswegs darum, Neiddiskussionen zu befördern. Ziel muss es vielmehr sein, die soziale Verpflichtung des Eigentums, wie sie auch Gebot der Verfassung ist, im Auge zu behalten. Die Ungleichheit der Einkommen hat sich langfristig verstärkt. Die Polarisierung zwischen Arm und Reich wächst. Damit werden Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in zunehmendem Maße infrage gestellt. Ohne die Begrenzung von Reichtum lässt sich Armut nicht wirksam bekämpfen.

Meine Damen und Herren, man kommt sicherlich nicht umhin, im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung auch die politische Wahrnehmung dieser Bundesregierung und insbesondere die Selbstdarstellung ihrer eigenen politischen Leistungen aufmerksam zur Kenntnis zu nehmen. Die Einschätzung des Berichts, dass sich die positiven Wirkungen ihrer Politik immer mehr herauskristallisierten, die wirtschaftliche Lage stabil sei und die Arbeitslosigkeit sinke, hat sich als reiner Zweck-

optimismus erwiesen. Insbesondere in Bezug auf die zentrale Frage der Arbeitslosigkeit stehen wir inzwischen vor einer ähnlichen Situation wie 1998. Den damaligen Stand von 4,3 Millionen Arbeitslosen bewertet der Bericht der Bundesregierung als dramatisch. Experten erwarten für dieses Jahr eine ähnliche oder sogar noch darüber liegende Zahl. Die von der Bundesregierung beklagte Entwicklung der Zunahme sozialer Ausgrenzung und der abnehmenden Verteilungsgerechtigkeit hat sich mit dem Regierungswechsel von 1998 keineswegs umgekehrt.

Meine Damen und Herren, auch im Land Brandenburg ist die Diskussion um einen Armutsbericht nicht neu. Die Landesregierung hat sich bisher lediglich zu einer Berichterstattung über einzelne Aspekte und Lebenssituationen bestimmter Bevölkerungsgruppen durchringen können. Ich bin durchaus der Auffassung, dass in diesem Rahmen inzwischen auch Analysen vorliegen, die zur Diskussion und Entwicklung von Maßnahmen gegen Ausgrenzung und Unterversorgung herausfordern. Als Beispiel erwähne ich die Berichte über die soziale Situation und die Gesundheit von Schulanfängern bzw. Jugendlichen.

Allerdings wird auch deutlich, dass dies eine systematische Berichterstattung unter dem Blickwinkel von Armut und Reichtum und die Entwicklung entsprechender Strategien nicht ersetzen kann. Insbesondere in Bezug auf die Einkommensdynamik im Niedriglohnbereich, die Lebenslagen von Familien mit Kindern sowie den Einkommensreichtum und eine Vermögensanalyse sind Informationsdefizite festzustellen. Vor allem aber fehlen Schlussfolgerungen für eine aktive Politik der Armutsbekämpfung auf Landesebene.

Meine Damen und Herren, meine Fraktion beantragt die Überweisung des Antrags „Brandenburger Armuts- und Reichtumsbericht“ an den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen. Dies bietet Gelegenheit, auch anhand des Berichts der Bundesregierung über die detaillierte Konzeption des Berichts, über die Beteiligung von Betroffeneninitiativen und Verbänden an einem Beratungsprozess in allen wichtigen Phasen der Berichterstellung sowie über weitere Fragen gründlich zu diskutieren. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Birkholz, und gebe das Wort an die Fraktion der SPD. Bitte, Frau Abgeordnete Redepenning.

Frau Redepenning (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nichts muss die Demokratie mehr fürchten als fehlende Demokraten, Menschen, die sich aus Enttäuschung abgewandt haben, weil sie den geistigen und materiellen Wohlstand, der sie umgibt, zwar wahrnehmen, die sich bei ihren Bemühungen, daran teilzuhaben, aber im Stich gelassen fühlen. Es ist deshalb in einer pluralistischen Gesellschaft wie der unseren eine der wichtigsten Aufgaben von Politik, die Anstrengungen darauf zu konzentrieren, den einen die Möglichkeit zu eröffnen, Bildung und Einkommen zu erwerben sowie Vermögen aufzubauen, ohne die anderen zu hindern, ihren Wohlstand zu erhalten. Eine ausgeglichene Einkommens- und Vermögensstruktur vermeidet So-

zialneid und trägt zu einem spannungsfreien Verhältnis zwischen den verschiedenen Sozialgruppen bei. Armut und soziale Ausgrenzung hingegen führen zur Spaltung und erhöhen das Risiko der Radikalisierung der betroffenen Schichten.

Der 1. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung liefert als Gesamtschau der sozialen Wirklichkeit in Deutschland umfangreiches Datenmaterial zur Analyse von Armut und Reichtum, soweit dies auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse überhaupt möglich ist. Er nennt die Armutsrisiken und gibt Handlungsempfehlungen zu ihrer Vermeidung.

Einen solchen Bericht fordert nun die PDS für Brandenburg. Sein Zweck erschließt sich mir gleich aus mehreren Gründen nicht.

Erstens: Wozu brauchen wir einen Bericht, dessen Ergebnisse schon vorliegen? Arm zu sein bedeutet, über so geringe Mittel zu verfügen, dass man von der allgemein üblichen Lebensweise ausgeschlossen ist. Dieses Risiko droht laut Bundesbericht bei Arbeitslosigkeit und beim Bezug von Sozialhilfe. Es droht Alleinerziehenden, gering Qualifizierten, Niedriglohnempfängern, Familien mit drei oder mehreren Kindern und Zuwanderern. Sollte es in Brandenburg andere Armutsrisiken geben als diese, die mit anderen Mitteln bekämpft werden müssten, wäre ein landesspezifischer Bericht möglicherweise sinnvoll.

Zweitens: Haben wir nicht schon einen solchen Bericht in Form der brandenburgischen Sozialindikatoren? Die von der PDS als unzureichend charakterisierte Analyse der sozialen Lage im Land ist alles andere als das. Ihre Systeme sozialer Indikatoren geben einen umfangreichen Überblick über die grundlegenden sozialpolitischen Daten Brandenburgs und sind immer noch gut genug, um der Regierungskoalition in Mecklenburg-Vorpommern als Orientierungshilfe bei der Erstellung einer eigenen Sozialberichterstattung zu dienen.

Drittens möchte ich die PDS daran erinnern, dass die Sozialindikatoren vor ihrer Veröffentlichung ausgiebig diskutiert wurden. Darüber hinaus lade ich Sie herzlich ein, an der Weiterentwicklung des Indikatorensystems mitzuwirken.

Viertens glaube ich kaum, dass ein Brandenburger Armuts- und Reichtumsbericht in der Lage wäre, die von der PDS geforderte Analyse des Vermögens und des Reichtums im Land zu leisten. Zum einen weist hier schon der Bundesbericht auf die sehr begrenzte Datenlage hin. Zum anderen steht der Datenschutz diesem Vorhaben in nicht unerheblichem Maße im Wege.

Meine Damen und Herren, es gibt in Brandenburg ein umfangreiches Berichterstattungswesen zur sozialen Struktur der Bevölkerung. Neben den Sozialindikatoren liefern auch der Arbeitsmarktbericht und die regelmäßigen Erhebungen zur sozialen Lage und Gesundheit von jungen Menschen wichtige Erkenntnisse. Diese sollten genutzt werden, um Methoden und Instrumente zu entwickeln und zu modifizieren mit dem Ziel, der Armut im Land zu begegnen.

Meine Fraktion wird aus diesen Gründen den Antrag der PDS-Fraktion ablehnen. - Danke.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Homeyer [CDU])

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Redepenning, und gebe das Wort an die Fraktion der DVU. Bitte, Frau Abgeordnete Fechner.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem nun die Bundesregierung einen so genannten Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt hat, fordert jetzt auch die PDS von der Landesregierung einen solchen Bericht für das Land Brandenburg.

Frau Redepenning hat begründet, warum ihre Fraktion den Antrag ablehnt. Aus denselben Gründen lehnt auch meine Fraktion den Antrag ab, denn vieles ist auch schon allgemein bekannt und ändern wird sich ohnehin nichts. Demzufolge habe ich meinen Redebeitrag gekürzt.

Eine Frage habe ich aber noch an die Genossen der PDS. Sie schreiben in Ihrer Begründung: Die Vermeidung von Armut und die Begrenzung von Reichtum gehören zu den originären Aufgaben der Landesregierung. - Haben Sie da nicht Ihr Parteiprogramm zitiert? Denn noch ist es im Land Brandenburg so, dass hier jeder so viel Reichtum anhäufen darf, wie er möchte, solange er diesen Reichtum redlich erwirbt. So soll es auch bleiben. - Ich danke.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Fechner. - Das Wort geht an die Fraktion der CDU. Bitte, Frau Abgeordnete Schulz.

Frau Schulz (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich kann mich kurz fassen. Meine Koalitionskollegin Redepenning hat schon alles Wesentliche vorgetragen.

Erstens nehme ich das durchsichtige Manöver der PDS zur Kenntnis, sich für die nächsten Wahlen zu empfehlen.

Zweitens: Die Definition von „reich“ und „arm“ bereitet selbst Wissenschaftlern nach wie vor Probleme. Diese Feststellung ist übrigens auch in dem Bundesbericht enthalten.

Drittens: Die Frage der Verhältnismäßigkeit von Aufwand und Nutzen eines solchen Berichts - Frau Kollegin Redepenning ist darauf bereits eingegangen - ist durchaus kritisch zu prüfen. Ich verweise ebenfalls auf den Bericht zu den Sozialindikatoren.

Viertens möchte ich hinzufügen, dass ich für eine Diskussion über eine regelmäßige vernünftige Sozialberichterstattung im Land Brandenburg natürlich zur Verfügung stehe, damit wir die entsprechenden Tendenzen beobachten und unsere Handlungsoptionen daraus ableiten können. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Schulz, und gebe das Wort an die Landesregierung. Herr Minister Ziel, bitte.

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir erlaubt, einmal nur das einschlägige Kompendium der von meinem Haus in der letzten Zeit selbst erstellten oder in Auftrag gegebenen Sozialberichterstattung mitzubringen.

(Frau Birkholz [PDS]: Das sind alles Einzelberichte, Herr Minister!)

Das sind alles Einzelberichte, die natürlich nicht den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ersetzen sollen. Ich halte es für richtig, dass die Bundesregierung nach Jahren einen solchen Bericht vorgelegt hat. Wir alle, die wir hier im Saal anwesend sind - seien es Abgeordnete, seien es Ministerinnen oder Minister -, sind doch angetreten, um etwas gegen Ungerechtigkeit, Armut und Ausgrenzung zu tun. Deshalb halte ich es für wichtig, dass wir darüber sprechen, Schlussfolgerungen ziehen und das entsprechende Handeln einleiten. Ich will mich dem überhaupt nicht entziehen.

Aber vorhin, als es nicht um die Sozialberichterstattung, sondern um das Polizeigesetz ging, war die Forderung zu hören: Untersuchungen, Studien, Berichte, Berichte und nochmals Berichte. Das erinnert an die Situation in der DDR. Dieses Berichtswesen hat uns doch alle kaputtgemacht!

Ein sinnvolles Berichtswesen finden Sie in diesen Unterlagen, die hier mitgebracht habe. Ich nenne sie jetzt nur, weil es zu weit führte, wenn ich im Einzelnen darauf einginge: „Brandenburger Sozialindikatoren - Bevölkerung, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Einkommen, Bildung, Wohnen, Gesundheit, Behinderung, Pflege“, „Sozialpolitik im Überblick“, „Familien im Mittelpunkt“, „Menschen mit Behinderung“, „Landesaltenbericht“, „Familienbericht des Landes Brandenburg“, „Einschüler in Brandenburg - soziale Lage und Gesundheit“, „Soziale Lage und Gesundheit von jugendlichen Menschen im Land Brandenburg“.

Meine Damen und Herren, Sie sollten mich nicht missverstehen, aber wir sollten wirklich einmal innehalten und überlegen, welches Maß wir tatsächlich wollen. Wer die betreffenden Daten und Fakten erfahren möchte, der findet sie. Deshalb schließe ich mich dem an, was meine Kollegin Redepenning hier schon gesagt hat. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Minister Ziel. Damit sind wir am Ende der Aussprache und kommen zur Abstimmung.

Die Fraktion der PDS hat beantragt, den Antrag in der Drucksache 3/3752 an den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen zu überweisen. Wer diesem Überweisungsantrag folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die beantragte Überweisung mehrheitlich abgelehnt worden.

Somit stimmen wir jetzt ab über den Antrag in der Drucksache 3/3752 in der Sache. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 9 und rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 6
des Petitionsausschusses

Drucksache 3/3770

Es wurde vereinbart, zu diesem Tagesordnungspunkt keine Debatte zu führen. Damit kann ich feststellen, dass Sie die Übersicht 6 des Petitionsausschusses zur Kenntnis genommen haben, und Tagesordnungspunkt 10 schließen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Landesjugendhilfeausschusses

Antrag
mit Wahlvorschlag
der Fraktion der DVU

Drucksache 3/3775

Auch zu diesem Tagesordnungspunkt wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Damit können wir sofort zur Abstimmung kommen. Wer dem Antrag mit dem Wahlvorschlag der Fraktion der DVU in der Drucksache 3/3775 zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich angenommen worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 11 und gleichzeitig die 51. Sitzung des Landtages Brandenburg und wünsche Ihnen noch einen angenehmen Spätnachmittag und einen schönen Abend.

Ende der Sitzung: 15.38 Uhr

Anlagen**Gefasster Beschluss****Zum TOP 11:****Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Landesjugendhilfeausschusses**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 51. Sitzung am 24. Januar 2002 gemäß § 10 Abs. 2 und 6 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe - für die Fraktion der DVU Herrn Thilo Kabus als stellvertretendes Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses gewählt.

Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 24. Januar 2002**Frage 1039****Fraktion der PDS****Abgeordneter Stefan Sarrach****- Genehmigung zu Golm -**

Trotz des Vorliegens aller formalen Voraussetzungen für die Eingliederung der Gemeinde Golm in die Stadt Werder hat Innenminister Schönbohm die Genehmigung dieses Gemeindegemeinschaftszusammenschlusses verweigert. In Reaktion auf die massiven öffentlichen Proteste aus den betroffenen Gemeinden äußerte Herr Schönbohm in einem Schreiben, dass eine Entscheidung zugunsten der Stadt Werder „Auswirkungen in der Koalition“ gehabt hätte.

Ich frage die Landesregierung: Welche Verabredung gibt es zwischen den Koalitionspartnern zur Zukunft der Gemeinde Golm?

Antwort der Landesregierung**Minister des Innern Schönbohm**

Zwischen den Koalitionspartnern gibt es keine Verabredung zur Zukunft der Gemeinde Golm.

Frage 1040**Fraktion der DVU****Abgeordnete Birgit Fechner****- Drogenaufklärungsunterricht in Brandenburger Schulen durch Polizeibeamte -**

In Einzelfällen leisten bereits heute Polizeibeamte an Brandenburger Schulen Drogenaufklärungsunterricht. Dies geschieht jedoch in aller Regel auf freiwilliger Basis.

Ich frage die Landesregierung: Will sie in Zukunft einen für alle Brandenburger Schulen verbindlichen regelmäßigen flächendeckenden Drogenaufklärungsunterricht durch Polizeibeamte des Landes Brandenburg durchführen lassen?

Antwort der Landesregierung**Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche**

Nein. Ein flächendeckender Drogenaufklärungsunterricht durch Polizeibeamte ist weder sinnvoll noch vorgesehen.

Es liegt vielmehr in der Eigenverantwortung der Lehrkräfte und der Schulleitung, geeignete Maßnahmen der Suchtprävention, zum Beispiel im Einzelfall auch durch die Einbeziehung von Polizeibeamten, zu ergreifen und konsequent gegen Suchtmittelmissbrauch vorzugehen. Ich habe mich mit Herrn Minister Schönbohm in diesen Tagen darauf verständigt, die Kooperation zwischen Schule und Polizeibehörde entsprechend auszubauen und zu präzisieren. Zwischen beiden Ressorts werden hierfür geeignete Maßnahmen abgesprochen.

Sucht- und Drogenprävention ist ein wesentlicher Aspekt des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule.

Im Rundschreiben 11/01 vom 11. März 2001 über „Verhalten der Schule bei Vorfällen mit Drogen und Handlungshinweise zur Suchtprävention“ werden wichtige Informationen und Handlungshinweise zur Suchtvorbeugung und Aufklärung gegeben.

Darüber hinaus weise ich auf die fachlich fundierte, in hoher Auflage veröffentlichte Broschüre „Schule gegen Drogen“ meines Hauses hin, die einen Überblick über die rechtliche Situation vermittelt und eine Handreichung zur schulischen Suchtprävention enthält.

Frage 1041**Fraktion der CDU****Abgeordnete Barbara Richstein****- Spanische Ratspräsidentschaft -**

Turnusgemäß übernahm am 1. Januar 2002 Spanien die Präsidentschaft des Europäischen Rates. Spanien löste damit Belgien ab, das den Vorsitz in der zweiten Jahreshälfte 2001 innehatte. Die Präsidentschaft steht unter dem Motto „Mehr Europa“.

Ich frage die Landesregierung: Welche Impulse erwartet Brandenburg von der spanischen Ratspräsidentschaft?

Antwort der Landesregierung**Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten****Prof. Dr. Schelter**

Am 1. Januar dieses Jahres hat Spanien turnusgemäß die Präsidentschaft des Europäischen Rates übernommen. Die spanische Regierung hat für ihren Vorsitz unter dem Leitmotiv „Mehr Europa“ folgende Schwerpunkte gesetzt:

1. Mehr Europa bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus

Zahlreiche Maßnahmen sind mit dem auf dem Brüsseler Sondergipfel am 21. September 2001 verabschiedeten Aktionsplan bereits auf den Weg gebracht worden. Nachdem auf dem Europäischen Rat in Laeken eine Einigung zum europäischen Haftbefehl erzielt werden konnte, steht nun die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zur effektiveren Terrorismusbekämpfung im Vordergrund.

2. Mehr Europa auf den internationalen Geld- und Finanzmärkten

Die Begleitung der Bargeldeinführung des Euro dürfte in der

spanischen Ratspräsidentschaft die wenigsten Sorgen machen. Sie ist - wie die Berichte der vergangenen Tage zeigen - im Wesentlichen problemlos gelaufen. So wurden nach Einschätzung der Europäischen Kommission fünf Tage nach der Bargeldumstellung bereits 50 % der Einkäufe in Euro getätigt.

3. Mehr Europa bei Beschäftigung, Wirtschaftsreform und sozialer Zusammenhalt

Auf dem Europäischen Rat von Lissabon im Frühjahr 2000 hatte sich die EU zum Ziel gesetzt, Europa bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten, dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum zu machen, dem Vollbeschäftigungsziel näher zu kommen und den Bedürfnissen der nachfolgenden Generation sowie der Umwelt Rechnung zu tragen. Die spanische Ratspräsidentschaft beabsichtigt nun, diesen wirtschafts- und sozialpolitischen Themen einen Europäischen Sonderrat am 15. und 16. März 2002 in Barcelona zu widmen.

4. Mehr Europa in Europa: EU-Erweiterung

Spanien will den Erweiterungsprozess mit aller Energie fördern, damit möglichst zum Ende dieses Jahres Beitrittsverträge mit den Kandidatenländern unterzeichnet werden können. Auf dem Europäischen Rat von Sevilla im Juni dieses Jahres soll ein Bericht vorgelegt werden, der Auskunft über die Vorbereitungen der beitrittssuchenden Länder insbesondere im Bereich der Verwaltungskapazitäten zur Umsetzung des Gemeinschaftsrechts gibt. Der spanische Vorsitz wird gemeinsam mit Dänemark, das im 2. Halbjahr die Präsidentschaft übernehmen wird, eine Arbeitsgruppe einrichten, die mit der Ausarbeitung der Beitrittsverträge beauftragt wird.

Ich begrüße diese Schwerpunktsetzung der spanischen Präsidentschaft vor dem Hintergrund unseres Interesses an der EU-Erweiterung. Allerdings müssen wir uns dessen bewusst sein, dass jetzt die schwierigsten Verhandlungskapitel in die entscheidende Beratung kommen.

5. Mehr Europa in der Welt: Außenbeziehungen

Neben der Stärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik will die spanische Präsidentschaft Akzente für die Stärkung der transatlantischen Partnerschaft mit den USA und der Beziehungen mit Lateinamerika setzen. So soll am 10. April dieses Jahres ein Gipfeltreffen zwischen der EU und den USA stattfinden. Ministertreffen der Union der Mittelmeeranrainernstaaten sollen der Tatsache Rechnung tragen, dass die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft einen Grundpfeiler für die Politik der spanischen Ratspräsidentschaft darstellt.

6. Mehr Europa in der Zukunft: Eröffnung des Konvents

Der von den Staats- und Regierungschefs in Laeken beschlossene Konvent zur Vorbereitung der nächsten Regierungskonferenz wird am 1. März dieses Jahres unter Vorsitz des früheren französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing seine Arbeit aufnehmen. Der Konvent soll seine Beratung nach ungefähr einem Jahr abschließen und ein Abschlussdokument mit verschiedenen Optionen bzw. - bei Konsens - einem konkreten Vorschlag die strukturelle Neuordnung der Europäischen Union vorlegen. An dem Konvent werden unter anderem Vertreter des Bundesrates, ein Vertreter des Bundestages und Beobachter aus dem Ausschuss der Regionen beteiligt sein.

Frage 1042

Fraktion der PDS

Abgeordnete Dr. Esther Schröder

- Nichtabfluss von Kofinanzierungsmitteln für ABM und SAM -

Nach Informationen des Finanzministeriums (Schreiben an den Finanzausschuss vom 17. Dezember 2001) sind zur Deckung einer überplanmäßigen Ausgabe bei den Kostenerstattungen an die örtlichen Sozialhilfeträger im Einzelplan 07 Landesmittel in Höhe von mehr als 7 Millionen DM aus dem Bereich der Kofinanzierung von ABM und SAM herangezogen worden. Im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen hat die zuständige Staatssekretärin hierzu erklärt, es handele sich um nicht abgeflossene Mittel für das Mainzer Modell sowie um die genannten Kofinanzierungsmittel für ABM und SAM. Hier habe es Koordinierungsschwierigkeiten aufseiten der Arbeitsämter gegeben. Andererseits liegen mir Informationen des Landesarbeitsamtes vor, wonach im Rahmen des vorläufigen Jahresergebnisses etwa 14 Millionen DM an Leistungen für ABM und 13 Millionen DM für SAM nicht verbraucht worden sind.

Meine Frage lautet: Wie beurteilt die Landesregierung angesichts der hohen Arbeitslosigkeit sowie knapper und sinkender Mittel für die aktive Arbeitsförderung die Tatsache, dass geplante Mittel nicht abfließen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel

Das Landesarbeitsamt hatte im Vorjahr für die aktive Arbeitsförderung im Land Brandenburg mehr als 2 Milliarden DM zur Verfügung. Das Land kofinanziert einen Teil der Maßnahmen. Dabei werden nach den stringenten Leitlinien der europäischen Beschäftigungspolitik auch ESF-Gelder genutzt. Im Vorjahr wurden 97,4 % der verfügbaren Mittel ausgegeben. Das ist ein sehr gutes Ergebnis!

Für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen standen 2001 im Landesarbeitsamt mehr als 532 Millionen DM bereit, von denen 518 Millionen DM verausgabt wurden. Alle seitens des Landesarbeitsamtes für die verstärkte Förderung von ABM abgerufenen Landesmittel wurden zeitnah zur Verfügung gestellt. Der Mittelabfluss in diesem Bereich korrespondiert mit dem Mittelabfluss insgesamt.

Die Teilnahme an ABM lag im Jahresdurchschnitt bei knapp 13 750 ABM-Teilnehmern; wir hatten mit circa 17 000 gerechnet und die Haushaltsansätze entsprechend ausgestattet. Es war die Entscheidung des Landesarbeitsamtes, weniger AMB aufzulegen und mehr Mittel für Qualifizierungsmaßnahmen einzusetzen. Inzwischen ist das ja auch bundesweit Konsens in der aktiven Arbeitsförderung. Diese Akzentsetzung musste natürlich die Balance unserer Kofinanzierung verschieben.

Auch für das Mainzer Modell waren zunächst mehr Gelder vorgesehen, als wir am Ende tatsächlich brauchten (bereits 1999 waren - „vorsichtige“ - 3,75 Millionen DM geplant). Heute wissen wir, dass die Nachfrage nicht den Erwartungen entsprach; jedoch wurden alle Anträge bewilligt. Ich hatte das ja gestern bereits auf PDS-Anfrage ausführlicher dargestellt.

Doch, Frau Dr. Schröder, das Geld ist nicht verloren. Es wurde überwiegend für andere soziale Zwecke eingesetzt - wie zum Beispiel 956 000 DM für die Absicherung einer arbeitspolitischen Maßnahme in der Eberswalder Fleischwarenfabrik; über 7,3 Millionen DM für eine überplanmäßige Ausgabe im Bereich der Sozialhilfe - wie in der Anfrage bereits angedeutet; weitere 100 000 DM zur Deckung der dem MASGF auferlegten globalen Minderausgabe.

Der Vollständigkeit halber erwähne ich, dass das Landesarbeitsamt im Vorjahr für Strukturanpassungsmaßnahmen im Rahmen des so genannten kleinen Eingliederungstitels insgesamt über mehr als 279 Millionen DM verfügte. Davon wurden fast 266 Millionen DM verausgabt. Mit 95,3 % lag die erreichte Auszahlung deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 89,2 %. Ich finde, dass es dem Amt sehr gut gelungen ist, die verfügbaren Mittel nahezu vollständig für die vorgesehenen Zwecke einzusetzen.

Frage 1043

Fraktion der PDS

Abgeordnete Irene Wolff

- Änderung Asylbewerberleistungsgesetz -

Eine Reihe von Kommunen haben sich mit Beschlüssen der Kommunalvertretungen für Änderungen des Asylbewerberleistungsgesetzes und insbesondere für die Ablösung des Sachleistungsprinzips durch die Auszahlung von Bargeld an die Asylbewerber ausgesprochen. Minister Ziel hat daraufhin deutlich gemacht, dass er diese Bemühungen nach seinen Möglichkeiten unterstützt.

Meine Frage lautet: Was unternimmt die Landesregierung, um das Sachleistungsprinzip durch Auszahlung von Bargeld an Asylbewerber zu ersetzen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel

Die beiden Landkreise Uckermark und Potsdam-Mittelmark sowie die Stadt Potsdam haben sich für die Abschaffung des im Asylbewerberleistungsgesetz fixierten Sachleistungsprinzips ausgesprochen. Sie fordern die Landesregierung auf, sich für die bundesweite Änderung des entsprechenden § 3 einzusetzen. Im Auftrag des Ministerpräsidenten habe ich den Kreisen und Potsdam Ende Oktober geantwortet.

Dabei habe ich unter anderem darauf hingewiesen, dass der Erfolg einer solchen Initiative zur Abschaffung des Sachleistungsprinzips derzeit fraglich ist. Denn wir müssen davon ausgehen, dass politischer Konsens über die Notwendigkeit besteht, die ungesteuerte Flüchtlingszuwanderung auch durch die geregelten Leistungseinschränkungen zu begrenzen. Weder bei der Bundesregierung noch im Bundesrat und auch nicht in der Landesregierung wäre ein positives Votum zu erwarten. Und auch der Entwurf der Bundesregierung für ein Zuwanderungsgesetz sieht die Abschaffung des Sachleistungsprinzips nicht vor.

Realistischer scheint mir da schon die gleichfalls erhobene Forderung, den Runderlass meines Hauses zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes entsprechend zu modifizie-

ren. Das könnte dann darauf hinauslaufen, dass - wie von den Potsdamer Stadtverordneten gefordert - „die gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Gewährung von Geldleistungen zu ermöglichen“. Allerdings gibt das Gesetz hier nur einen kleinen Spielraum. Ich habe den Stadtverordneten vorerst eine Prüfung zugesagt und werde den Landtag zu gegebener Zeit vom Ergebnis gern unterrichten.

Frage 1044

Fraktion der PDS

Abgeordnete Kornelia Wehlan

- Novellierung Landwirtschaftsgesetz -

Auf der Bundesratsitzung am 28. Januar 2002 steht ein Antrag Niedersachsens zur Novellierung des Landwirtschaftsgesetzes.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie diesen Antrag Niedersachsens, besonders hinsichtlich der künftigen vergleichbaren Einkommensabsicherung der Landwirte?

Antwort der Landesregierung

Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Birthler

Das Landwirtschaftsgesetz ist seit dem 5. September 1955 in Kraft und seitdem geringfügig und inhaltlich marginal verändert worden. Es definiert die Ziele der Agrarpolitik unter den damaligen Bedingungen, die charakterisiert waren von

- einer noch nicht hinreichend stabilen bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln,
- einem vergleichsweise großen Gewicht der Landwirtschaft im Rahmen der gesamten Wirtschaft,
- einer relativ geringen Mechanisierung der Produktion und daraus resultierender niedriger Produktivität,
- einem einsetzenden Strukturwandel und
- einer noch fehlenden europäischen Integration.

Diese Bedingungen haben sich inzwischen gravierend verändert, sodass es schon seit geraumer Zeit Bestrebungen gibt, das Landwirtschaftsgesetz zu novellieren. Mit der Diskussion um eine Neuorientierung der Agrarpolitik verstärkten sich diese Bemühungen. Sie fanden letztendlich ihren Niederschlag im Rahmen eines Beschlusses der gemeinsamen Agrarminister/Umweltminister-Konferenz am 13. Juni 2001 in Potsdam zu den „Eckpunkte(n) für eine zukunftsfähige Agrar- und Verbraucherpolitik“, in dem die Forderung erhoben wird, das Landwirtschaftsgesetz des Bundes in einer Weise weiterzuentwickeln, „... dass es ökonomischen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten der Landwirtschaft angemessen Rechnung trägt“. Darauf basiert die Initiative Niedersachsens. Sie berücksichtigt, dass sich mit

- der europäischen Integration und der bevorstehenden Osterweiterung der EU,
- der fortschreitenden Globalisierung der Agrarmärkte,

- der veränderten Zieldefinition der GAP im Zuge der MacSharry-Reform von 1992 und der Agenda 2000,
- den veränderten Anforderungen der Verbraucher an die Produkt- und Prozessqualität sowie mit
- der veränderten Rolle der Landwirtschaft für die Funktionserhaltung der ländlichen Räume

die Bedingungen für die Gestaltung der nationalen Agrarpolitik verändert haben.

Insoweit ist dem Anliegen des niedersächsischen Antrages grundsätzlich zuzustimmen. Die Zustimmung beruht auf dem Verständnis, dass es nicht um die Streichung der im § 1 bislang definierten Ziele der Agrarpolitik, die ausschließlich wirtschaftlichen und sozialen Charakter haben, geht, sondern um deren Ergänzung um Ziele des Verbraucher-, Tier- und Umweltschutzes. In Übereinstimmung mit dem Nachhaltigkeitsbegriff kann es aber zugleich auch nicht Anliegen einer Novellierung des Landwirtschaftsgesetzes sein, Aspekte des Verbraucher-, Tier- und Umweltschutzes - einseitig wie im niedersächsischen Antrag gefordert - in den Vordergrund zu rücken. Vielmehr geht es um eine Gleichrangigkeit von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. In diesem Sinne hat sich die Landesregierung im Verlaufe des bisherigen Bundesratsverfahrens eingebracht und wird dies bis zum hoffentlich positiven Abschluss dieses Verfahrens im Interesse der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft als grundlegende Voraussetzung für die Erwirtschaftung angemessener Einkommen auch zukünftig tun.

Frage 1045

Fraktion der PDS

Abgeordneter Dr. Andreas Trunschke

- Zukunft der Stiftung Preußischer Kulturbesitz -

Nach Auskunft des SPD-Bundestagsabgeordneten Eckhardt Barthel wollen die Länder aus der bisher vom Bund zu 75 % und von den Ländern zu 25 % getragenen Stiftung Preußischer Kulturbesitz aussteigen. Der Präsident der Stiftung sieht dagegen keine generellen Überlegungen in Richtung Ausstieg, wohl aber einen neuen Denkprozess bei den Ländern. Offensichtlich ist zumindest, dass wir am Anfang grundsätzlicher Diskussionen stehen.

Zwar läuft das gegenwärtige Finanzierungsabkommen zwischen Bund und Ländern noch bis 2005, dennoch frage ich die Landesregierung: Welche Position vertritt sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt in diesem Zusammenhang?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Prof. Dr. Wanka

Im Zuge der Entflechtung der bund-/länderfinanzierten Kultureinrichtungen und der Neuordnung der gemeinsamen kulturellen Aktivitäten des Bundes und der Länder streben die Länder an, dass der Bund die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) grundsätzlich in die eigene Verantwortung und Finanzierung übernimmt.

Laut Protokoll der Besprechung vom 20.12.2001 erwarten die

Regierungschefs der Länder, „dass die Bundesregierung zu einer entsprechenden übergreifenden Verständigung bereit ist und in Verhandlungen beitragen wird, zügig die vorstehenden Grundsätze und Strukturen zu klären und gemeinsam mit den Ländern im März abschließend zu entscheiden“. Dementsprechend wurde die länderoffene CdS-Arbeitsgruppe beauftragt, entscheidungsreife Vorschläge mit dem Bund zu verhandeln und bis zum 08.03.2002 vorzulegen.

Da also noch keine Detailkenntnisse vorhanden sind, ist kein abschließendes Votum zu möglichen Auswirkungen möglich.

Frage 1046

Fraktion der DVU

Abgeordnete Liane Hesselbarth

- Medizinischer Notstand auf dem flachen Land -

In den ländlichen Gebieten des Landes Brandenburg besteht zunehmend die Gefahr einer ärztlichen Unterversorgung. So liegt der ärztliche Versorgungsgrad zum Beispiel im Kreis Uckermark nur bei 83,7 %. Ländliche Arztpraxen finden keinen Nachfolger. 16 % der niedergelassenen Ärzte gehören zur Altersgruppe zwischen 60 und 65 Jahren. Es drohen weitere Praxisschließungen. Die niedergelassenen Mediziner in den neuen Ländern verdienen nur 76,8 % im Vergleich zu ihren westdeutschen Kollegen. Arztpraxen sind durchschnittlich mit Krediten zwischen 125 000 - 150 000 Euro belastet.

Ich frage die Landesregierung: Wie will sie sicherstellen, dass die ärztliche Versorgung auch in den ländlichen Gebieten Brandenburgs in Zukunft gewährleistet ist?

Antwort der Landesregierung

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel

Zunächst: Grundsätzlich ist es Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigungen, die ambulante ärztliche Versorgung sicherzustellen. Gesetzliche Grundlage zur Charakterisierung der Versorgungssituation sind die so genannten Bedarfsplanungsrichtlinien, die vom Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen beschlossen werden.

Danach liegt die vorgeschriebene Bedarfsmesszahl für Hausärzte in der Region Uckermark bei 1 474 Einwohnern pro Arzt; daraus ergibt sich aktuell ein Versorgungsgrad von 83,5 %. Für alle weiteren Ärztegruppen, die nach dieser Bedarfsplanung reglementiert sind - also vom Anästhesisten bis zum Urologen - liegt der Versorgungsgrad hingegen zwischen 106 und 273 %. Das verdeutlicht, dass ein „medizinischer Notstand“, wie ihn die DVU sieht, nicht besteht.

Doch unabhängig von Definitionen, von Planungsrichtlinien und Messzahlen wollen wir nicht lediglich auf die Erfüllung des Sicherstellungsauftrages der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg (KVBB) pochen. Diese kann die Entwicklung nicht alleine schultern. KVBB und Kassen sind auch im Gespräch über weitergehende Maßnahmen zur Abwehr eines drohenden Ärztemangels. Beispielsweise müssen ansiedlungswillige Ärzte nach Kräften unterstützt werden, wobei auch die Kommunen aktiv helfen müssen.

Insbesondere die hausärztliche Situation in unserem Flächen-

land weiter zu verbessern ist gemeinsames Anliegen von KV, Kassen und meinem Ressort. Doch das MASGF verfügt weder über rechtliche noch über finanzielle Mittel, um direkt in das Geschehen eingreifen zu können. Aber es vermittelt zwischen den Akteuren und achtet im Rahmen seiner Rechtsaufsicht darauf, dass die Verantwortlichen ihren Pflichten nachkommen.

Frage 1047

Fraktion der PDS

Abgeordnete Gerlinde Stobrawa

- Künftige Unterbringung der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU -

Laut Presseberichten will die Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU aus dem Brüsseler Objekt ausziehen, das bis zu Beginn der Umbauarbeiten die Vertretungen mehrerer neuer Länder beherbergt hat; die Landesregierung denkt über neue Lösungen nach, war der Presse zu entnehmen. Begründet werden solche Überlegungen vor allem mit dem erhöhten Raumbedarf der Brandenburger Vertretung. In diesem Zusammenhang wurden auch die erheblich gestiegenen Kosten für den Umbau des bisherigen Objektes thematisiert.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung: Welche finanziellen Auswirkungen für das Land Brandenburg hat die Lösung, die die Landesregierung für die künftige Unterbringung der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU gegenwärtig favorisiert?

Antwort der Landesregierung

**Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten
Prof. Dr. Schelter**

Die Umbau- und Renovierungskosten für eine gemeinsame Vertretung der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt waren auf zunächst höchstens 6,1 Millionen Euro beschränkt. Brandenburg hat vorsorglich einen anteiligen Betrag von 1,6 Millionen Euro für das Jahr eingestellt. In der Haushaltsunterlage-Bau sind Gesamtbaukosten in Höhe von 5,6 Millionen Euro genehmigt worden. Auf Brandenburg entfielen davon rund 1,4 Millionen Euro. Nach Durchführung der Ausschreibung lagen die Gesamtbaukosten bei insgesamt 8,7 Millionen Euro. Auf Brandenburg wären davon rund 2,2 Millionen Euro entfallen.

Wegen der erheblichen Kostenüberschreitung konnte der Zuschlag nicht erteilt werden. Die Kostenentwicklung war für alle beteiligten Länder Anlass zu überprüfen, ob es noch sinnvoll ist, an der gemeinsamen Baumaßnahme weiterhin festzuhalten. Sachsen hat mitgeteilt, dass es eine eigenständige Lösung anstrebt.

Nach einer ersten Einschätzung würden bei der 3-Länder-Lösung auf Brandenburg nunmehr anteilige Gesamtkosten - inklusive Grunderwerb und Nebenkosten - in Höhe von rund 3,2 Millionen Euro zukommen. Dabei ist ein höherer Raumbedarf, der sich aus der von mir vorgeschlagenen personellen Verstärkung der Vertretung ergibt, noch nicht berücksichtigt.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, die Wirtschaftlichkeit der Fortsetzung der Baumaßnahme zu überprüfen und Alternativen zu sondieren. Hierzu werden eine Ausweitung der vom Land

im bisherigen Objekt beanspruchten Flächen, aber auch die Marktlage und die Kosten für vergleichbare Objekte in Brüssel ermittelt. In diesem Zusammenhang müssen auch Liegenschaften, die eine Vergrößerung der Landesvertretung zulassen, betrachtet werden. Sobald gesicherte Erkenntnisse vorliegen, wird das Kabinett eine Entscheidung treffen. Zu den finanziellen Auswirkungen sind erst dann belastbare Angaben möglich.

Frage 1048

Fraktion der PDS

Abgeordneter Dr. Andreas Trunschke

- Kommunale Wahlkampfspenden an die CDU -

Wie der „Lausitzer Rundschau“ vom 16. Januar 2002 zu entnehmen war, hat der CDU-Landesvorsitzende Jörg Schönbohm in einem Brief vom Juni 2001 an die Gebäudewirtschaft Cottbus um Spenden für den Bürgermeisterwahlkampf an die CDU gebeten. Nach Aussage des Landesgeschäftsführers der CDU sei bereits 1999 eine Überweisung der Gebäudewirtschaft Cottbus mit einer Spendenquittung belegt worden. Auf Anfrage der „Lausitzer Rundschau“ konnte der Cottbuser Oberbürgermeister Waldemar Kleinschmidt nicht auf Anhieb sagen, ob kommunale Unternehmen befugt seien, Spenden an politische Parteien zu geben. Er gehe aber davon aus, dass sie es nicht dürfen.

Ich frage daher die Landesregierung: Ist es nach ihrem Rechtsverständnis kommunalen Unternehmen gestattet, mit Spenden den Wahlkampf von Parteien zu unterstützen?

Antwort der Landesregierung

**Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten
Prof. Dr. Schelter**

Eine Prüfung der Rechtslage durch das für die Kommunalaufsicht zuständige Ministerium des Innern und mein Haus hat ergeben, dass Spenden kommunaler Unternehmen an Parteien nicht rechtswidrig wären, sofern diese Unternehmen nicht gemeinnützigen Zwecken im Sinne der AO dienen.

Frage 1049

Fraktion der PDS

Abgeordneter Thomas Domres

- Altenpflegeausbildung -

Nachdem das Bundesverfassungsgericht das Bundesaltenpflegegesetz außer Kraft gesetzt hat, gab es zum Ausbildungsjahr 2001/2002 bei Ausbildungsträgern sowie Schülerinnen und Schülern große Unsicherheiten mit dem Ergebnis, dass die Anzahl der Auszubildenden und Einrichtungen, die Altenpflegeausbildung anbieten, stark zurückgegangen ist. Auch für das Ausbildungsjahr 2002/2003 ist noch nicht klar, wie und an welchen Einrichtungen die Altenpflegeausbildung angeboten bzw. geregelt wird.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der Stand der Vorbereitung für das Ausbildungsjahr 2002/2003 zum/zur Altenpfleger/in?

Antwort der Landesregierung

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel

Ich hätte mir auch endlich Klarheit und Sicherheit für die Per-

spektiven in der Altenpflegeausbildung gewünscht. Auch angesichts der demographischen Entwicklung wäre es wichtig, da endlich Nägel mit Köpfen zu machen. Doch das Bundesverfassungsgericht sieht nach wie vor Klärungsbedarf und hat - anders als erwartet - zum Jahresende keine Entscheidung für das Inkraft-Treten des Gesetzes herbeigeführt. Vielmehr hat es seine einstweilige Anordnung vom Mai vergangenen Jahres wiederholt und das Gesetz um ein weiteres halbes Jahr ausgesetzt. Somit ist vor dem Sommer nicht mehr mit einer Entscheidung zu rechnen.

Solange diese Rechtsstreitigkeiten andauern, gelten die landesrechtlichen Regelungen für die Altenpflegeausbildung unverändert weiter. In Brandenburg sind danach wie bisher auch im Schuljahr 2002/2003 die Fachschulen für Sozialwesen an den Oberstufenzentren sowie die Ersatzschulen in Zuständigkeit des MBS für die dreijährige Ausbildung in diesem Beruf zuständig. Um die Ausbildungswilligen und ihre Eltern entsprechend zu informieren, wird ein Faltblatt in Kürze die notwendigen Informationen liefern. Am 24. Januar informieren MBS und MASGF zudem auf einer zentralen Veranstaltung die Oberstufenzentren über den aktuellen Stand und absehbare Entwicklungen.

Frage 1050

Fraktion der PDS

Abgeordneter Thomas Domres

- Tourismuskonzeption für das Land Brandenburg -

Anfang des Jahres 2001 hat der Wirtschaftsminister im Tourismusbeirat einen Entwurf für einen Endbericht für eine neue Tourismuskonzeption für das Land Brandenburg vorgestellt. Am 21.06.2001 informierte der Minister, dass die beauftragte Arbeitsgemeinschaft Ergebnisse und Anregungen aus der Diskussion einarbeitet. Auf die mündliche Anfrage 831 teilte der Minister mit, dass am 06.07.2001 die Vorschläge und Hinweise der Verbände, der Reisegebiete, der Mitglieder des LTV und anderer ausführlich diskutiert und einvernehmliche Positionen hergestellt wurden.

Ich frage die Landesregierung: Welche Gründe gibt es, dass die neue Tourismuskonzeption des Landes noch nicht beschlossen ist?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß

Der Entwurf meines Hauses für eine Fortschreibung der Landestourismuskonzeption wurde mit den Beteiligten in den für die Koordinierung von Tourismusaufgaben bestehenden Gremien abgestimmt. Dieser Prozess wird weitergeführt, um neue Aspekte hinsichtlich der Förderpolitik, die sich zum Beispiel aus dem jetzt verabschiedeten Haushalt 2002/2003 und der Evaluierung der Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH ergeben, ausreichend berücksichtigen zu können. Ein fortgeschriebenes Landestourismuskonzept soll mehrere Jahre tragen. Deshalb lassen wir vor seiner Verabschiedung große Sorgfalt walten.

Auf der bisher erarbeiteten Grundlage haben wir im zurückliegenden Jahr in den verschiedensten Tourismusbereichen konkrete Handlungsempfehlungen und Orientierungshilfen festgelegt, in

die unsere konzeptionellen Vorstellungen selbstverständlich einfließen sind. Diese stehen der Tourismuswirtschaft, aber auch den Landkreisen, Städten und Gemeinden sowie weiteren Interessenten in Form von Broschüren bzw. Angeboten im Internet zur Verfügung. Beispielhaft möchte ich nennen:

- die Handlungsempfehlungen für ein einheitliches touristisches Leitsystem, die bereits in einer Reihe von Einzelprojekten umgesetzt werden;
- Handlungsempfehlungen für die Entwicklung einer länderübergreifenden touristischen Infrastruktur in der Grenzregion Brandenburg/Polen und zu deren Vermarktung;
- Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung des Wassertourismus, mit denen für die großen Wasserreviere Brandenburgs in voller Übereinstimmung mit dem Wassersportentwicklungsplan des Landes die Erfordernisse ihrer weiteren Profilierung klar definiert werden konnten;
- die gegenwärtig im Druck befindlichen Handlungsempfehlungen für den weiteren Ausbau des Systems touristischer Fernradwege, die zugleich den sehr weit gediehenen Ausbaustand und damit verbunden die noch verbleibenden Aufgaben aufzeigen;
- die weitere Profilierung der touristischen Marketingaufgaben, die sich unter Beachtung der künftigen Strukturentwicklung des brandenburgischen Tourismus folgerichtig auf die Schwerpunktthemen zum Beispiel im Wasser- und Radtourismus richtet.

Die unmittelbar bevorstehenden Entscheidungen über Maßnahmen zur Verbesserung der Dienstleistungsqualität in der Tourismuswirtschaft sowie in den öffentlichen Bereichen des Tourismus will ich hier der Vollständigkeit halber erwähnen.

Wie Sie sehen, befinden sich praxisorientierte Zwischenprodukte der Landestourismuskonzeption bereits in der konkreten Umsetzung und haben erste Erfolge gezeitigt, wie auch die positive Entwicklung des Tourismus in Brandenburg in den letzten Jahren dokumentiert.

Frage 1051

Fraktion der PDS

Abgeordneter Thomas Domres

- Mehrausgabe Kostenerstattung örtliche Sozialhilfeträger -

Die Landesregierung hat mit Schreiben vom 04.12.2001 den Landtag darüber informiert, dass im Haushaltsjahr 2001 im Kapitel 07 070 Titel 643 70 „Kostenerstattung an örtliche Sozialhilfeträger nach § 4 Abs. 2 AG-BSHG“ eine Mehrausgabe von circa 43 Millionen DM beantragt wurde und die Ministerin der Finanzen diesem Antrag auch zugestimmt hat.

Ich frage die Landesregierung: Welchen Einfluss hatte diese bestätigte Mehrausgabe bei der Aufstellung des Haushaltes 2002/2003 für den Einzelplan des MASGF?

Antwort der Landesregierung

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel

Die Mehrausgaben im Haushaltsjahr 2001 haben den Haushalt

2002/2003 nicht beeinflusst. Diese Mehrausgaben waren im Wesentlichen auf die Änderung des Haushaltsstrukturgesetzes 2000 durch Artikel 6 des Gesetzes zur Beseitigung des strukturellen Ungleichgewichts im Haushalt zurückzuführen (Haushaltsstrukturgesetz 2002 vom 18.12.2001).

Die damit verbundenen finanziellen Mehraufwendungen sind im Haushalt 2002/2003 bereits berücksichtigt; insofern ist der Doppelhaushalt bedarfsgerecht veranschlagt.

Frage 1052

Fraktion der PDS

Abgeordneter Thomas Domres

- Vorschläge Novellierung AG-BSHG -

In der Antwort auf die mündliche Anfrage 1002 teilte die Landesregierung mit, dass eine Arbeitsgruppe gebildet wurde, in der Kommunen und das MASGF Vorschläge für eine Novel-

lierung des AG-BSHG erarbeiten sollen. Sie teilte weiter mit, dass die Landesregierung in Bezug auf das AG-BSHG zu vernünftigen Lösungen kommen möchte.

Ich frage die Landesregierung: Welche Punkte des AG-BSHG hält sie für unvernünftig und welche sollen novelliert werden?

Antwort der Landesregierung

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel

Ich kann dem, was ich erst im vergangenen Monat an dieser Stelle zur Novellierung des AG-BSHG gesagt habe, nichts hinzufügen. Nach wie vor wollen wir zu solchen Lösungen kommen, die im Interesse von Land und Kommunen liegen. Unser dafür eingesetztes Gremium beschäftigt sich intensiv damit. Doch der Klärungsprozess ist noch im Gange und deshalb liegt derzeit noch keine abschließende Bewertung vor.